

Deutschland-Berichte

6. Jahrgang

1939

Nr. 4

Inhaltsverzeichnis

T e i l A : Nachrichten und Berichte

I. Die allgemeine Situation in Deutschland	A 1
1) Zur deutsch-polnischen Krise	1
Die Lage in Danzig - Die Verhältnisse in Oberschlesien	
2) Die deutschen militärischen Vorbereitungen	8
Vorbereitungen an der Ostgrenze - Berichte von der Westgrenze - Schwächen der deutschen Seerüstung - Mängel beim Einmarsch in der Tschechoslowakei	
3) Roosevelt-Botschaft und Hitler-Rede	15
Der Eindruck der Botschaft auf die Massen und der Einfluss der deutschen Gegenpropa- ganda	
4) Die Wirkung der deutschen Propaganda	25
5) Hitlers Geburtstag	30
Zur Sozialpsychologie des Führerkults - Zuschriften an die Nazi-Presse - Berichte aus dem Reich	
6) Aus der Tschechoslowakei	49
II. Kraft durch Freude	58
1) Sport und "Volksbildung"	59
2) Reisen, Wandern und Urlaub	63
3) Der Volkswagen	73
a) Der politische Zweck	73
b) Die Finanzierung	75
c) Der Wagen	78
d) Das Urteil der Bevölkerung	79

T e i l B : Uebersichten

I. Die Weltlage und die deutsche Opposition	B 1

Was ist Danzig ?	1
Sturm in England	2
"Einkreisung", "Kriegshetze"	3
Die Opposition in Frieden und Krieg	5
II. Das Wirtschaftsrecht des Dritten Reiches (II)	8

V. Die Landwirtschaft	8
1) Staatshilfe	8
2) Der ständische Aufbau	9
3) Die Marktregelung	13
4) Die "Bewirtschaftung" der landwirtschaftlichen Erzeugnisse	15
5) Grundstücksrecht	18
6) Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft	19
VI. Die Kapitallenkung	20
1) Die Bankenkontrolle	20
2) Die Genehmigungspflicht für Börsenemissionen	21
3) Das Gesetz über das Kreditwesen	22
4) Die Emissionssperre für Ordrepapiere und die Darlehenssperre	23
5) Der Hypothekensperrerrlass	25
VII. Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht	25
1) Geschichtliches	25
2) "Führer" und "Gefolgschaft"	26
3) Arbeiterschutz	33
4) Die Arbeitszeit	35
5) Die Lohngestaltung	36
6) Der Arbeitseinsatz	37
VIII. Die Rechtsstellung des Unternehmers	45

(Abgeschlossen am 10. Mai 1939)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland

1) Zur deutsch-polnischen Krise

Die schnelle Zuspitzung des deutsch-polnischen Verhältnisses in den letzten Wochen hat insbesondere die Freie Stadt Danzig plötzlich in den Mittelpunkt des politischen Interesse gerückt. Im Anschluss an die Darstellungen, die wir in den letzten Monaten laufend über die Entwicklung der Verhältnisses in Danzig wiedergegeben haben, lassen wir eine Reihe weiterer Berichte folgen, die die Lage in der Freien Stadt in den letzten Wochen schildern.

1. Bericht: Während zu Beginn der Krise in der Bevölkerung hauptsächlich über die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit des "Anschlusses" gesprochen wurde, rechnete man nach der Chamberlainschen Garantie-Erklärung für Polen und erst recht nach dem Abschluss des englisch-polnischen Vertrages damit, dass ein Krieg kommen werde. Die politisch denkfähigen Leute schlossen auch schon vorher die Möglichkeit eines Krieges mit Polen nicht aus. Denn in Danzig waren ja auch die polnischen Verteidigungsmassnahmen gerüchtweise bekannt geworden. Man brauchte nur einmal von Danzig nach dem polnischen Nachbarhafen Gdynia zu fahren, um sich selbst von dem Ernst der polnischen Vorbereitungen zu überzeugen. Aber die grosse Masse der Leute war so sehr an die unblutigen Eroberungszüge des "Führers" gewöhnt, dass sie vor den englisch-polnischen Abmachungen auch an der Möglichkeit, Danzig und vielleicht sogar Teile des polnischen Korridors ohne Schwertstreich zu gewinnen, wenig zweifelte. Das heisst nicht, dass die grosse Masse etwa den "Anschluss" begrüsst, oder gar sich auf ihn freute. Meine Freunde und ich haben bereits oft auf den Umstand hingewiesen, dass diese Frage der grossen Masse der Danziger Bevölkerung fast ganz gleichgültig geworden ist.

Schien nach dem Bekanntwerden des englisch-polnischen Bündnisses der Ausbruch des Krieges den Leuten unvermeidlich, so sind wir doch so gut wie niemandem begegnet, der einen solchen Krieg gewünscht hätte. Vielmehr bemächtigte sich aller Leute die Angst vor dem Kriege, und sie hält sie auch heute

noch unverändert gefangen. Selbstverständlich wird diese Angst in Danzig grösser als irgendwo anders sein, denn es ist wohl kaum ein Punkt auf der Landkarte zu finden, der so stark gefährdet erscheint wie eben Danzig. Alle Leute wurden plötzlich Strategen und Kriegswirtschaftler. Man überlegte, von wo aus der polnische Angriff auf Danzig erfolgen könnte, ob es den Polen gelingen würde, Danzig eher zu besetzen als den Deutschen und ähnliches mehr.

Eine Panikstimmung entstand durch das Gerücht, die Polen würden im Falle des Kriegsausbruchs sofort das auf der Halbinsel Westerplatte an der Weichselmündung auf Danziger Gebiet liegende polnische Munitionslager in die Luft sprengen, und dabei würde halb Danzig in Trümmer gehen. Viele wollten auch von einer heimlichen Verstärkung der bisher 92 Mann starken polnischen Besatzung auf der Westerplatte zu berichten wissen. Polnische Soldaten seien in Zivilkleidern in Massen mit den fahrplanmässigen Zügen nach Danzig gekommen und hätten sich nach der Westerplatte begeben, wo sie uniformiert und bewaffnet worden seien. Man hätte also den Feind sofort im Land.

Auch die wirklichen Nazis waren von der allgemeinen Stimmung mitgerissen worden. Ich sass eines Abends mit einigen SA-Führern in einem Danziger Restaurant zusammen, und das Thema war natürlich den ganzen Abend über der "Krieg". Ein Sturmführer, den ich gut als alten Nazi kenne, erklärte dabei unter anderem: "Ich begreife eigentlich den Führer nicht recht. Wieso will er Danzig haben? Er wird es natürlich sehr gut wissen, und darauf vertraue ich auch. Eigentlich ist doch Danzig aber so gut wie deutsch. Was unterscheidet uns noch vom Reich? Lebt die deutsche Bevölkerung hier nicht gut? Der Völkerbund hat schon lange nichts mehr in Danzig zu sagen und Polen doch eigentlich auch nicht." Das hörten sich die übrigen fünf an, ohne dass irgend einer widersprach. Im Gegenteil, ein anderer Sturmführer sagte sogar später noch: "Wenn es hier los geht, haben wir hier nichts zu lachen! Da hat man immer geglaubt, alles ist darauf eingerichtet, dass Polen mit uns geht, und jetzt fängt es hier an. Es ist doch viel besser, erst die anderen allein zu erledigen, und nachher kommt dann Polen dran." Und ein dritter, der zwar nicht vom Krieg, aber vom "Anschluss" sprach, meinte: "Na, wenn wir zum Reich kommen, dann hats aufgehört mit der Butter und dem Schweinefleisch, dann werden wir auch alle Zichorie trinken."

Ich hätte solche Aeusserungen aus dem Munde dieser Leute nicht für möglich gehalten. Ich weiss sehr genau, dass sie noch einige Wochen vorher strahlend erklärt hatten: "Jetzt kommt Polen an die Reihe! Diese polnischen Schweine.. etc. Endlich kommt Danzig zum Reich zurück." Damals dachten sie allerdings nur an den frisch-fröhlichen Einzug wie in Prag.

In den Gesprächen hörte man auch immer wieder die Ansicht vertreten, dass Deutschland einen Krieg wirtschaftlich nicht

werde aushalten können. Ein Kaufmann, der nie einer Partei angehört hat, sagte mir: "Im Reich haben sie doch jetzt schon nichts zu fressen, wie soll das denn erst im Krieg werden? Sie haben doch auch kein Benzin, kein Oel, kein Leder usw." Der Mann, der mir das sagte, kennt mich, meines Wissens, nicht als Sozialdemokraten und hält mich für genau so gleichgeschaltet wie er es ist. Dieser Mann ist aber kein Einzelfall, überall hört man solche Ansichten äussern.

Die Meinung der Arbeiter ist im allgemeinen die gleiche wie die der übrigen Bevölkerung. Vor allem herrscht die Kriegsfurcht vor. Es ist einfach ein Unsinn zu glauben, es wolle auch nur einer mit Begeisterung in den Krieg ziehen. Sie haben Hitler stets offen -und als das nicht mehr ginnerlich abgelehnt. Sie wissen in ihrer grossen Mehrheit auch sehr gut, dass, wenn ein Krieg kommt, sie das nur Hitler zu verdanken haben. Denn bei allen früheren Regierungen hat es keine Kriegsgefahr gegeben. Es gab auch keine Einkreisung wie heute. Ich glaube, dass das auch sehr vielen Kleinbürgern und Bürgern klar ist. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant zu beobachten, wie die Leute beispielsweise die Pressenachrichten über den "polnischen Terror" gegen die deutsche Minderheit aufnehmen. Es gibt eine ganze Anzahl von Leuten, die diese Nachrichten überhaupt nicht glauben. Und es gibt, namentlich in der Arbeiterschaft, viele, die sagen, dass die Polen vermutlich nur deshalb gegen Deutsche vorgingen, weil diese sich alle vom Nationalsozialismus die Köpfe haben verdrehen lassen und sich gebärden, als sei Hitler schon im Lande. Unter den Arbeitern überwiegt sicherlich die Meinung, dass Deutschland den Krieg nicht gewinnen kann. Man glaubt auch willig Gerüchte, die davon sprechen, dass sich in dem und dem Werk die Arbeiter verabredet hätten, Sabotageakte zu verüben. Und man kolportiert solche Dinge von allen möglichen Werken. Man flüstert sich zu, dass es im Reich noch viel mehr oppositionelle Arbeiter gibt als in Danzig, und erzählt sich, was vonseiten der Arbeiter alles geschehen werde, wenn ein Krieg ausbricht. Unsere Genossen beurteilen diese Stimmung recht skeptisch. Sie meinen, die Gerüchte sprächen zwar über die wahre Stimmung in der Arbeiterschaft eine sehr deutliche und durchaus zutreffende Sprache. Aber von der oppositionellen Gerüchtemacherei bis zur wirklichen Sabotage, die zwar sicherlich in einzelnen Fällen vorkomme, sei im allgemeinen noch ein weiter Weg.

2. Bericht: In Danzig ist -wenigstens bis heute- am Tage nach der Hitler-Rede von irgendwelchen aussergewöhnlichen Dingen nichts zu bemerken. Die Vorbereitungen, die seit Mitte März getroffen worden waren und bis Mitte April andauerten, sind nicht wiederholt worden. Es befinden sich weder SA und Polizei in den Wäldern an der polnischen Grenze, noch werden Schulen und Turnhallen für militärische Zwecke requiriert, wie das in jener Zeit der Fall war. Danzig macht einen durchaus alltäglichen Eindruck. Aber die Nervosität der Bevölke-

rung, die zwar nachgelassen hat, ist keineswegs ganz verschwunden, und sie ist nach der Hitler-Rede, in der zum ersten Mal offen von dem "Anschluss" Danzigs an das Reich die Rede war, wieder im Ansteigen. Denn nun scheinen doch aussergewöhnliche Ereignisse vor der Tür zu stehen.

Dass die Nervosität auch in der Zwischenzeit nicht ganz verschwunden war, ist in erster Linie auf die antipolnische Stimmungsmache in der Nazi-Presse und in den Nazi-Versammlungen zurückzuführen. Es vergeht heute kein Tag mehr, an dem nicht irgend ein angeblicher Zwischenfall mit Polen in Danzig gemeldet wird. Da werden Fenster in polnischen Häusern eingeworfen, da werfen angeblich Polen Fensterscheiben in deutschen Häusern ein. Da kommt es oft genug zu Schnellgerichtsverhandlungen gegen Polen, die angeblich den "Führer" oder die "Bewegung" beleidigt haben, da laufen neuerdings Gerüchte durch die Stadt, die von polnischen Provokationen an der Grenze sprechen. Dazu die ständigen Pressemeldungen von dem angeblichen polnischen Terror gegen die deutsche Minderheit in Polen. Auch die Feier des Hitler-Geburtstages hat gewiss nicht beruhigend gewirkt.

Neu ist in Danzig ein unverkennbares Anwachsen der antipolnischen Stimmung auch in der breiten Bevölkerung. Sie ist stärker geworden, als sie es in den Tagen der "Kriegsvorbereitungen" war, die ja in der Hauptsache im Zeichen der Furcht vor dem Kriege standen. Dieser antipolnischen Stimmung die auf die tägliche Propaganda zurückzuführen ist, sind auch Leute erlegen, die nie Polenhasser waren. Sie schimpfen heute auf die "skandalöse Behandlung der Deutschen in Pommerellen", und sie schimpfen vor allem auf die polnische Presse, die - wenn man der Nazi-Presse folgt - Danzig als eine polnische Stadt darstellt. Das liebt nämlich niemand, ganz gleich welche Weltanschauung er vertritt. "Danzig ist deutsch", dieser Satz sitzt jedem Danziger, der sich nicht wirklich als Pole fühlt - und das sind vielleicht 3% der gesamten Danziger Bevölkerung - im Blut. Es ist sehr bezeichnend, dass man neulich von vielen antinationalsozialistischen Katholiken Klagen über den "Osservatore Romano" hörte, der - wenn man der Nazi-Presse Glauben schenken kann - geschrieben haben soll, dass Danzig mit Polen durch die Geschichte und durch die Abstammung grosser Teile seiner Bevölkerung verbunden sei. So etwas wirkt nur gegen Polen, und ist Wasser auf die Mühlen der Nazis, und das wissen die Nazis sehr gut. So ist es immer gewesen, und so ist es auch heute trotz dem Nazi-Regime.

Diese antipolnische Stimmung ist in den Massen aber keineswegs aggressiv antipolnisch. Sie geht nicht etwa so weit, dass man Vergeltung für den "polnischen Terror gegen die deutsche Minderheit" fordert. Vielmehr ist die Bevölkerung im Grunde davon überzeugt, dass ein Teil der Deutschen in Polen sicherlich nach Art der Nazis provoziert. Das muss ausdrücklich festgestellt werden. Die antipolnische Stimmung ist in den Massen im wesentlichen darauf beschränkt, Danzigs deutschen

Charakter zu betonen. Polen hat ja auch in den Oppositionskreisen in Danzig stark an Ansehen eingebüsst, weil es die völlige Nazifizierung Danzigs und die Niederknüppelung der deutschen Opposition zugelassen hat. Das spielt heute eine grosse Rolle. Es ist für Polen zur Zeit sehr schwer, in den Oppositionskreisen Sympathien zu erwerben, das umso weniger, als ja auch Polen keine Demokratie ist.

Es gab eine Zeit, da haben viele Oppositionelle den Krieg gewünscht, weil sie sich durch den Krieg eine Befreiung vom Naziregime versprochen. Sie sind auch heute noch davon überzeugt, dass Hitler einen Krieg keineswegs aushalten kann, und dass dann eine Revolution kommt. Wenn sie aber heute, wo der Krieg in bedrohlicher Nähe ist, an den Krieg denken, dann denken sie auch gleich weiter, an das Ende, an die Frage ob Deutschland überhaupt als Ganzes aus diesem Krieg heil hervorgehen wird, ob beispielsweise Danzig eine Freie Stadt bleibt, oder ob es polnisch wird. Das letztere will in der Tat niemand. Unsere Genossen haben in den letzten 20 Jahren zwar gelernt, dass Danzig, wenn es mit Polen wirtschaftlich verbunden bleibt, am besten bestehen kann. Und sie wollen es immer so weiter haben. Aber polnisch werden wollen sie nicht. So wird man heute von verschiedenen Gefühlen hin und hergestossen und weiss nicht, was man eigentlich wünschen sollte. Letzten Endes übertört alles aber immer wieder der Wunsch, dass Hitler und die Nazis verschwinden mögen, auch bei den Nachdenklichsten. Später wird man weiter sehen ...

3. Bericht: Am 5. April berichteten die Danziger Naziblätter von einem angeblichen Zwischenfall mit Polen, der sich in Danzig-Langfuhr zugetragen haben sollte. Dort sollen in eine Gaststätte, in der sich drei Nationalsozialisten befanden, die in Zivil gingen, aber Abzeichen trugen, 15 polnische Staatsangehörige eingedrungen sein, um die Nazis zu "provokieren". Unter den Nazis habe sich -natürlich- ein Schwerkriegsbeschädigter befunden, der erhebliche Verletzungen davon getragen habe. Schliesslich seien den Nazis "drei deutsche Volksgenossen" zur Hilfe geeilt. Mit ihnen gemeinsam sei es denn den Nazis gelungen, die 15 Polen aus dem Lokal zu drängen. Die Sache werde aber noch ein gerichtliches Nachspiel haben, drei Polen seien verhaftet worden.

Tatsächlich hat es sich bei dem Zwischenfall um einen planmässigen Nazi-Ueberfall auf eine polnische Gruppe gehandelt, die sich auf dem Wege zu einer polnischen Versammlung befand. Die Polen kamen an der genannten Gaststätte vorbei, um sich zum Polnischen Haus zu begeben. Als sie sich in der Höhe des Lokals befanden, stürzten einige nicht uniformierte Nazis heraus und rempelten die ersten Polen an. Dann ging sofort die Schlägerei los, bei der die Polen den Kürzeren zogen, weil die in der nahegelegenen SA-Kaserne befindlichen SA-Leute nur auf den Moment gewartet hatten, um ihren bedrängten Brüdern zu Hilfe zu eilen. An dem Unternehmen waren im ganzen mindestens 30 Nazis beteiligt. Zum Schluss erschien die

Polizei und verhaftete drei Polen.

Am 26. April wurden in den Abendstunden in dem Dorfe Kalt-hof, Kreis Danziger Niederung, das gegenüber der ostpreussischen Stadt Marienburg liegt, sämtliche Fensterscheiben des Hauses der dort stationierten polnischen Zollinspektoren durch die Explosion eines Sprengkörpers zertrümmert. Der Sprengkörper wurde in eine Wohnung geworfen. Ein zweiter Sprengkörper wurde am selben Abend in Kalthof in die Wohnung eines polnischen Eisenbahnbeamten geworfen. In beiden Fällen war Personenschaden nicht zu beklagen. Im Hause der polnischen Zollinspektoren waren bereits am 18. April abends sämtliche Fensterscheiben zertrümmert worden. Die Polizei hat in beiden Fällen die Täter nicht festgestellt.

In der Nacht vom 20. zum 21. April wurden am Gebäude der polnischen Handelsschule in Danzig sämtliche Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert. Auch hier hat die Polizei die Täter nicht ermittelt. Stattdessen wurde am Tage darauf vom "Danziger Vorposten" eine grosse Meldung veröffentlicht, in der behauptet wurde, dass polnische Pfadfinder von der früheren Artilleriekaserne in Neufahrwasser, dem jetzigen Polnischen Haus, Schüsse in die Fensterscheiben einiger anwohner deutscher Familien abgegeben hätten. Nähere Umstände wurden aber nicht gemeldet. Auch weiss von den Umwohnenden niemand etwas von diesem Vorfall. Ebenfalls wurde vom "Danziger Vorposten" gemeldet, dass bei den Räumen der in Neufahrwasser befindlichen SS-Dienststelle mehrere Fensterscheiben eingeschlagen worden seien. Als Täter habe die Polizei einen 8-jährigen polnischen Schüler ermittelt.

In der letzten Zeit sind in Danzig fast täglich die meisten in Polen erscheinenden Zeitungen von der Polizei beschlagnahmt worden. Ferner wurde am 23. April der Vertreter der polnischen Zeitung "Kurjer Poznanski" in Danzig, Piszcz, von der Danziger Polizei verhaftet. Auf Intervention des Polnischen Generalkommissariats wurde er nach eineinhalb Tagen freigelassen.

Vor dem Danziger Schnellgericht sind in den letzten Wochen mehrere in Danzig lebende Polen Danziger und polnischer Staatszugehörigkeit zu Gefängnisstrafen von mehreren Wochen oder Monaten verurteilt worden, weil sie angeblich den "Führer" oder die NSDAP beleidigt haben sollen.

Der Danziger Staatliche Hilfsdienst, der in Danzig die Stelle des Arbeitsdienstes vertritt, ist mit dem 1. April demonstrativ in Arbeitsdienst umbenannt worden. Ebenso sagt der Sprecher im Danziger Rundfunk seit dem 1. April nicht mehr: "Hier ist der Landessender Danzig", sondern: "Hier ist der Reichssender Danzig". Besonders die letzte Tatsache hat auf die Danziger Bevölkerung grossen Eindruck gemacht.

Im Danziger Arbeitsdienst soll in diesem Jahre erstmalig eine Ausbildung der Arbeitsmänner auch mit Gewehr und am Maschinengewehr stattfinden.

"eben Danzig ist vor allem Oberschlesien, wo eine nicht unbeträchtliche polnische Minderheit lebt, zum Kampffeld Deutschlands gegen Polen geworden. Hier beabsichtigen die Nazis seit langem, die am 17. Mai stattfindende Volkszählung zu einer Aktion gegen die polnische Minderheit auszunutzen. Wie inzwischen auch amtlich mitgeteilt worden ist, wird die diesjährige Volkszählung zum ersten Mal mit einer allgemeinen Erhebung über die Abstammung aller Einwohner verbunden. Ausserdem erscheint in den Haushaltungslisten zum ersten Mal auch die Frage nach der Volkszugehörigkeit des einzelnen, "die nach dem eigenen Bekenntnis angegeben werden soll". Dabei sollen Muttersprache und Staatsangehörigkeit nicht als entscheidend für die Volkszugehörigkeit angesehen werden. Welchen Sinn diese Neuerung hat, geht aus dem nachfolgenden Bericht über die derzeitige Lage in Oberschlesien hervor.

"Polen im Dienste Englands gegen Deutschland" lautete das Thema der Vorträge, die der "Bund deutscher Osten" in den letzten Tagen veranstaltet hat. In einer Reihe von Landortschaften, in denen die polnische Minderheit sichtbar in Erscheinung tritt, wurden Abstimmungsfeiern veranstaltet, in Erinnerung an den 20. März 1920, wobei Polen ausserordentlich scharf angegriffen und verheissen wurde, dass der Tag bald kommen werde, an dem alle Gebiete, die der Versailler Vertrag Deutschland geraubt habe, wieder zum Reich zurückkämen. Hier hatte man es besonders auf Oberschlesien abgesehen, aber auch Danzig, der Korridor und Posen und Pommerellen wurden erwähnt.

Auf diesen Veranstaltungen wurde auch erneut gegen die Benutzung der polnischen Sprache in den Betrieben Stellung genommen. Wer polnische Zeitungen lese, bewiese damit, dass er nichts mit dem Deutschland Adolf Hitlers gemeinsam habe. Es sei jedermanns Pflicht, diejenigen zur Anzeige zu bringen, die noch immer polnische Zeitungen lesen oder sich im Hause der polnischen Sprache bedienten.

Den Angehörigen der polnischen Minderheit aber sagt man, dass sie am 17. Mai bei der Volks- und Berufszählung die letzte Gelegenheit hätten, sich für das neue Deutschland zu erklären. Wer sich zur polnischen Muttersprache bekenne, darf sich nicht wundern, wenn er als Staatsfeind angesehen werde.

Den wenigen Führern der polnischen Minderheit wird ständig gedroht, dass sie aus der Grenzzone ausgewiesen werden, wenn sie die polnischen Organisationen weiter aufrecht erhalten. Erst in den letzten Tagen sind wieder vier Angehörige der polnischen Minderheit aus dem Grenzgebiet ausgewiesen worden.

Dieser Vorgehen hindert die Nazigrenzpresse keineswegs, unablässig Meldungen über die Verfolgung der Deutschen in Polen zu bringen, die gleichfalls dazu bestimmt sind, die polnische Minderheit in Deutschland einzuschüchtern. Zugleich wird im grossen Stil die Hetze gegen Polen selbst betrieben. Marktschreierische Ueberschriften wechseln mit Drohungen gegen Polen ab, das erst mit Deutschland Freundschaft geschlossen und es jetzt verraten habe.

2) Die deutschen militärischen Vorbereitungen

Naturgemäss waren die militärischen Vorbereitungen Deutschlands in den letzten Wochen in erster Linie auf die Ostgrenze konzentriert. Wir entnehmen darüber unseren Berichten:

Oberschlesien, 1. Bericht: Seit Ende März sind fortgesetzt Truppenverschiebungen in Oberschlesien zu verzeichnen, auch ein Teil der Polizei ist zur Truppe beordert, während der Grenzdienst heute ausschliesslich von der SS und SA versehen wird. (Eine Reihe von Polizeibeamten, die nicht als ganz zuverlässig galten, ist nach tiefer im Lande gelegenen Ortschaften versetzt worden.) Der Beuthener Stab, der die Befestigungsarbeiten leitete, ist nach Kreuzburg verlegt worden. In diesem Abschnitt sind die Arbeiten neu aufgenommen worden, während sie entlang der Grenze von Gleiwitz über Ratibor bis nach dem Tarnowitzer Restkreis, ferner von Pietschen bis nach Guttentag-Rosenberg weitergeführt werden. Aus dem Westen sind hierbei gegen 30.000 Mann eingesetzt worden, die von Oppeln aus nach den verschiedenen Grenzabschnitten abkommandiert wurden. Ueberraschend hoch ist der Einsatz der Pionierabteilungen, unter deren Leitung sich die Befestigungsarbeiten vollziehen. Oberschlesier sind nur in geringer Zahl zu diesen Befestigungsarbeiten herangezogen worden, obgleich es Anfang März hiess, dass die drei Arbeitsämter Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg etwa 100.000 Mann hierzu bereitstellen sollten.

Alle Industrieverwaltungen sind angewiesen worden, Baracken aufzustellen oder entsprechende Räumlichkeiten bereitzuhalten. In Gleiwitz allein werden von der Balrestremverwaltung Baracken für 2.000 Menschen auf den verschiedensten Werksanlagen errichtet. Ferner werden Kantinen für die Aufnahme grösserer Flüchtlingstrupps bereitgestellt, die man angeblich aus Polen erwartet. Andererseits ist bekannt, dass man bestrebt ist, die 8.000 Grenzgänger, die jetzt täglich aus Polen nach Deutschland zur Arbeit kommen, in Deutsch-Oberschlesien unterzubringen.

Alle grösseren Säle im Industriegebiet sind bereits heute von den Behörden mit Beschlag belegt. In den Turnhallen der Schulen sind Kriegsmaterialien untergebracht. Die Bergschule

in Peiskretscham bei Gleiwitz ist in den letzten Tagen in ein Bekleidungsamt für Militär umgewandelt worden.

Fast ohne Pause werden in den verschiedensten Ortschaften und Stadtteilen Luftschutzübungen veranstaltet, Alarme auch bei Nacht durchgeführt und immer und immer wieder der Anschein erweckt, als wenn Deutschland derart bedroht wäre, dass die Luftschutzübungen zu einer Tagesnotwendigkeit geworden seien.

In einer Reihe von Betrieben, so auf der Donnersmarckhütte bei Hindenburg, dem Georgschacht-Biskupitz und den Delbrückschächten-Hindenburg sind Flakgeschütze aufgestellt worden. Die Bedienungsmannschaften wurden in Kantinen oder Zechenhäusern untergebracht.

Bayern: Viele Grenzbefestigungsarbeiter, die aus unserem Gebiet bisher an den Westbefestigungen tätig waren, sind nach Oberschlesien transportiert worden.

Uebrigens werden grosse Mengen des Kriegsmaterials der ehemaligen Tschechoslowakei ins Reich transportiert. In den Nächten passieren lange Eisenbahnzüge mit diesem Material die Grenze.

Ostpreussen: In Ostpreussen gehen umfangreiche Grenzbefestigungsarbeiten vor sich, insbesondere auf der Linie Marienwerder, Riesenburg, Deutsch-Eylau, Osterode, Gildenburg und Ortelsburg. Viele Tausende von Arbeitern aus Ostpreussen und aus dem Reich sind bei den Arbeiten beschäftigt. Entgegen den bisher bestehenden Vorschriften, nach denen Danziger Arbeiter nicht zu Befestigungsarbeiten im Reich herangezogen werden durften, sind jetzt zum ersten Mal auch Tausend Danziger Arbeiter in Ostpreussen eingesetzt worden. Die Arbeiter haben meist am 1. April Danzig verlassen.

Auch von der Westgrenze liegen Berichte über deutsche militärische Vorbereitungen vor.

Südwestdeutschland, 1. Bericht (Saerpfalz) Die Arbeiten am Westwall gehen unvermindert weiter. Sind bisher Tankgruben, Maschinengewehrnesten, Artilleriestellungen gebaut worden, so ist man nunmehr dazu übergegangen, regelrechte Bunker zu bauen. An den Planierungsarbeiten, dem Grassähen etc. sind die beschränkt Verwendungsfähigen beschäftigt. Selbst ehemalige Beamte sind mit Schippe und Hacke tätig, wobei junge SA-Flegels die Antreiber spielen und die Pensionäre und Rentempfänger aufs gemeinste antreiben.

2. Bericht: Die Garnisonen an der badischen Grenze entlang sind sehr verstärkt worden, so insbesondere Offenburg, Kehl, Rastatt, Karlsruhe, Lehr und Freiburg.

Zur Zeit finden wieder Aushebungen zum Militärdienst statt. An der Reihe ist der Jahrgang 1906, also die 33-jährigen.

Sie werden im Laufe des Sommers zur acht- bis fünfzehnwöchigen Ausbildung einbezogen werden. Wer nur einigermaßen laufen kann, wird tauglich befunden. In einer Stadt mit 15.000 Einwohnern wurden von zunächst 90 gemusterten nur 4 als untauglich zurückgestellt.

Nach der Musterung werden die Gemusterten regelmässig aufgefordert, einen Umzug durch die Stadt zu machen, um der Bevölkerung zu zeigen, wie begeistert sie sind. Nachdem es zweimal vorgekommen ist, dass die bei den Umzügen vorausgetragene Hakenkreuzfahne am anderen Morgen in irgend einer Ecke im Dreck aufgefunden wurde, darf keine Fahne mehr mitgeführt werden. Dafür werden jetzt kleine Kanonen mitgenommen, aus denen von Zeit zu Zeit eine Rakete abgefeuert wird. Trotz aller Ermahnung, an dem gemeinschaftlichen Umzug teilzunehmen, drückt sich gewöhnlich mehr als die Hälfte, besonders die Arbeiter.

Rheinland: Die Tankabteilungen der Garnison Elberfeld haben die Stadt in Richtung Holland verlassen, dergleichen motorisierte Abteilungen. Aus dem entfernteren Westen sind ausserdem hier grössere Truppenverbände in Richtung nach der Grenze vorbeigezogen. Infanterie aus Mitteldeutschland passierte die Umgegend von Elberfeld. Ausserdem gingen Extrazüge mit Truppen vorbei. Auf den Güterbahnhöfen wird seit Anfang März ständig Kriegsmaterial verladen. SS und teilweise SA ist ständig in Bereitschaft.

Besonders eifrig ist man am Niederrhein mit Grenzbefestigungsarbeiten beschäftigt. In der Ortschaft Broich-Weiden sind ungefähr 500 Befestigungsarbeiter tätig. Sie sind in Holzbaracken und in Privatwohnungen, zum Teil in einem ehemaligen Kloster, untergebracht. Anfang März wurde eine Anzahl dieser Arbeiter verhaftet, nachdem vorher umfangreiche Verhöre angestellt worden waren. Angeblich handelt es sich um staatsfeindliche Umtriebe und um Verrat militärischer Geheimnisse.

Entsprechend den Anweisungen der Reichsjugendführung ist in ganz Westdeutschland die Ausbildung der 13- bis 14-jährigen Jungen und Mädchen zum Luftschutz in vollem Gange. Das ist der letzte Jahrgang des deutschen Jungvolkes und des Jungmäddebundes. In den Heimabenden finden Lehrgänge statt. Dabei treten die HJ-Führer und die Führerinnen des BDM als Unterrichtsleiter auf. Die technische Ausbildung erfolgt durch den Reichsluftschutzbund.

In Düsseldorf war seit Juli vorigen Jahres an einer grossen Luftschutzanlage gearbeitet worden. Diese Anlage ist jetzt nahezu fertig. Die Anlage ist sehr umfangreich und hat sowohl Wasser- wie auch Lichtenanlagen, Heizung, Kühlung und alles, was ein längeres Verbleiben unter der Erde, in diesen Räumen, ermöglicht.

In Zusammenhang mit der Aufkündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens durch Deutschland verdient der nachstehende

Bericht über die deutsche Flottenrüstung Beachtung.

Das vor kurzem vom Stapel gelassene 35.000 t grosse Schlachtschiff "Tirpitz" kann vorläufig den Hafen von Wilhelmshaven nicht verlassen. Die seit dem Vorjahre im Bau befindliche neue Hafen-Schleuse, die den Ausmassen der "Tirpitz" Rechnung trägt, wird -das lässt der jetzige Zustand der Arbeiten erkennen- voraussichtlich in diesem Jahre noch nicht fertig werden. Solange aber die Schleuse nicht fertig ist, kann die "Tirpitz", auch wenn ihr Bautempo es gestatten würde, nicht aus dem Hafen, da die vorhandenen Schleusenkammern für das Schiff zu klein sind.

Diese Schleusenkammern reichen nicht einmal für das 26.000 t verdrängende Schlachtschiff "Scharnhorst" aus, das jetzt in Dienst gestellt werden soll. Die "Scharnhorst" ist in Wilhelmshaven gebaut und sollte aus strategischen Gründen auch in Wilhelmshaven stationiert bleiben. Das ist jedoch, solange die neue Schleuse nicht fertig ist -also nicht vor 1940- nicht möglich. Die "Scharnhorst" passt gerade noch in die grösste der vorhandenen Schleusenkammern. Das Durchschleusen kann jedoch ohne Gefahr für das Schiff und ohne Gefahr für die Schleuse nur riskiert werden, wenn völlige Windstille herrscht. Ausserdem hat sich im Jadebusen eine Sandbank gebildet, die der Scharnhorst ein Auslaufen nur bei Flut gestatten würde. Aus diesen Gründen hat man die "Scharnhorst" jetzt in Kiel stationiert.

Dieses modernste deutsche Schlachtschiff hat bisher keineswegs befriedigt. Eine Reihe schiffbautechnischer Neuerungen haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. So z.B. die Konstruktion der Form. Das Verhältnis zwischen Rumpf und Aufbau bietet zwar Vorteile für die Geschwindigkeit des Schiffes, hat aber dazu geführt, dass die "Scharnhorst" sehr viel Wasser übernimmt. Diese Neuerung ist denn auch bei dem noch in Bau befindlichen Schwesterschiff der "Scharnhorst", der "Gneisenau" nicht wiederholt worden. Es gibt auch in anderen Kriegsflotten Schiffe, deren Konstruktion die Übernahme von viel Wasser verursacht. Man braucht das im allgemeinen nicht zu tragisch zu nehmen. Warum man jedoch bei der deutschen Flotte eine besondere Scheu vor grosser Wasser-Übernahme hat -neben den Bedenken gegen eine Beeinträchtigung der Feuerkraft und Treffsicherheit-, wird noch in anderem Zusammenhang zu erörtern sein.

Unbefriedigend waren auch die Leistungen der Maschinen auf der "Scharnhorst". Und zwar in zweifacher Hinsicht. Einmal ergaben sich Fehler in der Arbeit der Maschinen. Der Kondensator hatte bei der "Scharnhorst" eine neue, angeblich bessere Konstruktion erhalten, die aber bewirkte, dass das Schiff bei der ersten Probefahrt Mitte März Salzwasser in die Maschinen bekam. Nach weiteren Versuchen mit dem gleichen Ergebnis sah man sich gezwungen, diesen modernen Kondensator wiederum gegen das alte System einzutauschen. Auch andere Fehlerquellen an den Maschinen hat man inzwischen gefunden

und einigermaßen beheben können, so dass man mit der Arbeit der Maschinen jetzt zufrieden ist.

Weitere Schwächen des Schiffes hängen mit Qualitätsmängeln des Baumaterials zusammen. Es herrscht zwar allgemein die Auffassung, dass man in Deutschland ungeachtet der Rohstoffschwierigkeiten doch für Rüstungszwecke das Beste vom Besten verwendet. Tatsächlich werden aber auch für Rüstungszwecke Ersatzstoffe verwendet werden. Wenn dabei von Amtswegen behauptet wird, dass es sich hier nicht um Ersatzstoffe, sondern um neue Methoden handelt, die besser als die alten seien, so ist das in den meisten Fällen eine reine Propagandaphrase. Die Tatsache, dass beispielsweise die Schutzgehäuse für wertvolle Instrumente aus Aluminium gebaut und mit einem minderwertigen Farbschutz versehen sind, hat bei den Probefahrten der "Scharnhorst" gerade infolge der starken Wasserübernahme dahin gewirkt, dass sich die Aluminiumlegierungen in ihre Bestandteile aufgelöst haben. Ähnliche verheerende Auswirkungen ergeben sich auch bei den Schutzhüllen für Leitungen, die früher aus Blei bestanden und heute aus Gummi bestehen.

Ausserdem macht sich in der Zuverlässigkeit der Konstruktion ein anderer Rohstoffmangel bemerkbar. Die Knappheit an Benzin hat dazu geführt, dass es nicht mehr als Putzmittel gebraucht werden darf. Einzelteile aus den verschiedenen Werft-Abteilungen werden bekanntlich mit einer Rostschutzfarbe bestrichen, ehe sie montiert werden. Vor dem Montieren muss die Farbe wieder abgeputzt werden. Dies geschah früher mit Putzlappen, die in Benzin getränkt waren. Das ist heute verboten. Man hat jetzt ein anderes Putzmittel zur Verfügung, das jedoch bei den Arbeitern bösartige Hautausschläge verursacht. Gerade die Facharbeiter an diffizilen Geräten denken aber nicht daran, sich der Gefahr von Hautkrankheiten auszusetzen. Soweit sie also nicht Hilfspersonal zur Verfügung haben, das diese Putzarbeiten vornimmt, werden vielfach die Einzelteile von Geräten mit der Rostschutzfarbe montiert.

Aber nicht nur Einzelteile untergeordneter Art weisen solche Mängel auf. Das gleiche gilt auch für das Schiffsgefüge, für Platten und Stützen. Es ist nicht ein Einzelurteil, sondern die Meinung der meisten Ingenieure, dass die deutschen Schiffe "weicher gebaut" seien als die englischen oder französischen. Mit welcher Sorge die Fachleute dem Einsatz der Kriegsschiffe entgegensehen, dafür ist die "Scharnhorst" wiederum ein sprechendes Beispiel.

Wir haben schon darauf hingewiesen, dass dieses Schiff seine Probefahrt Mitte März machte. Ursprünglich bestand die Absicht dass an einem der folgenden Tage das erste Schiessen, das sogenannte "Anschiesen" stattfinden sollte. Da jedoch bereits feststand, dass in 10 Tagen Hitler zum Stapellauf der "Tirpitz" kommen und dabei gleichzeitig die "Scharnhorst" besichtigen sollte, wagte man nicht, das Anschiesen durchzuführen. Man war überzeugt, dass sich dabei soviel Bruch ergeben würde, dass der Schaden bis zum Besuch Hitlers nicht wieder gutzu-

machen sein würde. Dabei ging es keineswegs um Brüche, wie sie sich bei der Belastung durch jedes erste Schiessen ergeben. Hätte man nur mit diesen üblichen Fehlerquellen rechnen müssen, so wäre das Anschiessen durchgeführt worden. Aber weil man überzeugt war, dass die Brüche unverhältnismässig hoch sein würden, wagte man vor Hitlers Besuch das Einschiessen nicht.

Wie sehr diese Vermutung der Fachleute berechtigt war, ergab das inzwischen erfolgte Anschiessen: Obwohl die Kartuschen nur 50% der im Ernstfall gebräuchlichen Pulverladung aufwiesen, zeigten sich Risse in den Befestigungen der Türme und in den Schotten.

Es sei ausserdem noch daraufhin gewiesen, dass selbst die früher als unbestritten geltende deutsche Ueberlegenheit in den optischen Einrichtungen nicht mehr besteht. So zeigt man in Marinefachkreisen ein aussergewöhnliches Interesse dafür, wo sich auf den neuen englischen Schiffen die unsichtbaren Entfernungsmesser befinden. Die deutschen Entfernungsmesser sind gross und sichtbar auf der Brücke angebracht. Bei den englischen Schiffen sieht man sie nicht mehr. Man hat in Deutschland seit einiger Zeit Versuche mit elektrischen Entfernungsmessern angestellt. Doch haben die Versuche bisher noch nicht die Ergebnisse gezeitigt, die für eine praktische Verwertung notwendig sind. Wer die Gelegenheit hat, nicht nur mit technischen, sondern auch noch mit anderen militärischen Fachleuten zu sprechen, der kann sich nicht dem Eindruck entziehen, wie pessimistisch von jeder Fachgruppe gerade die Teile der Wehrmacht beurteilt werden, die der Betreffende kennt, und wie sich der Optimismus in jene Gebiete flüchtet, die ihm fremd sind. Aeusserungen von Wehrpsychologen, die von Skeptizismus über den Geist der Truppe triefen, sind nicht selten. Meistens trösten sie sich damit, dass die Qualität des deutschen Waffenmaterials umso besser sei. Marine-Ingenieure haben uns wiederum bei verschiedenen Gelegenheiten ihren Zweifel an der Qualität des Materials zum Ausdruck gebracht und erkannten dabei die Ueberlegenheit des Auslandes, vor allem Englands, an. Aber, so schlossen meistens ihre Betrachtungen: unser Manko an der Qualität des Materials wird wettgemacht durch den vorzüglichen Geist der Truppe.

Auch die Verhältnisse im Heer haben schon wiederholt Anlass zu skeptischer Beurteilung gegeben. Wie beim Einmarsch in Oesterreich, so haben sich auch bei der Besetzung der Tschechoslowakei erhebliche Mängel und Misstände ergeben, die auf die Schlagkraft der Armee ein bezeichnendes Licht werfen. Mit einer durch die Umstände erzwungenen Verspätung ist uns darüber folgender Bericht zugegangen:

Die Zusammensetzung der Truppenkörper, die in die Tschechoslowakei einmarschiert sind, sah im Durchschnitt so aus: Ein Drittel aktive Linientruppen, ein Drittel Reserven, die nur eine kurze Ausbildungszeit durchgemacht hatten und ein Drittel alter Leute, die im Weltkrieg Soldat waren. Militärisch wirklich brauchbar war davon nur das erste Drittel. Das zweite Drittel war vollkommen unzureichend ausgebildet, das letzte Drittel zum grössten Teil ungeeignet und teilweise Hals über Kopf in irgend eine Truppe hineingestopft. Bei meinem Truppenteil, einer Maschinengewehrabteilung, waren Leute eingezogen, die im Weltkrieg bei der schweren Artillerie waren und nie ein Maschinengewehr aus der Nähe gesehen hatten. Aber da man bei uns ein neues Maschinengewehr, Modell 1934, verwendet, waren auch die alten Soldaten, die im Kriege mit dem Maschinengewehr ausgebildet waren, für das neue nicht zu verwenden.

Ein weiteres Beispiel für die wahllose Zuteilung von Mannschaften bot sich bei den in X. in Stellung gebrachten Flakgeschützen. Unter den Bedienungsmannschaften waren nur 20 - 25% ausgebildet. Der Rest bestand aus Leuten, die während des Krieges Soldat waren, und z.T. aus vollkommen unausgebildeten Mannschaften.

Beim Vormarsch in die Tschechoslowakei zeigte sich sehr bald, wie ungeeignet und unbrauchbar die so zusammengewürfelte Truppe war. Das galt natürlich in besonderem Masse von den Fusstruppen, die von Norddeutschland mit Lastautos bis an die Grenze der 5. Zone gebracht wurden. Von dort sollte dann in Fussmärschen das weitere Vorrücken beginnen. Schon am ersten Tag am Abend waren 25% der Truppe marschunfähig. Am dritten Abend, als das Ziel erreicht wurde, konnten nur noch gut 40% marschieren, der Rest wurde auf gut überdeckten Lastwagen hinterhergefahren.

Die Qualität der Waffen, besonders die des neuen Maschinengewehrs, lässt viel zu wünschen übrig. Das liegt offenbar z. T. daran, dass man um jeden Preis grosse Massen herstellen will, wodurch die Qualität leidet, z.T. muss es aber auch an schlechtem und nicht richtig ausprobiertem Material liegen. Dazu kommt, dass manche neueingeführte Waffenmodelle einfach wegen der Kürze der Zeit nicht richtig durchgearbeitet sind. So ist z.B. das neue Maschinengewehr 1934, was die Anwendung des richtigen Materials betrifft, noch heute nicht ganz durchprobiert. Das Gewehr an sich als eine ausserordentlich gute Konstruktion bezeichnet, aber das Material muss irgendwelche Mängel haben. Die M.G., die bisher doch nur zu den verhältnismässig wenigen Übungen in der Garnison oder zum Scharfschiessen im Manöver verwendet worden sind, beginnen schon an Altersschwäche zu leiden. Das Material beginnt "auszuleiern", so dass Stockungen und Ladehemmungen an der Tagesordnung sind. Die Mannschaften und auch die Fachleute befürchten, dass diese Maschinengewehre, besonders bestimmte Teile des Materials, die starke Inanspruchnahme im Ernstfall nicht aushalten werden.

Bei der "Mobilmachung" fehlten bei vielen Truppenteilen die nötigsten Reserveteile für die Waffen. Die Folge davon war, dass nun alle versuchten, diese Ersatzteile schleunigst zu beschaffen. Die Maschinengewehrabteilungen der Garnison forderten beim ...Depot für Reserveteile Ersatzschlösser usw. an. Als die angeforderten Teile nach drei Tagen nicht eingetroffen waren, versuchte das Kommando sie durch einen eigenen Lastwagen zu holen. Dieser Wagen kam nach zwei Tagen mit einer kleinen Kiste mit Schrauben zurück, weil das Depot leer war. 8 Tage vor dem möglichen Ausbruch eines Krieges waren also keine Ersatzteile für M.Gs. vorhanden. Das wirkte natürlich sehr niederdrückend auf die Stimmung der Soldaten, die davon überzeugt waren, dass ohne die notwendigen Ersatzteile die M.Gs. in wenigen Wochen unbrauchbar sein würden.

3) Roosevelt-Botschaft und Hitler-Rede

Die Botschaft Roosevelts an Hitler und Mussolini hat in Deutschland sehr starken Eindruck gemacht. Wie stark und wie gefährlich für das Regime dieser Eindruck war, geht schon aus der Schärfe hervor, mit der die deutschen Zeitungen die Botschaft zurückweisen mussten. Die Diffamierungsversuche in den grossen Parteiblättern sind bekannt. Aber auch die Schreibweise der kleinen gleichgeschalteten Provinzzeitungen unterschied sich nicht davon. Wir lassen auf den Seiten A 16 - 18 einige Beispiele dafür folgen.

Diese Pressepropaganda, die durch eine entsprechende Rundfunkpropaganda ergänzt wurde, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Vor allem aber hat die Reichtagsrede Hitlers am 28. April die Wirkung der Botschaft wieder stark verwischt und die ursprüngliche Einstellung der breiten Masse der Bevölkerung zu der Aktion Roosevelts erheblich korrigiert.

Wir stellen einige Berichte voran, die vor der Hitler-Rede erstattet worden sind:

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die Mitteilung über den Schritt des amerikanischen Präsidenten wurde dem deutschen Volke zuerst 24 Stunden vorenthalten. Die meisten erfuhren jedoch durch die ausländischen Radiosender von der Botschaft Roosevelts. Dieses Zurückhalten der Botschaft hat viele Leute stutzig gemacht.

Die Aufnahme der Botschaft ist im Volke natürlich sehr ver-

Die Masenfeser Zeit

Amtl. Organ für den Gerichtsbezirk Pilsen

Wittwald, den 17. April 1939.

Roosevelt, der Judentnecht

Weshalb beschleunigen die Einziehungsdiktanden in Roosevelts „Friedensschritt“ als jüdischer Wankbude?

Nr. 59 Ausgabe A und B

Wittwald, 17. April 1939

109. Jahrgang

Roosevelts unverschämte Provokation

Das wahre Gesicht einer „Friedensbotschaft“

Briefe-Exkurs in London und Paris entlarvt das Hochstäuber-Manöver in Washington

Englisches Zeitungswesen

„Hier gefahren ist, fecht die deutsche Delegation“

„Die jüdische Kommando- und die israelitische Wankbude“

Irlands völlige Freiheit gefordert

Wien, 17. April. Der irische Unterminister für die irische Freiheit im Parlament hat heute eine Rede gehalten, in der er sich für die völlige Freiheit Irlands und für die sofortige Wiedereinsetzung der irischen Freirepublik ausgesprochen hat.

Bodenraserei

Nationalsozialistisches Kampfbüchlein

Botschaften aus Washington an den Führer

Roosevelt, der Wolf im Schafspelz

Wichtiges Botschaftennummer des amerikanischen Präsidenten - Politik auf den Spuren Wilsons

Es ist ein Buchlein „Nationalsozialistisches Kampfbüchlein“...
Wien, den 17. April 1939

„Jüdische Bodenraserei“

Wittwald 10. 10. 1939

Wien, den 17. April 1939

8 (1912) Jahrgang - Folge 59

Eine merkwürdige Botschaft an den Führer

Anerhörte Einmischung Roosevelts

Der amerikanische Präsident als Wolf im Schafspelz - Politik auf den Spuren Wilsons

Washington, 16. April. Der Präsident hat heute eine Botschaft an den Führer geschickt, in der er sich für die Einziehungsdiktanden ausgesprochen hat.

Holsteinschwarz

General-Anzeiger für Neumünster

Sintergründe der amerikanischen Kriegsbegehr

Roosevelt will seinen Deshaventenreden...
Der amerikanische Präsident hat heute eine Botschaft an den Führer geschickt, in der er sich für die Einziehungsdiktanden ausgesprochen hat.

Nummer 90 im 68. Jahrgang

Verleger: Karl Bachholz, Neumünster i. Schl.

Dienstag, 18. April 1939

Wahrheit ist nicht totzuschlagen

Roosevelts „Friedensschritt“ überzeugt nicht einmal in USA. Weiterhin Opposition gegen den bedenkenlosen Kriegskurs

schieden, je nach der Einstellung der Betreffenden zum System. Alle diejenigen, die mehr oder weniger kritisch gegen die Nazis eingestellt sind, geben ihrer Freude darüber Ausdruck, dass Hitler nun endlich mal gezwungen werde, Farbe zu bekennen. Als man erfuhr, dass Hitler erst am 28. April im Reichstage antworten wolle, hiess es allgemein: "Aha, er will Zeit gewinnen". Gewiss fehlte es auch nicht an Leuten, die sofort erklärten, Amerika gehen die Dinge in Europa überhaupt nichts an. Das aber waren zunächst nur sehr wenige.

Mit der Zeit wirkte dann aber die Propaganda der deutschen Presse, insbesondere das Argument, dass sich Amerika nicht in die deutschen Verhältnisse einzumischen habe, weiter aber auch die Gleichstellung der Botschaft Roosevelts mit jener Wilsons im Jahre 1918, und heute muss man zugeben, dass viele dadurch stark beeinflusst worden sind. Dazu kam dann noch die Behauptung, dass die Botschaft Roosevelts zuerst mit England und Frankreich, und dann sogar noch die Behauptung, mit Russland besprochen worden wäre, bevor sie an Hitler abgesandt worden wäre. Es gibt tatsächlich im Volke ausser den hundertprozentigen Nazis auch viele andere, die glauben, dass diesmal der deutschen Regierung Unrecht geschehen wäre.

2. Bericht: Die Botschaft Roosevelts war schon am Sonntag allgemein bekannt, aber nur durch die Auslandssender. Die Meinungsäusserungen der Leute dazu waren offenbar sichtlich von der seit Wochen gegen Roosevelt in der deutschen Presse tobenden Hetze beeinflusst. Aber die erste Äusserung, die ich hörte, lautete doch: "Da sieht man doch, dass Roosevelt keinen Krieg will. Wenn Hitler wirklich den Frieden erhalten will, dann muss er auf dieses Angebot eingehen. Es ist nicht zu verstehen, warum aus Berlin sofort ablehnende Stimmen zu hören sind." Auf den gleichen Ton waren auch andere Äusserungen gestimmt, die ich noch am gleichen Tage zu hören bekam. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Rede Daladiers erwähnt, die auf die Leute einen grossen Eindruck gemacht hat und als ehrliches Friedensbekenntnis gewertet wird.

Danzig: Die Roosevelt-Botschaft hat einen tiefen Eindruck auf die Leute gemacht und allgemein beruhigend gewirkt. Es fiel hier naturgemäss auf, dass Roosevelt bei der Aufzählung der Staaten, gegen die Hitler künftig keine Ansprüche geltend machen solle, die Freie Stadt Danzig fehlte, was dahin gedeutet wurde, dass man im Ausland Danzig schon als einen verlorenen Posten buche.

Auch die Tatsache, dass Roosevelt den Raub der Tschechoslowakei und Albanien für irreparabel ansieht, wie es aus seiner Botschaft klar hervorgeht, ist von vielen Leuten bemerkt worden.

Schlesien: Als die Botschaft Roosevelts in den Betrieben bekannt und diskutiert wurde, gab es nur eine Meinung: Man verkennt Hitler auch jetzt noch, es gibt doch für Deutschland

kein Zurück mehr, Deutschland muss den Krieg beginnen, denn wir können einfach nicht mehr weiter. Man war vom ersten Augenblick an überzeugt, dass Hitler diese Botschaft ablehnen, und dass sie ihm nur einen willkommenen Anlass geben werde, vor dem deutschen Volk den Beweis zu führen, dass die ganze Welt auf die "Erfolge des Nationalsozialismus" neidisch sei. Die Nazis wiederholen immer von neuem, dass Hitler und die Partei den Frieden wollten, dass aber die früheren Siegerstaaten Deutschland in Europa nicht aufkommen lassen wollten. Man muss hier und da feststellen, dass diese Art der Propaganda bei unpolitischen Menschen auf Zustimmung stößt.

Rheinland-Westfalen: Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt hat zunächst sehr überrascht. Es herrschte vorher allgemein die Auffassung, dass die Amerikaner mit Europa nichts mehr zu tun haben wollten. Es glaubt kaum jemand, dass Hitler ernsthaft auf die Vorschläge von Roosevelt eingehen würde. Auch denken viele an die seinerzeitige Botschaft Wilsons, dessen 14 Punkte aus dem Gedächtnis des deutschen Volkes noch nicht verschwunden sind. Insofern macht die Gegenpropaganda der deutschen Presse und des deutschen Radios einen gewissen Eindruck auf das Volk. Nicht, dass man die Botschaft Roosevelts missachtet. Aber man hat kein Vertrauen zur Wirkung dieser Botschaft auf die verantwortlichen Leiter des Dritten Reiches. Diese haben es verhältnismässig leicht, dem Volke beizubringen, dass Roosevelt im Grunde selbst nicht daran glaubt, dass es noch zu einer Verständigung kommen kann.

Die Wirkung der deutschen Gegenpropaganda trat nach der Hitlerrede noch deutlicher zutage.

Danzig: Als Hitler gestern vor dem Reichstag sprach, war der Eindruck, den die Roosevelt-Botschaft auf die Bevölkerung anfänglich gemacht hatte, schon wieder stark verwischt. Ich glaube, dass die gestrige Rede Hitlers eine der besten und innenpolitisch gesehen - eine der wirkungsvollsten Reden war, die Hitler je gehalten hat. Ich bin zwar überzeugt, dass diese Wirkung in dem Moment verpufft sein wird, in dem Hitler auf ein neues Abenteuer losgeht, denn von einem solchen Abenteuer würden heute die meisten Menschen den Krieg erwarten, den sie fürchten. Aber bis dahin wird die Wirkung bleiben. Ich stehe auch mit dieser Ansicht keineswegs allein da.

Das Wirkungsvollste an der Hitler-Rede war - das am wenigsten Originelle - nämlich die immer wieder neu vorgebrachte Anklage gegen Versailles. Es ist kein Wunder, wenn diese Anklage auf die Jugend wirkt, die die Zeit von Versailles nicht miterlebt hat, sie hat aber auch auf die Älteren gewirkt. Es ist merkwürdig, die Leute hören die Verurteilung des Friedensvertrages von Versailles seit 20 Jahren, sie hören sie seit 10 Jahren in einem ununterbrochenen Wortschwall, und dennoch sprechen sie heute so, als hätten sie alle die Argu-

nete, die Hitler gegen Versailles vorbrachte, gestern zum ersten Mal gehört. Alle sind von neuem überzeugt, dass Versailles ein ungeheueres Unrecht war, das wieder gutgemacht werden müsste. Das trifft auch für die Nazi-Gegner zu. Mir sagte ein Genosse nach der Rede, die wir gemeinsam gehört hatten: "Leider hat er recht! Wir haben die Dummheit gemacht, Versailles vor dem Volke zu verteidigen, obwohl wir innerlich an unsere Worte nicht glaubten. Hätten wir nur halb so viel aussenpolitische Anstrengungen wie Hitler gemacht, wir hätten auch manches von dem geschafft, was Hitler zuwege gebracht hat, und wir hätten dann keinen Hitler gehabt." - Ich machte den Genossen darauf aufmerksam, dass wir Versailles genau so abgelehnt hätten wie Hitler, und dass wir ja einen grossen Teil des Friedensvertrages aus eigener Kraft revidiert hätten: die Kriegsschulden, die Rheinlandbesetzung usw. Der Genosse entgegnete, er wüsste das auch sehr gut, aber weil die anderen, die Deutschnationalen und Hitler, viel entschlossener vorgegangen seien als wir, hätten sie auch viel mehr Erfolge gehabt. Unsere Erfolge aber habe das Volk längst vergessen. Es erinnere sich nur noch daran, dass wir gegen die weitergehenden Revisionswünsche Hitlers aufgetreten sind, und habe deshalb eben den Eindruck, wir wollten Versailles verteidigen".

Auch das Argument Hitlers, Amerika habe das deutsche Volk schon einmal mit den Wilsonschen 14 Punkten enttäuscht, es wolle sich nicht wieder von einem amerikanischen Präsidenten an der Nase herumführen lassen, hat seine Wirkung gehabt. Freilich bleibt diese Wirkung mehr auf die Unpolitischen beschränkt, sie ist auch schwächer als die der Argumente gegen Versailles. Unsere Leute glauben gewöhnlich, Roosevelt meine es ganz ehrlich mit dem deutschen Volke. Er wolle nur der Welt und dem deutschen Volke beweisen, dass Hitler den Frieden nicht wolle, und dass er der Angreifer ist. Auch in den breiten Massen der Unpolitischen hatten nach der Roosevelt-Botschaft solche Gedanken überall Aufnahme gefunden. Die Leute sagten etwa: "Natürlich geht das so nicht weiter, dass Hitler immer wieder etwas Neues anfängt und die ganze Welt in Aufregung versetzt. Es wäre wirklich gut, wenn er Roosevelt jetzt offen sagen würde: das und das will ich noch haben und weiter nichts.!" Die Hitler-Rede scheint mir diese vorher oft gehörte Ansicht etwas verdrängt zu haben. Es gibt wirklich -so weit ich das übersehen kann- Leute, die jetzt über die Wilsonschen 14 Punkte lachen und meinen, von Amerika könne nicht viel Gutes kommen.

Das heisst aber nicht, dass die Masse der Leute glaubt, Roosevelt sei ein Kriegshetzer. Ebensovienig glauben die Leute, dass die "Einkreisungs-Politik" Chamberlains an sich zum Krieg führt. Gewiss, sie sind jetzt mehr oder weniger davon überzeugt, dass es sich bei der neuen englischen Politik um eine Einkreisung Deutschlands handle. Sie glauben aber nicht, dass die Mächte, die an der "Einkreisung" Deutschlands beteiligt sind, eines Tages über Deutschland einfach herfallen.

werden. Ich habe den Eindruck, dass die weitaus meisten Leute dessen sicher sind, dass die Westmächte einen Krieg nicht wollen. Die Leute haben ja gesehen, wie die Westmächte Schritt für Schritt vor Hitler zurückgewichen sind, nur um es zu keinem Kriege kommen zu lassen. Und dieser Eindruck, den nicht nur die entschlossenen Gegner des Regimes, sondern auch die grosse Masse der Unpolitischen hat, ist durch die Nazi-Propaganda von der "Einkreisung" keineswegs verwischt worden.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Übergrosse Mehrheit des Volkes das Regime innerlich ablehnt. In nationalen und aussenpolitischen Fragen hat das freilich nicht die gleiche Bedeutung wie in der Innenpolitik. Aber die unangenehmen Gefühle, das Misstrauen, das die innenpolitische Propaganda der Nazis in den breitesten Massen auslöst, ist auch nicht einfach verschwunden, wenn es sich um die Aussenpolitik handelt. Bedenkenlos glauben die Leute der Nazi-Propaganda auch auf diesem Gebiet nicht. Es ist vielmehr nicht zu verkennen, dass gerade der ständige aussenpolitische Vormarsch der Nazis die Kriegsfurcht hat entstehen lassen, und dass diese Kriegsfurcht jetzt durch die "Einkreisungs"-Propaganda der Nazis nur noch verstärkt wird.

Zusammenfassend ist zur Roosevelt-Botschaft zu sagen, dass sie heute bei weitem nicht mehr die Wirkung hat wie am Anfang, wo man hoffte, jetzt könnte wirklich Ruhe einziehen. Vielmehr erscheint der Kampf Hitlers gegen Versailles im Volk erneut gerechtfertigt, während die Erinnerung an Wilsons 14 Punkte des Vertrauens zu Roosevelt zum Teil erschüttert hat. Andererseits hat das Regime mit seiner Propaganda und Hitler mit seiner Rede nicht erreicht, dass Roosevelt dem Volk als Kriegshetzer erschien. Das andere Argument der Nazis, dass nämlich die Roosevelt-Botschaft eine Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse bedeutet, hat nach meinen Beobachtungen überhaupt keine Wirkung gehabt.

Ich habe mich weiter bemüht zu erkunden, ob die Leute die Verwerfung des Roosevelt'schen Vorschlages, eine internationale Konferenz einzuberufen, billigen. Dazu ist zu sagen, dass die Leute an den Erfolg grosser Konferenzen schon sehr lange nicht glauben. Das mag zum Teil auf den besonderen Danziger Erfahrungen beruhen. Aber Konferenzen sind ja überhaupt unpopulär geworden, deshalb hat dieser Vorschlag Roosevelts von Anfang an keine Wirkung gehabt. Auch an die vorgeschlagene Abrüstung hat von Anfang an natürlich niemand geglaubt. Die anfänglich starke Wirkung der Roosevelt-Botschaft lag in dem Schritt an sich und in der Forderung nach Garantien für die von ihm genannten Länder begründet.

In diesem Punkt nun ist die Wirkung der Hitler-Rede auf die Bevölkerung negativ gewesen. Jeder hat selbstverständlich gemerkt, dass Hitler Garantien nicht geben will; und im Stillen hatten doch die meisten gehofft, er würde sie geben, damit endlich Ruhe eintrete. Denn dieses Bedürfnis nach Ruhe ist in den Massen ausserordentlich gross. Es nimmt in ihren

Gefühlen den ersten Platz ein, und kann auch durch das Empfinden, Hitler habe mit seinen Revisionsabsichten inbezug auf den Vertrag von Versailles recht, nicht verdrängt werden. Mir sagte ein deutschnationaler Rechtsanwalt, er glaube, Hitler habe einen schweren Fehler in seiner Rede gemacht. Er hätte sagen müssen, dass er weder Dänemark noch Holland usw. angreifen werde und keine Forderungen an sie habe, dass er sich lediglich auf die Revision von Versailles beschränke und weiter nichts wolle. Denn würde die ganze Politik wieder in ein anderes Fahrwasser gelenkt werden, das Hitler mit der Eroberung der Tschecho-Slowakei dummerweise verlassen habe. Der Eimersch in Prag sei für ihn, den Rechtsanwalt, noch immer unbegreiflich, denn er habe ja erst die geschlossene Front gegen Deutschland heraufbeschworen. Nachdem Hitler auch in seiner letzten Rede weiter alle im Unklaren gelassen habe, halte er es für ausgeschlossen, dass er ohne Krieg auch nur einen Schritt weiterkomme. Und einen Krieg könne Deutschland nicht gewinnen.

Schlesien: Man muss, um die Stimmung der Bevölkerung nach der Rede Hitlers zu beurteilen, zunächst zwei Tatsachen feststellen: 1. Grosse Teile der Gegner Hitlers, insbesondere in der Arbeiterschaft, wollen den Krieg. Je eher er kommt, sagen sie, umso besser für uns. Für diese Gruppe von Menschen ist es ganz nebensächlich, was Hitler spricht. Für sie ist Russland der Hauptfaktor, von dem man erwartet, dass es Polen vom ersten Schuss an auch militärisch helfen wird, um Deutschlands Heer nicht bis an Russlands Grenzen vordringen zu lassen. Nach Meinung dieser Gruppe hat Hitler durch die Aktion Englands und Frankreichs und die Einbeziehung Polens in die Abwehrfront die erste Partie seines diplomatischen Spiels bereits verloren.

Das Moment, das berücksichtigt werden muss, ist der Bolschewistenschreck, der auch heute noch bei vielen Kleinbürgern seine Wirkung ausübt. Lieber Hitler und die heutige Unterdrückung, als ein Krieg, der zwangsläufig in Europa den Bolschewismus ans Ruder bringen muss. Für diese Kreise ist Hitler trotz allem noch der Mann, der den Frieden will und der sich dazu vor allem mit England verständigen will, um Europa vor dem Zusammenbruch zu retten.

Demgegenüber steht die Stimmung der Allgemeinheit, die sich in diesem Punkte mit der der Nazis deckt. Nach dieser Auffassung hat der Führer zur Welt gesprochen und erklärt, dass Deutschland den Frieden will. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass dagegen England die Welthetze gegen Deutschland betreibt. Polen habe sich aus rein finanziellen Gründen von England kaufen lassen und England wird sich auch der Hilfe Russlands bedienen, wenn es auf diese Weise seine Welt-herrschaft retten kann. In den politischen Diskussionen, vor allem in den Geschäften, wird die Sache auf den Namen Versailles gebracht. Hitler will ja nicht mehr, als alle Deutschen einigen, die ihm geraubten Gebiete wieder zusammen-

bringen, die Kolonien zurückzuerhalten und dann kann eine Periode langen Friedens in Europa herrschen. Dieser Auffassung erscheint die Rede Hitlers als ein grosser Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Es liege jetzt an der Welt, zu beweisen, dass sie Deutschland als gleichberechtigt ansieht, und ihm seinen Lebensraum gewährleistet. Deutschland wolle keinen Krieg, würde man ihn aber dem Dritten Reich, weil man Hitler den Erfolg nicht gönnt, aufzwingen, so werde es auf sich nehmen, was immer auch kommen mag.

Berlin: Führer-Rede und Reichstag, - die Gleichgültigkeit gegen diesen ganzen Zauber kann auch nicht durch den stärksten Abhörzwang verdeckt werden. Jeder "Volksgenosse" weiss ja, was an so einem Tage blüht, und sein Bemühen richtet sich einzig darauf, dem Lautsprechergebrüll, ohne aufzufallen, zu entgehen. Man denke nicht, dass diese Führer-Reden-Drückebergerei sich auf die politisch Uninteressierten oder die unentwegten Gegner des Systems beschränkt; fast mehr noch macht sich bei den Gemeinschaftsempfängern dünne, was Abzeichen oder Uniform trägt. Dabei existiert bei jedem das Gefühl, dass solche Führer-Reden doch nun mal schicksalsentscheidend sind auch für den Letzten, aber ebenso weiss jeder, dass die Würfel bereits gefallen sind und einzig Krieg oder Frieden davon abhängen, ob Hitler ein weiteres "Problem" in seiner Art löst oder nicht. Das vollkommene Auslieferungsein an diesen Mann, der sich vermessen der "Führer" des deutschen Volkes nennt, der absolute Vertrauensmangel in seine Worte, das Zittern um seine aussenpolitischen Gewalttaten, - diese ganze verdammte gegenwärtige Lebensunsicherheit hat diese Gleichgültigkeit gegen alle offiziellen Redereien und einen Fatalismus aufkommen lassen, der kaum vorstellbar, für jeden aber, der hier mit drin steckt, geradezu unheimlich und lähmend ist.

In einem vornehmen Kaffee des Berliner "estens" verkehren neben Ausländern regelmässig deutsche Gäste aus den besseren Kreisen: höhere Militärs und Beamte, höhere Chargen der Partei und ihrer Gliederungen, Leute aus der Industrie- und Bankwelt usw. Was alle diese Leute dort treiben mit ihrer Jagd nach Ausländermitteilungen und Auslandszeitungen, und was sie als ihre Meinung zur Sache unter sich und sogar gegenüber dem bedienenden Kellner unverblümt von sich geben, ist glatter Hochverrat. "Was heisst nach dem Protektorat schon Hitler-Rede? Chamberlains neue Politik, Churchills Drängen und Bohren, Roosevelts Formulierungen genauestens zu kennen, das ist lebenswichtig." Und ein NSKK-Führer stöhnte sogar: "Das Ganze wird noch mal so schief gehen, wie es schon 1914 schiefgegangen ist." - Von irgendwelchem Vertrauen in die aussenpolitischen Gewaltmethoden des "Führers" oder in die neudeutsche Heeresmacht ist in diesem Kreise nicht das mindeste zu bemerken. Die dem System durch persönliche und sachliche Vorteile und klotzige Gewinne Verbundenen sind nun aufgeschreckt und besorgt, dass ihr Hitler es an

Fingerspitzengefühl vermissen lässt und nicht die gegebene Grenze einzuhalten weiss. In Schrecken und Angst um Stellung und Besitz rückt das reaktionäre Bürgertum innerlich von Adolf Hitler ab.

In einem grossen und sehr besuchten Lokal in der Grossen Frankfurter Strasse, in dem regelmässig auch Beamte des Polizei-Präsidiums verkehren, ging es am Abend des 28. April besonders aufgeregt zu. Alle sonstige Rücksicht auf die mögliche Anwesenheit unliebsamer Horcher und Denunzianten war wie weggeblasen. Es gab überhaupt keinen, der nicht recht laut seine Meinung zur Führer-Rede von sich gab. Wenn aber in diesem Lokal noch vor wenigen Wochen unter Anführung von SA- und SS-Leuten der Chorus die Fäuste auf den Tisch knallte und Sieg Heil brüllte, so ging jetzt der Kommentar zur Führer-Rede dahin, dass "verdammte dicke Luft ist und man das Maul weniger voll nehmen sollte." Solange es so aussah, dass der Hitler unter Duldung der anderen Grossmächte den Kleinstaaten einzeln oder hübsch nacheinander gefahrlos ihre Selbständigkeit auslösche oder sie "beschützte" oder "erlittenes Unrecht wieder gut machte", freute man sich mit, dass die anderen buchstäblich noch den Hintern hinhielten, auf den sie gedroschen wurden. Hier im Berliner Osten liest zwar kein Mensch fremdsprachige, kaum mal eine deutsche schweizer Zeitung; und Chamberlain und Roosevelt kennt man eigentlich auch nur von den gemeinen Karikaturen in der deutschen Presse. Aber schliesslich ist der Berliner Osten nicht weniger hellhörig, hat er auch sein Wispern und Flüstern. "Wenn der Chamberlain und der Roosevelt dem Adolf da in die Parade hauen, dann is det aus mit uns und det von Anfang an." - Oder: "Der Adolf soll man langsam machen, denn da halten wir doch die Knochen hin, wenn det nun losgeht." Oder aber: "Soll man mir einsperren, aber das macht mir keiner weiss, dass die anderen vor Adolfs Rede ins Mauselloch kriechen und wir so dastehen. Die am Kanal und übern Ozean, die wissen schon, was sie machen und wollen. Und wenn der Wilhelm da nicht mit kam, da soll es der Adolf schaffen!"

4) Die Wirkung der deutschen Propaganda

Schon die vorstehenden Berichte lassen erkennen, dass die deutsche aussenpolitische Propaganda -so plump und verlogen sie ist und so misstrauisch das Volk im allgemeinen der deutschen Presse und dem deutschen Rundfunk gegenüberstehen mag- nicht ohne Wirkung geblieben ist. Das System dieser Propaganda, einige wenige Schlagworte unablässig zu wiederholen, hat sich erneut bewährt. (Auf Seite A 26 geben wir einige Beispiele dieser Propaganda gegen die "Einkreisung" wieder.)

Die nachstehenden Berichte zeigen allerdings auch, dass es nicht so sehr die Propaganda als die Erfolgsserie der Hitler-schen Politik ist, die diese Wirkung hervorruft. Es ist die sogenannte Logik der Tatsachen, der sich der einfache Mann am wenigsten entziehen kann.

Südwestdeutschland: In der Einstellung des Volkes hat sich gegen früher eine wesentliche Aenderung vollzogen. Tatsächlich haben es die deutschen Sender und die deutschen Zeitungen in unermüdlicher Arbeit fertiggebracht, dass in weitesten Volkskreisen nicht mehr davon gesprochen wird, dass noch in diesem oder jenem Lande "unterdrückte Volksgenossen" befreit werden müssten, sondern dass man überall nur noch davon spricht, dass das deutsche Volk sich einen grösseren Lebensraum schaffen müsste. Gewiss plappern das viele nur unbewusst nach, aber dieses Gift des Eroberungswillens ist schon stark in die Volksmeinung eingedrungen. Die Nazis haben gute Vorarbeit geleistet, um bei einem Kriege das Volk in den Glauben zu versetzen, Deutschland sei überfallen worden.

So wurde mir z.B. dieser Tage von einem Geschäftsmann auseinandergesetzt, dass die Engländer und Franzosen selbst schuld daran seien, dass wir in die Tschechei einmarschieren würden. Hätten sie uns die Kolonien wiedergegeben, dann wäre ein solcher Einmarsch nicht notwendig gewesen und sicher auch nicht erfolgt. Dieser Meinung stehen allerdings wieder andere gegenüber, dass es ein Unglück für Deutschland sei, dass wir uns in der Tschechei engagiert haben. Im Kriegsfall müssten wir nun viele Soldaten in der Tschechei lassen, damit diese Bände in Ruhe gehalten werden kann und uns nicht in den Rücken fällt.

Diese Regimenter, die dann in der Tschechei stünden, würden uns dann fehlen, wenn es gegen Frankreich und England ginge. Italien hätte denselben Fehler mit der Besetzung Albanien gemacht. Man kann schliesslich auch die Auffassung hören, dass Frankreich und England nur deshalb die Annexion der Tschechei und Albanien ruhig hingenommen hätten, um im Krieg den Deutschen und Italienern im Rücken möglichst grosse Schwierigkeiten machen zu können. Man diskutiert also über diese Eroberungen nicht, ob sie gerecht oder ungerecht wären, sondern ob sie zweckmässig oder unzweckmässig sind.

Berlin: Für die Beurteilung der Wirkung, die die deutsche Propaganda auf das Volk ausübt, muss man beachten, dass die Redner der Partei seit 1933 beträchtlich geschult worden sind und es jetzt teilweise ausgezeichnet verstehen, ihre Parolen zu lancieren und den Kontakt mit der Zuhörerschaft herzustellen. Auf ihrer Seite steht jetzt ein weiteres Plus: Nach den für den einzelnen Volksgenossen spielerisch empfundenen Erfolgen der deutschen Politik und der Stärkung der deutschen Position bei gleichzeitiger Schwächung der Positionen der Gegner, ist

die Zuversicht in die Aussichten Deutschlands bei kriegerischen Verwicklungen bedeutend gestiegen. Dies bedeutet, dass der einzelne Mann auf das deutsche Waffenglück hoffen lernt und an das Zutrauen in seine politischen Führer.

Wenn es auch schwierig ist, die allgemeine Stimmung auf einen Nenner zu bringen, so muss man doch feststellen, dass das Vertrauen zur Aussenpolitik des Regimes gewachsen ist, was wohl auch bei kriegerischen Verwicklungen sich zunächst als bedeutsam erweisen könnte.

Rheinland-Westfalen: Bis jetzt hat der Nationalsozialismus immer wieder die nachlassende Stimmung des Volkes durch seine aussenpolitischen Erfolge auffrischen können. Gelegentlich der Besetzung der Tschechoslowakei ist das nicht überall möglich gewesen. Im Rheinischen Industriegebiet ist sogar teilweise das Gegenteil eingetreten. Nach dem 15. März konnte man in allen Volksteilen hören: "Jetzt muss der Krieg kommen. Das Ausland kann die Anwendung dieser Methoden nicht länger dulden. Das deutsche Volk wird den Schaden von der Politik Hitlers haben." Als dann zunächst wieder nichts geschah, richtete sich die Stimmung vieler Menschen gegen die nachgiebigen Engländer und Franzosen. Teilweise wurde grösste Bitterkeit gerade bei denjenigen laut, die in der Zeit der Republik ehrlich an eine Verständigung der Völker geglaubt und dann erlebt hatten, dass man wohl gegen die Republik alle Klauseln des Versailler Vertrags einwandte, dass man aber allen Herausforderungen Hitlers tatenlos zusah.

Für den Mann auf der Strasse in Deutschland ist das alles nicht zu verstehen. Er fragt sich, ob denn die Nazis nicht doch recht hätten, wenn sie besonders auf ihre Waffenüberlegenheit pochen und wenn sie davon sprechen, dass die Demokratien zum Untergang verurteilt seien. Viele kommen auch zu dem Ergebnis, dass in Deutschland Hitler, in England Chamberlain und in Frankreich Daladier nur die vorgeschobenen Männer des Kapitals sind, dazu bestimmt, die Welt so zu verteilen oder verteilen zu lassen, dass das Kapital am Ende keinen Schaden haben wird. Schliesslich gibt es jetzt viele Menschen, die mehr und mehr zu der Ueberzeugung kommen, dass Deutschland heute militärisch überlegen und daher von den westlichen Staatsmännern gefürchtet werde. Solche Auffassungen entstehen nicht zuletzt dadurch, dass die offiziellen Stellen nichts unterlassen, was dem Volke die eigene Stärke und Ueberlegenheit vordemonstrieren kann. Aber trotz aller Demonstrationen der Kraft und Stärke besteht die Furcht vor dem Kriege bei den Massen. Und angesichts der Erfolge der "Einkreisung" Deutschlands gewinnt die Meinung an Boden, dass Deutschland den Krieg verlieren wird.

Saarpfalz: Mein Eindruck geht dahin, dass im allgemeinen das Spiel der Nazis durchschaut ist und dass sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht dahin beeinflussen liess zu glauben,

des Ausland sei an der Kriegsgefahr schuld. Es ist sehr schwer, sich ein zutreffendes Bild über die allgemeine Meinung zu bilden. Fest steht auf alle Fälle, dass die politisch erfahrenen und geschulten Leute sich nicht von der Propaganda haben einfangen lassen. Von manchen Phrasen sind allerdings auch sie beeinflusst und ganz frei von diesem Einfluss sind sogar manche Sozialisten nicht. Bei diesen ist die grosse Enttäuschung noch nicht überwunden, die ihnen die leichten "Siege" des Regimes immer wieder bereitet haben, und sie haben immer wieder die Redewendung bei der Hand: "Er bekommt alles ohne Widerstand." In diesem Punkte besteht gewissermassen eine Einheitsfront mit den Nazis, die selbstverständlich davon überzeugt sind, dass es im bisherigen Tempo weitergeht und dass vor der Kraft der grossdeutschen Wehrmacht alle Mächte im entscheidenden Moment zurückschrecken.

Man würde aber die allgemeine Stimmung in Deutschland falsch einschätzen, wenn man nicht gleichzeitig berücksichtigen würde, dass bei der grossen Masse der Bevölkerung nach wie vor Angst vor dem Krieg herrscht. In diesem Punkt hat die "Einkreisungs"-Propaganda der Nazis sogar mit dazu beigetragen, die Ueberzeugung zu verbreiten: Deutschland kann doch nicht gegen die halbe Welt Sieger bleiben und es wird wieder so ausgehen wie 1918. Obgleich die Kriegspropaganda des Regimes ihre Wirkung nicht verfehlt hat, kann noch immer festgestellt werden, dass die übergrosse Mehrheit des deutschen Volkes den Krieg nicht will. Eine Ausnahme würde vielleicht ein Krieg gegen Polen machen. Wir haben schon im Vormonat (Heft 3/1939, Seite A 8) auf diesen Gefahrenpunkt aufmerksam gemacht. Auch ein Berichterstatter aus Schlesien geht darauf ein:

Sollte es zu einem Krieg gegen Polen kommen, so muss man demit rechnen, dass dieser Krieg auch eine gewisse Zustimmung im Volke erfahren wird. Zu dieser Stimmung haben nicht wenig die Grenzgänger beigetragen, die als "unterdrückte Minderheit" täglich in den Betrieben Propaganda gegen Polen betreiben. Man soll sich darüber keiner Täuschung hingeben, ein Krieg gegen Polen kann populär gemacht werden. In weiten Kreisen, selbst in der Arbeiterschaft kann aus der Aufstands- und Abstimmungszeit noch manches gegen Polen hervorgeholt werden, das der Nazipropaganda gegen Polen gute Dienste leisten kann.

Im übrigen decken sich die vorliegenden Berichte über die Kriegsstimmung Volke mit den bereits früher veröffentlichten.

5) Hitlers 50. Geburtstag

Am 4. Februar 1921 beging der erste Präsident der Deutschen Republik, Friedrich Ebert, seinen 50. Geburtstag. Der Tag blieb in der Öffentlichkeit so gut wie unbemerkt. Keine offizielle Feier fand statt. Selbst das Parteiorgan des Präsidenten, der "Vorwärts", beschränkte sich auf eine Notiz von 20 Zeilen an versteckter Stelle, in der es zum Schluss humoristisch-entschuldigend hieß: "Darum wird man es uns hoffentlich nicht als Byzantinismus anrechnen, wenn wir unserem Genossen Fritz Ebert, der zufälliger Weise gerade Reichspräsident ist, unseren herzlichsten Glückwunsch aussprechen".

Wie ganz anders der 50. Geburtstag des zweiten Nachfolgers Eberts gefeiert wurde, ergibt sich nicht nur aus den bekannten Berichten, sondern auch aus den Schaubildern deutscher Zeitungsüberschriften, die wir auf den Seiten A 31 - 34 wiedergeben.)

Der Unterschied erklärt sich aus der Verschiedenheit nicht nur der Zeit, sondern auch der gesamten Lebensauffassung. Die Sozialdemokratie war stets die schärfste Gegnerin jedes Personenkults. Ihr Blick war auf die Bewegungen der Massenkräfte, die Klassenkämpfe, gerichtet, und sie war stets geneigt, die Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte eher zu unter- als zu überschätzen. Die sozialdemokratisch geschulten Arbeiter geben einer tiefverwurzelten Ueberzeugung Ausdruck, wenn sie im deutschen Text der "Internationale" sangen:

"Es rettet uns kein höheres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun..."

Im Gegensatz dazu sind die Nationalsozialisten mit Carlyle und Treitschke der Meinung, dass "Männer die Geschichte machen". Unter Männern sind dabei Persönlichkeiten verstanden, die durch irgendwelche besondere Eigenschaften aus der Menge hervorrangen, Männer, die in Wirklichkeit oder im Glauben der Umwelt über ganz ausserordentliche, hoch über allem Durchschnitt stehende Fähigkeiten verfügen. Diese Auffassung entsprach den seelischen Bedürfnissen eines nicht geringen Teils des deutschen Volkes und wurde von dem monar-

F83 1914

A-35



Deutscher Friede durch den Führer

Führer hat sich behält, auf dem seine Saat für einen wahren Frieden. Seite 16 / Seite 17

Von Dr. Fritz Füll-

Das Schwarte Rump

Der Inhalt dieser Seiten, die dem 50. Geburtstag des Führers Adolf Hitler gewidmet sind, ist ein Programm für die Welt.

„Wir haben ihn alle sehr, sehr lieb!“

Dem größten Sohne unseres Volkes

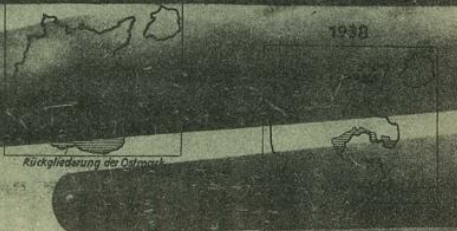
Adolf Hitlers Name – ein Programm für die Welt

Mundfunkansprache Dr. Goebbels zum 50. Geburtstag des Führers

A-35-

Ein stolzer Weg

1920



Rückgliederung der Ostmark

1935

1936



Saarbefreiung u. Rheinlandbesetzung



1939



Einmarsch ins Sudetenland



1939



Memelgebiet geht wieder zurück



Berliner



Die Nation gratuliert dem Führer Hudolf Hess überbrachte die Glückwünsche

Dr. Goebbels eröffnete die Feierlichkeiten durch eine Ansprache über alle Sender Ost-West-Achse unter dem Jubel der Massen von Adolf Hitler freigegeben

Großdeutschlands Festtag

Ehrengesicht der Partei

Der in jedem Gewissens des wahren Geschichtlichen Wertes mit jedem Schritt vorwärts
besteht die Pflicht und Ehre des Mannes sich zu zeigen. Die große
Geschichte der Menschheit ist die Geschichte der großen Taten.

Ständig bereit des großen Preussentums

B.Z. am Mitt

Deutscher Lokal-Anzeiger

Nr. 94
Berliner Zeitung
1939 — 62. Jahr
DEUTSCHER VERLAG | BERLIN

Die Fahne ist mehr als der Tod

Erster Bericht vom 20. April

Höhepunkt des Führer-Festes:
Größte Parade der Wehrmacht

So gratuliert ein ganzes Volk

Führer-Geburtstag

auffassung war ein politischer Kampf. Die Sozialdemokratie stand gegen das "persönliche Regiment" Wilhelms II. und sah auf seine Anhänger und Nachläufer als auf die sogenannte "Hurrakanaille" verächtlich herab.

Der Sturz der Monarchie im Jahre 1918 schuf nichtsdestoweniger im Seelenleben breiter Massen einen leeren Raum, der Ausfüllung verlangte. Das Bedürfnis danach war umso stärker, als man in Notzeiten lebte, in denen erfahrungsgemäss die Neigung, an Wunder zu glauben, wächst. Man kann sagen, dass in den ganzen vierzehn Jahren bis zur Machtergreifung Hitlers die Phantasie eines Teils des deutschen Volkes ständig an der Erschaffung des "Retters" arbeitete, der eines Tages erscheinen und alle Not beenden sollte.

Die republikanischen Parteien, die einen solchen Glauben nicht teilten, sondern bekämpften, waren nicht imstande, die so eingestellten Massen zu gewinnen. So entstanden im Gegensatz zu ihnen mit der Zeit eine ganze Reihe von Führermythen, die mehr oder weniger breite Volkskreise ergriffen: Kapp, der den Putsch von 1920 versuchte, der Grossunternehmer Stinnes, Ludendorff u. a. waren die Helden.

Mit der Wahl Hindenburgs zum Nachfolger Eberts im Jahre 1925 gewann das "Führerprinzip" seine erste Durchbruchsschlacht. In einer Gesellschaft erfahrener Politiker, wie z. B. im Reichstag, hätte der Vorschlag, einen so ungeeigneten Mann zum Präsidenten der Republik zu erheben, kaum eine einzige Stimme erhalten. Bei der Volkswahl blieb der Feldmarschall, dessen Bild in allen Dorfwirtschaftshäusern hing, gegen den farblos-bürgerlichen Zentrumspolitiker Marx im Vorsprung. Es war die Tragik der Republik, dass sie im Jahre 1932 dem alten Marschall keinen auf dem Boden ihrer eigenen Auffassungen gewachsenen Kandidaten entgegenstellen konnte, sondern genötigt war, bei ihm gegen den nationalsozialistischen Sturm Schutz zu suchen. So waren es damals nicht mehr Demokratie und Diktatur, die gegeneinander kämpften, sondern eine alte Führerlegende und eine neue, wobei sich die Demokratie in der Hoffnung, sich damit retten zu können, für die alte entschied.

Wie man sieht, ist das "Führertum" in Deutschland keine neue Erscheinung. Neu ist aber, dass der Führer nicht den obersten Gesellschaftsschichten, sondern den untersten entstammt und dass er seinen

Ruf nicht einer präbendierten militärischen Tüchtigkeit, sondern seinen volksrednerischen Fähigkeiten verdankt. Darin und in der Stärke der Glaubensströme, die er erweckt hat, ist er erst- und einmalig. Wahrscheinlich hat auch hier das Gesetz des Gegensatzes mitgewirkt. (War es nicht ein schlichtes Hirtenmädchen, das Frankreich rettete, wo Könige und Ritter versagten?)

Es ist für den Kenner Deutschlands nicht anders denkbar, als dass ein grosser Teil des Volkes während des Aufstiegs Hitlers zur mythischen Gestalt kühl und skeptisch blieb. Gegen ihn wirkten jedoch zwei mächtige Faktoren: der furchtbare Terror im Innern, der jede kritische Regung erstickte, und die Aussenpolitik der westlichen Demokratien, die dem Führer einen Erfolg nach dem anderen zuspilte. Gerade auf die alten Republikaner, die wussten, wie schwer das weimarische Deutschland unter dem Druck des Sieges gelitten hatte, musste diese schier ununterbrochene Kette aussenpolitischer Triumphe erschütternd wirken. War am Ende doch die alte Methode die falsche gewesen und die neue die richtige?

Die Tatsachen, die trotz alledem einem ununterbrochenen Siegeslauf des "Führergedankens" entgegenstanden, sind in diesen Blättern oft dargestellt worden. Zu ihnen -d.h.zur Schwere des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Drucks- hat sich nun noch eine neue hinzugesellt. Auch dem Leser reichsdeutscher Zeitungen kann nicht verborgen bleiben, dass der aussenpolitische Stern Hitlers verblasst, dass die erstrebte Isolierung Frankreichs (durch Gewinnung Englands und Polens) misslungen ist und dass das System einem zweiten Weltkrieg zusteuert, der schon vor seinem Beginn verloren zu sein scheint.

Der Feier des 50. Geburtstags Hitlers waren zwei Tatsachen von entscheidender Bedeutung vorangegangen: die Wendung der englischen Politik und die Botschaft Roosevelts. Sie haben zu erheblichem Teil mitbewirkt, dass diese Feier mehr ein Fest der Partei und der amtlichen Stellen als ein echtes Volksfest geworden ist. Ueber allem Fahnenprunk und Festeslärm lagerte der lähmende Druck der Kriegsenge.

Das will nicht besagen, dass der Führerglaube in Deutschland erledigt ist. Zweifellos ist er in breiten Schichten des Volkes noch lebendig. Die Dokumente, die wir wiedergeben, sind nicht nur Ausdruck einer propagandistischen Ueberanstrengung der Parteimaschine,

sie sind zum Teil gewiss auch einer naiven Gläubigkeit entsprungen, die sich nicht so leicht geschlagen gibt. Um sie zu erschüttern, werden die Tatsachen noch lauter sprechen müssen als bisher.

Eine Durchsicht der zum 20. April erschienenen Festzeitungen ergibt das Bild einer im ganzen sehr geschickten Arbeit. Dass einige Regiefehler unterliefen, war wohl unvermeidlich. Manchmal überschlägt sich die zeitgemässe Deutschtümelei bis zur unfreiwilligen Komik, z.B. wenn das "Frankfurter Volksblatt" mit begeisterten Worten das Geschenk des Gaues Hessen-Nassau schildert: Das Testament des Führers aus "Mein Kampf" "auf deutschem Kalbsleder in deutscher Schrift". Wahrscheinlich ist es auch auf Arbeitsüberhäufung der Redaktion zurückzuführen, wenn ein G.A.K., Berlin-Lichterfelde im "Schwarzen Korps" seine Anhänglichkeit an den Führer mit folgenden Worten begründen darf:

"Und so habe ich im Laufe von 15 Jahren im Wechsel mit kürzeren oder längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit folgende Berufe durchlaufen: Fabrikarbeiter, Korrespondent, Sprachlehrer, Hafenaufseher, Warenhausdetektiv, kaufmännischer Angestellter, Bahnhofarbeiter, U-Bahn-Schaffner. Heute bin ich Zivilangestellter im Ministerium."

Gratulationen solcher Art wären wohl mehr zu haben gewesen, wenn nicht die Aufmerksamkeit der Redakteure ihren Abdruck verhindert hätte. Es ist aber gut, auch daran erinnert zu werden, dass die Anhänglichkeit an Hitler und sein System in Hunderttausenden von Fällen auf stark materialistischer Grundlage beruht.

Im allgemeinen kann man beobachten, dass Personen, die sich auf der Stufenleiter der Parteihierarchie dem Führer am nächsten befinden, in ihren Äußerungen noch am meisten Zurückhaltung wahren. Sie pflegen den Heroenkult, den sie für ihre politischen Zwecke brauchen, ohne ihm selber in übertriebenem Masse zu huldigen. Die Hemmungslosigkeit der Anbetung wächst mit dem Masse der Entfernung. Zunächst sind es losgelassene Dichter, die in schlauer Wahrnehmung der Konjunktur oder auch von der Propaganda mitgerissen, Hitler als Gottgesandten, wenn nicht als neuen Gott selbst besingen. Dann sind es die kleinen Leute aus dem Volke, die das "Schwarze Korps", die Wochenzeitung der SS, in Kompagniestärke aufmarschieren lässt und die ihrem neuen Glauben oft in kindlich naiver Weise Ausdruck geben: Mögen ihre Zuschriften auch stark redigiert sein, so machen sie doch

im ganzen einen durchaus echten Eindruck; sie vermitteln von der primitiven Denkweise gewisser Schichten des Volkes eine zutreffende Vorstellung.

Die folgenden Zeitungsausschnitte stammen alle vom 20. April 1939 und sind, soweit nicht eine andere Quelle angegeben ist, dem "Schwarzen Korps" entnommen.

--- "... die von Adolf Hitler geschaffene Form..." ---

... Die Öffentlichkeit in allen ihren Erscheinungsformen und in all ihrer Repräsentanz ehrt einen Mann. Es ist die von Adolf Hitler geschaffene Form der Öffentlichkeit.

Wie sich der Führer im Alltag von keiner seiner Leistungen trennt, muß er ihnen doppelt nahe sein an einem solchen markanten Haltepunkt seines Lebens. Der ausgeprägte Führerstaat bringt es mit sich, daß der Geburtstag eines solchen Mannes allmählich weit mehr von einer Welle von Feierlichkeit umflutet wird als der Geburtstag des Hauptes einer Monarchie:

(Willy Beer in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung".)

--- "... ein geheimnisvolles Fluidum..." ---

Es ist das Kennzeichen jedes großen Führers, daß er den geistigen Kosmos bestimmt, aus dessen kraftspendender Mitte heraus alle Einzelercheinungen des menschlichen Daseins ihren Sinn und ihre Bedeutung empfangen.

Niemand wird von uns in der Lage sein, die Persönlichkeit des Führers in ihrer Totalität zu erfassen, die wunderbare Einheit aller menschlichen Vermögen, die sich in ihr repräsentiert, die Paarung eines überragenden Verstandes mit einem unbeugsamen Willen und einer bezwingenden Güte und Herzenstiefe.

So steht die Gestalt Adolf Hitlers vor uns als etwas Einmaliges, Erfülltes, im Letzten Unerreichbares. Adolf Hitler ist der einzige Deutsche, der seinen Lebensstil gefunden hat, sowohl als ein Individuelles, als ein Repräsentatives, als Typus und somit verpflichtend für alle.

Durch die Mächtigkeit seines Erlebnisses sind wir fähig, wenigstens entfernt in diesen Stil hineinzuwachsen, vor allem aber jene Unzähligen, die ihre innere Begegnung mit dem Führer erlebt haben. Aber auch für jene anderen, die noch nicht über die letzte Schwelle zu treten vermochten, wird es nur dieser Begegnung bedürfen.

Von der Gestalt des Führers geht ein geheimnisvolles Fluidum auf uns über, das gleiche Schwingungen in unserm Seelenraum erweckt, wie es das Geheimnis jeder „Begegnung“ ist, daß plötzlich das Alte vernichtet wird und ein Neues sich regt. Der individuelle Stil, an dem wir, als Kinder des Liberalismus, alle noch irgendwie eigensüchtig festhalten, muß, soweit er eben Eigensucht ist, zerstört werden, damit wir in den Stil des Führers, des deutschesten Menschen, in seine Fülle und Wertmächtigkeit eingehen.

Denn es gibt für uns keine sittliche Gesetzmäßigkeit ohne die Gestalt des Führers.

Führer

Wir haben dir einmal geschworen.
Nun sind wir auf immer dein.
Wie Bäche im Strome verloren,
Münden wir in dich ein.

Auch wenn wir dich einmal nicht fassen,
Werden wir mit dir gehn.
Einst wirst du uns schauen lassen,
Was du vor uns gesehn.

Herzen wie erzene Schilde
Saben wir um dich gestellt.
Und es ist uns, als hielte
Gott durch dich seine Welt.

Gerhard Schumann.

Wir ahnen es nur

Von Robert Hohlbaum

A-41-

Wenn wir in der Schule vom Heroenglauben der Antike hörten, wenn wir vernahmen, daß die und jene Helden als Göttersöhne bezeichnet wurden, weil man ihre Taten nicht mehr glaubte mit menschlichen Maßstäben messen zu können, dann verwiesen wir dies ins Reich der Fabel, und keiner glaubte, daß er einmal in dieselbe Lage kommen werde, wie die Griechen vor mehr als zweitausend Jahren. Bei allen großen Deutschen der früheren Zeit können wir noch mit menschlichen Erklärungen uns zurechtfinden, wir können Bismarck durch die Erkenntnis seiner ungeheuren Verstandestätigkeit, wir können Stein aus der Größe und Weite seines herrlichen Charakters verstehen wollen, bei Adolf Hitler versagen diese Maßstäbe, hier bleibt für uns nur tastende Ahnung eines verborgenen Göttlichen übrig. Wenn sich auch sein Menschliches manchmal in wunderbarer Weise äußert, hüten wir uns, hier Vergleiche mit uns selbst anzustellen, diesen uns vom Himmel Geschenkten aus dem Menschlichen, "Verstandesmäßigen, Gewohnten allein erklären zu wollen! Vielleicht haben nur das Kind und die ahnende Frau ein Recht, ihm zu nahen, wir Männer, mögen wir auch auf dem geistig höchsten Standpunkt stehen, dürfen ihn nur als etwas Unbegreifliches dankbar fern über uns wissen. Denn was ist alle, auch die kühnste Dichterphantasie gegen einen Mann, der den Dichtertraum der Jahrhunderte, den Mythos des geeinten Volkes, zur leuchtenden Wahrheit gemacht hat!

Was die kleinen Leute sagen.

"Wie der liebe Gott..."

So wie einst in der Jugend der liebe Gott, erscheint mir nun in meinen Träumen der Führer. In Hunderten von Träumgesprächen haben wir uns schon unterhalten — sonderbarerweise nie über Politik, sondern immer über die alltäglichen, menschlichen, familiären Belange.

Diese Nächte sind Feste.

Arthur L. Hesselthal.

Sein Bild hängt als „mein Schöpfer“ sowohl in meinem Arbeitszimmer wie zu Hause in der guten Stube. Ein Blick zu ihm hat schon so manches Mal das ausgelöst, was „fromme Menschen“ angeblich in tiefem Gebet empfinden.

Hans W., München.

er ist der Schaffer und Erhalter, der Beschützer unseres herrlichen, großen Deutschen Reiches, damit der Erhalter auch meines kleinen Stückchens Erde, meines Gartens.

Jede Blume, die hier blüht, blüht ihm zum Dank, jeder Apfel, der reift, reift ihm zum Dank.

Herbert G., Schulzendorf.

Gewiß, die einmalige geschichtliche Größe Adolf Hitlers können wir Lebenden in ihrem g a n z e n Ausmaß und ihrer g a n z e n Bedeutung nicht ermessen; aber man braucht nicht einmal vergleichender Geschichtsforscher zu sein, um unter dem Eindruck des gigantischen Geschehens und Erlebens dieser letzten sechs Jahre wenigstens dunkel zu erahnen, daß einen solchen Mann die Erde noch niemals getragen hat.

Dr. jur. H. O. K., Dortmund

„Ist es nicht herrlich, wenn man weiss...“

Ist es nicht herrlich, wenn man weiß, welche schöner Zukunft die Kinder entgegengehen, dabei denkt man unwillkürlich an die vergangenen Zeiten unserer Jugend, den grausamen Krieg, die Nachkriegszeit und Inflation, die Hungertage, das Dörrgemüse und so vieles, was schrecklich auf unsere damaligen Jugendtage und Entwicklung gewirkt hat. Und alles dies brauchen unsere Kinder nicht mehr in dieser schreck-

lichen Form mitzumachen, für alles haben sie die Sicherheit, daß unser Führer vorbeute, alles übersehend und das Beste daraus für uns regelte.

Ist es nicht selbstverständlich, daß uns der Führer alles ist? Und wenn wir in unserer Familie eine Wiste immer wieder äußern, so diese: Möge uns das Geschick unseren liebsten Führer nochmals 50 Jahre erhalten, gesund und so voll Liebe zu seinem Volke und Land, wie bisher.

Toni Dominik Sch., Unterammergau

Wir sind unendlich stolz auf unseren Führer, eingereiht in seine verschworene Gefolgschaft sind wir glücklich. Wie kann nur ein Mensch so groß sein!

Es ist ein Wunder.

P. H., Berlin

Seine Gegenwart



Jahrelang war es mein Sehnsuchtstraum, einmal den Führer sehen zu dürfen. Ich kannte seine Stimme aus dem Rundfunk, ich sah sein Bild täglich in meiner Wohnung und ich glaubte, wenn ich ihn nur ein einziges Mal

in Wirklichkeit sehen dürfte, wäre ich ganz zufrieden. Es war aber nicht so, denn als ich den Führer zum erstenmal gesehen hatte, es war im Juli 1936 in München, da ging es mir wie wahrscheinlich Tausenden; ich wollte mehr; ich wollte ihn näher sehen, ganz nahe, ich wollte ihn sprechen hören, ich wollte ihm die Hand geben dürfen, ich wollte ihm so gerne etwas sagen.

Aber ich wäre vielleicht dazu nicht in stande gewesen und hätte, wie wir Österreicher damals alle, nur geweint.

Anna K., Kitzbühel-Tirol

46

Jetzt hängen unsere Augen an den Spiegeltüren des Sportpalasteingangs. Da — ein Kommando — dann Rufen, Rufen, Rufen — ein unbeschreibliches Gefühl nimmt von mir Besitz — ich kann das Riefeln und Rinnen in meinen Adern nicht erklären. — der Rhythmus des Badenweiler Marsches trägt etwas an mich heran, das mich die Fäuste ballen läßt, das das Rinn gegen den heruntergezogenen Sturmriemen der Mühe preßt. — Ich sehe nichts. Ich fühle nur, daß eine große Gewalt von mir Besitz ergreift, der ich mich nicht entziehen kann. Das Rufen der Massen hört sich an, als wenn ein Schlachtschiff mit Vollampf voraus das Meerwasser schneidet. Dann tritt unter Gau-seiter, der Doktor, an das Rednerpult. Er spricht das aus, was wir alle jetzt in diesem Augenblick erleben. Dann sehe ich zum ersten Male den Führer.

Vertohlen schaue ich mich nach rechts und links zu meinen Kameraden um. Schnell wische mit dem Handrücken unter den Augen — — —

Rudolf Hartmann

("Berliner Morgenpost")

Ich kenne Volksgenossen, die Gelegenheit und das große Glück hatten, unseren Führer einmal in der Nähe zu sehen, einzelne sogar ihm die Hand zu drücken. Und wenn ich diese Volksgenossen fragte, was sie dem Führer gesagt hätten, dann bekam ich die Antwort: „Nichts, daß wir waren wir einfach nicht fähig.“

Sehen Sie, so würde es mir gehen, hätte ich das Glück, einmal dem Führer die Hand zu geben.

Alfred G., Laage i. Mecklbg.

Der Schriftsteller

Eines der Millionen unerreichbaren Verdienste des Führers bestand darin, aus dem verwahrlohten Stand der Schreiber den Rang des Schriftstellers zu schaffen.

Für alle Zeiten wird das Buch „Mein Kampf“ als Wegweiser des Richtungswechsels des berufenen deutschen Schriftstellers gelten. Denn in ihm und durch seine Kraft wird er eindeutig auf den Weg des Denkens verwiesen.

Kein Geist wird jemals „Mein Kampf“ nachschreiben können, aber alle Berufenen der Feder können auf Generationen hinaus von ihm lernen.

Und vor allem eines erhebt dieses Buch über ganze Bibliotheken heraus: keine erst- bis letztzeitige Originalität, wobei dieser oft mißhandelte Ausdruck im ursprünglichsten Sinne zu verstehen ist, nämlich als einmalige, vergleichs- und beziehungslose, ganz und gar eigene Schöpfung.

Mit „Mein Kampf“ beginnt eine neue Ära des deutschen Schriftstellers:

(„Tagespost“, Graz.)

Ueber die Stellung Hitlers im Volke äussern sich einige Bericht erstatter:

Südwestdeutschland: Der 50. Geburtstag Hitlers wurde mit einem Aufwand gefeiert, dass man tatsächlich der Meinung werden könnte, die Beliebtheit Hitlers übersteige alles. Wer aber das Volk wirklich kennt, der weiss, dass wenn nicht alles, so doch vieles davon nur Schein ist. Seit 14 Tagen wurde die Bevölkerung mit Aufrufen

bombardiert, die Häuser zu schmücken, besonders wurden auch die Geschäftsleute aufgefordert, ihre Schaufenster "würdig" auszustatten. Wagen mit Tannenreis führen in den Strassen herum und jeder konnte holen, soviel er brauchte. Jeder befürchtete, als Volksverräter angesehen zu werden, wenn er zu dieser Geburtstagsfeier nicht schmückte. So haben den fast alle etwas getan und wenn sie nur zwei Reisigbündelchen mit ein paar Bändern an die Fenster hingen. "Schade um das viele Geld" konnte man vielfach hören.

Der Beschluss der Regierung, dass der Tag Feiertag wäre und vom Unternehmer bezahlt werden müsse, hat wohl viele Arbeiter gefreut, aber weniger die Fabrikanten, Kleinhändler und Kleinmeister. Selbst von Arbeitern konnte man hören: "Wiedermal ein Zuckerbrot, damit wir die Peitsche ein paar Tage vergessen. Sie sollen uns das ganze Jahr anständig bezahlen, dann verzichten wir auf solche Feiertage."

Was die Stellung des Volkes zu Hitler betrifft, so muss man zugeben, dass heute mehr als vor Jahren bei Misständen immer wieder gesagt wird, Hitler will das nicht, aber die vielen Kleinen machen, was sie wollen. Wenn irgend jemand etwas hat, sei es auf dem Wohlfahrtsamt, Finanzamt oder sonst bei einer Behörde, und er kommt mit dieser Behörde in Konflikt, so ist gleich das zweite Wort: "Ich schreibe an Hitler!" Und soweit ich orientiert bin, müssen in der Reichskanzlei täglich ungeheuer viel Briefe, an Hitler persönlich adressiert, einlaufen. Das Ergebnis einer solchen Beschwerde ist in den meisten Fällen, dass der Beschwerdeführer eine vorgedruckte Karte erhält, auf der mitgeteilt wird, dass sein Schreiben der in Betracht kommenden Verwaltung zugestellt worden sei. Dann hören die Leute meist nichts mehr davon. Diese Massenerledigung hat denn auch schon vielen die Augen darüber geöffnet, dass es keinen Zweck hat, an Hitler zu schreiben.

Hitler als Politiker wird verschieden gewertet. Während die Hundertprozentigen ihn für den grössten Staatsmann halten, der überhaupt je auf der Welt war, sind andere der Meinung, dass er nur ein Strohmann sei und die anderen, Goebbels, Göring und das Militär, die Politik machen. Wieder andere vertreten die Ansicht, dass Hitler eben einfach Glück habe, und das hört man sogar sehr oft. Diejenigen aber, die ihn mit Napoleon I. vergleichen, und auch ihrer sind nicht wenige, fügen meist hinzu, dass es ihm auch einmal wie Napoleon gehen werde. Wieder andere sind der Ansicht, dass Hitler so langsam den Größenwahn bekomme. Das sind oft die Gebildeten.

Danzig: Du fragst, ob sich die Einstellung des Volkes zu Hitler in den letzten Jahren gewandelt hat. Nach meinen Beobachtungen: ja. Wir alle kennen das Wort: "Der Führer will das nicht." Es wurde angewandt von denen, die an Einzelpersönungen des Nationalsozialismus Kritik übten, aber entweder von dem reinen Willen des "Idealisten" Hitler überzeugt waren oder sich durch die Hervorhebung der Makellosigkeit Hitlers

decken wollten, wenn sie den Nationalsozialismus oder einen Unterführer kritisierten. Es steht unzweifelhaft fest, dass man diese Worte heute nicht mehr so oft hört wie früher. Der wichtigste Grund dürfte sein, dass es langweilig geworden ist. Auch spielt die Ueberlegung eine grosse Rolle, dass es ja unmöglich ist, dass Hitler von all den skandalösen Dingen keine Ahnung hat, die man um sich herum beobachten kann. Dabei ist in erster Linie an die zahlreichen Korruptionsfälle zu denken, in die so viele Unterführer verwickelt wurden. Gerade diesen Vorfällen gegenüber war man anfänglich geneigt, "Wachsicht walten zu lassen und zu erklären: "Der Führer weiss natürlich davon nichts". Nach und nach ist es aber doch zu allen vielen Skandalen gekommen, und allmählich ist die Ueberzeugung eingekehrt, dass schliesslich gerade beim Führerprinzip immer die Spitzen verantwortlich sind. Da wird dann auch Hitler nicht ausgenommen.

Die direkte Kritik an Hitler selbst ist zum ersten Mal allgemein laut geworden nach dem Bau der neuen Reichskanzlei. Die Pracht, die hier entfaltet wurde, die Millionen, die sie verschlungen hat, und die zahlreichen Aufnahmen von dem Bau, die die Presse verbreitet hatte, passten allzu wenig zu der vielgerühmten "Bescheidenheit des Führers". Die Kritik an der neuen Reichskanzlei war auch in den Reihen der Parteigenossen selbst lebendig. Wir haben früher schon einmal einen ähnlichen Vorgang zu verzeichnen gehabt, beim Bau der Autostrassen, der auch völlig unpopulär war, weil man ihn in Verbindung mit Hitlers Liebe zur Autofahrt brachte und glaubte, dass die Autostrassen nur zum persönlichen Vergnügen Hitlers und seiner Unterführer bestimmt seien. Als man im Volke allmählich erkannte, dass die Autostrassen strategischen Zwecken dienten, hörte die persönliche Kritik an Hitler in diesem Punkte bald auf. Bei der Reichskanzlei gibt es aber keine ähnliche sachliche Erklärung für den riesigen Aufwand.

Es gibt Unterschiede in der Beurteilung Hitlers in den einzelnen Volksschichten. Hitler ist im Kleinbürgertum immer am populärsten gewesen und es dort auch bis zum heutigen Tage am meisten geblieben. In der Arbeiterschaft ist Hitler niemals populär gewesen, ebenso ja auch nicht in den sogenannten vornehmen Schichten des Bürgertums.

Es gibt aber eine Erscheinung, die die wachsende Unpopularität des Menschen Hitler im Volk zum Teil wieder kompensiert hat. So gering nämlich früher die Achtung vor ihm als Politiker war, so sehr ist sie durch seine Erfolge gestiegen. Man kann ruhig sagen, dass das ganze Volk der Ueberzeugung ist, dass Hitler ein grosser Politiker sei. Das ist einzig und allein auf seine aussenpolitischen Erfolge zurückzuführen, die niemand - selbst die eingeschworenen Nazis nicht - früher für möglich gehalten hätte. Es ist denkbar, dass diese Achtung vor dem Politiker Hitler sehr bald verloren geht, wenn er den ersten sichtbaren aussenpolitischen Misserfolg haben wird. Bis jetzt hat das Volk nicht das Empfinden, dass er sich

schon einen solchen Misserfolg zugezogen hätte. Nur die überzeugten Oppositionellen sind heute zu Teil bereits der Ansicht, dass Hitler sich endgültig festgefahren habe, und dass nun sein Abstieg beginnen werde. Bislang waren aber seine Anhänger wie seine Feinde davon überzeugt, dass Hitler als Politiker grösser sei als alle seine Widersacher.

Bayern: Für die Beurteilung des Ansehens, das Hitler im Volke geniesst, ist es wichtig, eins zu wissen: Das Volk ist überhaupt der Meinung, dass unten vieles gemacht wird, was man oben nicht will. Das ist zwar oft nicht der Fall. Aber es herrscht tatsächlich bei den unteren Behörden eine unheimliche Angst vor den oberen. Oben nährt man diesen Glauben planmässig. Er gehört zum System. Oft gibt man in Berlin nach, man tut sogar unteren Beamten Unrecht, man erfüllt gewisse Wünsche des Einzelnen und sorgt dadurch planmässig dafür, dass die gute Meinung über die herrschenden Leute, insbesondere über Hitler, anhält. Alles ist bewusst und gewollt, es ist ein unbedingtes Gesetz im totalitären Staat, dass niemals eine obere Stelle etwas Ungerechtes macht. Wenn das Volk die Gesetze genau kennen würde, und wenn viele nicht so grosse Angst hätten, auch vor der Rache der unteren Organe, so würden sich die oberen Stellen bald vor Beschwerden nicht retten können.

Ein Beispiel: In einer achtköpfigen Familie gibt es 6 Kinder im Alter von 3 bis 16 Jahren. Jetzt sollte die Kinderbeihilfe für den sechszehnjährigen wegfallen. d.h. es wurde nicht mehr für das 3., 4., 5. und 6. Kind im Monat je 10 Mark gezahlt, sondern nur noch für das 4., 5. und 6. Kind. Das war wohl an sich nach dem Gesetz ganz in Ordnung. Die betroffene Familie aber machte eine Beschwerde bei der vorgesetzten Dienstbehörde und der Betrag wurde für die zurückliegende Zeit ausbezahlt. Jedoch wurde für die Gegenwart nicht weitergezahlt. Nur hat eine einfache Drohung gehügt, "mal nach Berlin schreiben" zu wollen, dass der Zuschuss weitergezahlt wird.

Schlesien: Die Amtswalter der NSDAP, die Blockwarte und die Vertrauensleute des Bundes Deutscher Osten, sind am 15. April und an den folgenden Tagen in den Arbeitervierteln von Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen mit Listen von Haus zu Haus gegangen, in denen die Leute unterschreiben mussten, dass man zur Kenntnis genommen habe, dass vom 19. bis einschliesslich mittags den 21. April alle Fenster zu beflaggen seien und dass man im Besitz einer Fahne sei. Das Heraushängen von Papierfähnchen war verboten, auch in den Höfen mussten Stoff-Fähnchen verwendet werden. Wer keine Fahnen besass oder solche nicht selbst bis zum besagten Termin sich beschaffen konnte, musste dies auf der Liste vermerken. Ihm wurden die Fahnen und Fähnchen dann durch den Blockwart leihweise zur Verfügung gestellt. Diese Anweisungen wurden mit der Warnung verbunden, wer diesmal nicht flaggt, werde als Staatsfeind der Polizei überstellt.

werden und verliere obendrein die Arbeit.

6) Aus der Tschechoslowakei

Ueber die Lage im "Protektorat" in den ersten Wochen nach der Besetzung sind uns im Berichtszeitraum weitere Berichte zugegangen, denen wir entnehmen:

1. Bericht (Aus Prag): Schon nach München war es für den, der in Prag lebte, offenkundig, dass die Schaffung der zweiten Republik keinen stabilen Zustand darstellte. Es gabe keine feste Grenzen des Staates, sondern nur Delimitationslinien. Die Frage der Garantie durch die Münchner Mächte blieb offen und die Delimitationslinien waren derart gezogen, dass dem neugeschaffenen Staat jederzeit der Atem abgeschnürt werden konnte. Man war sich dieses Schwebzustandes in Prag bewusst und es kursierte eine Reihe verschiedener Gerüchte über die weitere Entwicklung. Es wurde von einer sechsten Zone, von gewissen kompensatorischen Grenzregulierungen, aber auch von einer Besetzung des ganzen Landes gesprochen. Besonders auffällig waren folgende Erscheinungen:

Die Münchner Entscheidung war mit der Absicht begründet worden, eine reinliche Trennung der nationalen Siedlungsgebiete durchzuführen und den Tschechen, Slowaken und Karpatorussen eine neue friedliche Entwicklung auf nationaler Basis zu sichern. Trotzdem wurde die Prager Regierung gezwungen, die drei deutschen Hochschulen in Prag und Brünn lediglich für sudetendeutsche Studenten, also für Ausländer, zu erhalten und sie in nationalsozialistischem Geiste führen zu lassen. Den zurückgebliebenen Deutschen war es von dem Abgeordneten Kundt, dem von Hitler eingesetzten Führer der deutschen Volksguppe in Böhmen und Mähren, verboten worden, für das Deutsche Reich zu optieren und Arbeit in Deutschland zu suchen, wobei sie ausdrücklich auf neue Möglichkeiten in der Zukunft aufmerksam gemacht wurden. In geheimen Versammlungen soll Kundt erklärt haben, es sei nicht notwendig zu optieren, da man im März bereits im braunen Hemd durch die Strassen von Prag und Brünn marschieren werde. Auffällig war auch, mit welcher Ausführllichkeit die "Zeit" -des frühere Zentralorgan Henleins und jetzige offizielle Naziblatt für den Sudetengau- über Konflikte zwischen der Slowakei und den Tschechen berichtete, über die die von der Regierung kontrollierte tschechische Presse hartnäckig schwieg. Die Nazistudenten in Brünn begrüßten einander schon zu Anfang des Jahres mit dem Gruss "Heil März", und mit besonderer Hartnäckigkeit wurde der 15. März als ein Stichtag für ein grosses Ereignis angekündigt.

Rückblickend erkennt man, dass sowohl der slowakische Konflikt als auch die Provokationen am sogenannten Heldengedenktag (12. März), auf welche die Tschechen übrigens nur sehr

schwach reagierten, von Berlin aus dirigiert waren, um einen Vorwand für ein Eingreifen zu schaffen. Das Missverhältnis zwischen der aufgeregten Berichterstattung im Rundfunk und in der deutschen Presse und der tatsächlichen Bedeutungslosigkeit der provozierten geringfügigen Vorfälle war allzu auffällig. Schon am 12. März erzählte ein Reichsdeutscher, der auf Besuch in der Tschechoslowakei war, dem Berichtersteller, dass der slowakische Konflikt eine den Tschechen von Berlin aus gelegte Falle war, in die sie dummerweise gegangen sind, dass an der Grenze das Militär zum Einmarsch bereit stehe und dass man drüben für die nächsten Tage mit der Selbständigkeits-erklärung der Slowakei und mit der Verkündung der Reichsstatthalterschaft für den Rest von Böhmen und Mähren rechne. Es ist auch den Tschechen nicht entgangen, dass zur Zeit, als Hacha in Berlin eintraf, um zu retten, was noch zu retten war, Mährisch-Ostrau schon von deutschem Militär besetzt war. Auch die Anwesenheit Hitlers am 15. März abends in der Prager Burg zeigt deutlich die genaue Vorbereitung der für die Welt so überraschenden Aktion, bei der man auch nicht vergessen hatte, Hacha in Berlin und in Prag auf dem Bahnhof zurückzuhalten, damit er von Hitler auf der Prager Burg empfangen werden konnte und nicht umgekehrt. Hitler hat sich übrigens in Prag dem Volke überhaupt nicht gezeigt, er ist bei Nacht und Nebel erschienen und zwei Tage darauf in den Abendstunden, unbekannt wohin, verschwunden, um erst am nächsten Tag im Zug in der Nähe von Olmütz aufzutauchen.

Die ersten Tage nach dem 15. März waren beherrscht von dem militärischen Bild der Besetzung. Die Einzelheiten sind bekannt: Die Soldaten wurden bei ihrem Marsch durch die Hauptstrassen Prags mit Johlen, Verhöhnungen und Beschimpfungen oder mit kühler Nichtbeachtung empfangen. Die Flugzeuge ratterten tagelang direkt über den Dächern, um Furcht und Schrecken zu verbreiten. Im ganzen kann man aber sagen, dass den Tschechen, die ihre glänzend ausgerüstete Armee kannten und liebten, das deutsche Militär nicht sehr imponierte. Unter den Soldaten waren viele, die den Eindruck von halbwüchsigen Jungen machten, schlecht genährt sind; wenn sie nicht in geschlossenen Formationen marschierten, von auffallend schlechter Haltung. Automobile und Tanks blieben auf steilen Strassen stecken und waren in engen Gassen unbeweglich, so dass es wiederholt zu Aufläufen der ihren Spott nicht verbergenden Bevölkerung kam. Das Militär benahm sich äusserst korrekt und entgegenkommend, so dass der Eindruck an sich kein ungünstiger war. Die Soldaten waren gesprächig und man konnte von ihnen verschiedenes Interessante erfahren. So wunderten sich viele über die Ruhe und Ordnung, die in Prag herrschte, während man ihnen vorher von einem roten Chaos erzählt hatte. Sie sagten auch, dass sie schon lange für den Einmarsch vorbereitet waren und dass ihrer nun noch weitere Aufgaben harrten. Einzelne Soldaten gaben zu, Sozialdemokraten zu sein und einer sagte: "Bei uns gibt es viele Genossen." Im übrigen füllten sie

alle Lokale, in denen es etwas Essbares gab und liessen sich die für ihre Auffassung unerhört billiger Sachen gut munden.

Ueber die Autonomie, die Hitler den Tschechen gab, macht sich kein Mensch eine Illusion. Auch Hacha hat in einer Ansprache erklärt, dass die einzige Rechtsquelle des Protektorats der Erlass des Führers vom 16. März ist. Er hatte damit indirekt, aber doch deutlich ausgesprochen, dass der sogenannte Vertrag, der zwischen ihm und Hitler am 15. März 1939 geschlossen wurde, ihm abgepresst worden ist und dass die Entstehung des Protektorats durch einen Gewaltakt erfolgt ist.

In allen Prager Aemtern wurde sofort nach der Besetzung reichsdeutsche Aufsichtsorgane eingesetzt, die sich aber nur für bestimmte Teilgebiete der Verwaltung interessierten. Das war vor allem die Devisenbewirtschaftung und dann die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften für Deutschland, wofür bereits zahlreiche geschlossene Gruppen von tschechischen Arbeitern abtransportiert wurden. Es heisst auch, dass Vorräte an bestimmten Waren von Prag ins Reich befördert worden sind. Unabhängig und ganz selbtherrlich etablierte sich die Gestapo. Sie amtiert unter dem Namen "Gestapo, Einsatzgruppe Prag". Die tschechische Polizei führt auf Geheiss der deutschen Organe Verhaftungen durch, die Einvernehmen besorgt, aber ausschliesslich die Gestapo. Eine Reihe von Gestapobeamten auf der Prager Postdirektion ist damit beschäftigt, die interurbanen Gespräche der deutschen Organe zu vermitteln. Dies geschieht unter vollem Ausschluss des hierfür zuständigen Personals.

Der Inhalt der Proklamation über das Protektorat vom 16. März gibt keinerlei klare Vorstellung über das Wesen des neuen Staatsgebildes. Vorläufig blieben die tschechischen Aemter in Funktion, allerdings offenbar in völliger Abhängigkeit von reichsdeutschen Stellen. Im Anfang scheinen verschiedene reichsdeutsche Stellen in die Verwaltung hineingeredet zu haben, so dass dieses Chaos durch einen Erlass des Chefs der Zivilverwaltung bei der Heeresgruppe Blaskowitz beseitigt werden musste. Am 5. April ist zwar der Reichsprotektor Neureuth nach Prag gekommen, um das Protektorat zu organisieren - bis zur Stunde, da dieser Bericht geschrieben wird, ist es aber noch nicht klar, worin eigentlich die den Tschechen versprochene Freiheit und Selbständigkeit bestehen soll. Nebenbei gesagt, wachten die tschechischen Behörden schon vor dem 15. März darüber, ja nichts zu tun, was in Berlin missfallen könnte, und ja nichts zu unterlassen, was in Berlin gewünscht wird. So wurden schon vor der Okkupation alle jüdischen Beamten aus dem aktiven Staatsdienst entfernt.

Das Hauptinteresse der Deutschen scheint sich nach den bisherigen Erfahrungen folgenden Punkten zuzuwenden:

- 1) der militärischen Ausrüstung der Tschechoslowakei,
- 2) ihrer Kriegsindustrie,
- 3) ihren Rohstoffen und Devisenvorräten,
- 4) den für Deutschland verfügbaren Arbeitskräften.

Auf allen diesen Gebieten wurde schon in den ersten Tagen der Besetzung, mit einer Schnelligkeit, die auf Vorbereitung schliessen lässt, das Möglichste veranlasst. Auch in der Tätigkeit der Gestapo äussert sich sehr stark das Gewicht dieses Interesses. So wurden sehr viele aus dem Sudetengebiet vor der Abtretung geflüchteten jüdischen Kaufleute und Industrielle peinlichen Verhören darüber unterworfen, wohin sie ihre Waren, Rohstoffe und Kapitalien verschleppt haben. In den ersten Tagen hörte man viel mehr von Verhaftungen dieser Art als von politischen Verfolgungen, die aber sehr bald nachfolgten. Die politischen Verhaftungen betrafen Sozialdemokraten, Kommunisten, Freimaurer und Benesch-Anhänger. Eine Ordnung in diesen Verhaftungen ist aber nicht zu erkennen, es sei denn darin, dass man die tschechischen Sozialdemokraten fast ohne Ausnahme unbehelligt liess, was wohl der Absicht entspricht, die tschechische Arbeiterschaft zu gewinnen. Die Verhöre vollziehen sich mit allen Feinessen der Einschüchterung und Zermürbung, die man aus Deutschland und Oesterreich kennt. Von tatsächlichen Grausamkeiten und Verschleppungen ist aber nach dem Berichterstatter bis zur Stunde nichts bekanntgeworden. Auch die Nachrichten über die Errichtung von Konzentrationslagern in Böhmen haben sich nicht bestätigt.

Die einmütige Ablehnung des tschechischen Volkes gegenüber der deutschen Invasion ist bekannt. Sie findet elementaren Ausdruck in der völlig un verabredeten und äusserst eindrucksvollen Demonstration, die die Massenpilgerungen und Andachten beim Grabmal des Unbekannten Soldaten und am 50. Geburtstag Hitlers zum Huss-Denkmal darstellten. Die deutsche Militärverwaltung sah sich sogar gezwungen, den Tschechen das Grabmal des Unbekannten Soldaten als nationale Weihstätte dadurch zu entwerten, dass General Blaskowitz dort namens der deutschen Wehrmacht einen Kranz niederlegte. Diese Feier fand bei völliger Teilnahmslosigkeit der tschechischen Bevölkerung statt, die überhaupt die Militärparaden, Aufmärsche usw. ignoriert. Die Zeitungen erscheinen als vollkommen gleichgeschaltete Organe des Dritten Reiches in tschechischer Sprache. Die Bevölkerung aber weiss die Berichte richtig zu lesen und versteht gut, wie die Titelüberschriften zu verstehen sind.

Im ganzen herrscht Stille, die Menschen verstehen einander ohne viel Worte, man hört nur kurze Bemerkungen: "Wir haben das schon unter Habsburg durchgemacht, auch dort haben wir in der Schule die Volkshymne gesungen." Vielfach äussert sich beim einfachen Volk die Ablehnung des neuen Regimes durch Sympathieäusserungen gegenüber Juden und anderen Opfern Hitlers. Völlig die von den Deutschen erwartete Wirkung verfehlt hat die Aktion der NS-Volkswohlfahrt mit dem Hilfszug Bayern. Die Prager lachten über Lebensmittelzüge aus Deutschland nach Prag, jeder wusste zu gut, welche ungeheueren Mengen von Lebensmitteln den umgekehrten Weg gegangen waren, und schätzte die Hilfe für die Bedürftigen als Komödie richtig ein. Man muss wissen, dass Prag ein gut ausgebautes System der Sozial-

fürsorge hatte und für seine Bedürftigen ausgezeichnet sorgte. Auf den Plakaten, die tschechisch und deutsch verkündeten: "Niemand darf hungern, die NS-Volkswohlfahrt hilft jedem mit einer warmen Mahlzeit", war an manchen Stellen mit Bleistift dazugeschrieben: "Wir danken unserem Führer, aber wir wollen nicht." Die Aktion musste auch nach einigen Tagen eingestellt werden, da die Ablehnung durch die Bevölkerung allzu offenkundig war.

Eine Zeit lang schien es, als wäre nun nach der Besetzung durch deutsche Truppen die Stunde des tschechischen Faschistenführers Gajda gekommen. Er stellte am 15. März einen Nationalausschuss zusammen, in dem er übrigens von den tschechischen Sozialdemokraten den bei den Arbeitern beliebten früheren Fürsorgeminister Nečas und einen tschechischen Nationalsozialisten aufnahm. Gajda, der wegen des Verdachtes, für Russland spioniert zu haben, seinerzeit seiner Generalswürde entkleidet wurde, ist zwar knapp vor dem Einmarsch Hitlers rehabilitiert worden, trotzdem ist er aber wieder inzwischen in der Versenkung verschwunden. Was da hinter den Kulissen vorgegangen ist, ist nicht näher bekannt. Gajda scheint aber die Gnade Hitlers nicht gefunden zu haben. Sein Nationalausschuss, der die ganze Macht übernehmen wollte, musste sich freiwillig auflösen, und es wurde dann von Hacha die Nationale Arbeitsgemeinschaft (Národní Souručenství) gegründet, als deren Führer der agrarische Abgeordnete Adolf Hrubý bestellt wurde. In dieser Organisation sind vorwiegend agrarische und reaktionäre Politiker führend tätig, zum Teil wenig bekannte junge Leute mit faschistischer Orientierung. Von tschechischen Sozialdemokraten gehören Professor Macek und der führende Funktionär der Arbeiterturner Veverka dem Ausschuss an. Weiters wurden die Kreisführer in Kladno und Pilsen der tschechischen Sozialdemokratie entnommen.

Die Parteien haben freiwillig ihre Auflösung verkündet und ihre Mitglieder aufgefordert, in die Nationale Arbeitsgemeinschaft einzutreten. Eine ähnliche Verschmelzung, die nach aussen hin freiwillig erscheint, nahmen die Gewerkschaften vor, die sich in der Nationalen Arbeitnehmer-Zentrale zusammengeschlossen haben. Diese Zentrale gliedert sich in drei Sektionen: Arbeiter, private und öffentliche Angestellte. An der Spitze dieser Einheitsgewerkschaft steht der Führer der früheren agrarischen Gewerkschaften Chloupek, sowie der rechtsgerichtete Professor Baxa, ein Bruder des früheren Prager Bürgermeisters. Generalsekretär wurde der Funktionär der Freien Gewerkschaften Valchař. Die Arbeiter wurden in einem Aufruf aufgefordert, die bisherigen Gewerkschaften, die nun liquidieren sollen, nicht zu verlassen und sich so ihre Rechte zu sichern.

Das Verhalten Hachas und Syrowýs wird im tschechischen Volk wenig diskutiert. Soweit dem Berichterstatter bekannt ist, herrscht unter den Tschechen die Auffassung, dass sich Hacha und Syrowý einem Zwang gefügt haben, um grösseres Unglück abzuwenden. Ob sie durch ein anderes Verhalten dem

tschechischen Volk einen besseren Dienst erwiesen hätten, wird eigentlich in Prag überhaupt nicht zur Debatte gestellt.

Die deutsche Volksgruppe hat sich schlagartig vollständig gleichgeschaltet. Eine Untersuchung über einen Wandel der Gesinnung ist müßig, weil für die Deutschen eine wirtschaftliche Existenz ohne Bekenntnis zum Nationalsozialismus unmöglich geworden ist. Trotzdem wirken Fälle wie der des früheren Redakteurs des "Sozialdemokrat", Dr. Emil Franzel abstoßend, der sich vom schärfsten Gegner des Nationalsozialismus zum Bewunderer Hitlers und zum Leiter des Nationalsozialistischen Kulturwesens in Prag entwickelt hat. Im Übrigen herrscht für die Angehörigen der Deutschen Volksgruppe Hochkonjunktur, da sie jetzt die bisher von Juden innegehabten Stellen besetzen können. Aber auch bei den gleichgeschalteten Deutschen scheinen Ahnungen darüber zu bestehen, dass magere Jahre kommen, da sie sich an den Angstkäufen und dem Vorrathamstern mit allen Lebensbedürfnissen eifrig beteiligen. Sie wissen offenbar noch besser als die Tschechen von Verwandten, von Freunden aus dem Sudetengebiet und dem Reich, was dort kommt, wo Hitler seinen Fuss hinsetzt.

Die Lage der Juden im Protektoratsgebiet ist verzweifelt. Zu den in diesem Landesteil ansässigen Juden kamen ja noch jene etwa 20.000 Juden, die aus dem Sudetengebiet geflüchtet sind, ferner Flüchtlinge aus der Slowakei, nicht gerechnet die Flüchtlinge aus Deutschland und Oesterreich. Sofort nach dem Einmarsch der Deutschen wurde eine Vermögenskonsignation für Juden angekündigt. Bei Auswanderungen werden schikanöse Massnahmen und brutale Erschwerungen vorgenommen. Eine geordnete Auswanderung unter Mitnahme von Geldmitteln zum Aufbau einer neuen Existenz ist ausgeschlossen. Trotzdem wurde angekündigt, dass die Juden das Land verlassen müssen. Einer Reihe jüdischer Wohlfahrtsorganisationen wurde jede Tätigkeit verboten, die Funktionäre wurden verhaftet und Verhören unterzogen.

Die vorstehende Schilderung beschränkt sich auf eigene Beobachtungen in Prag. Nach allem, was man aus der Provinz hört, sind die Verhältnisse in Prag noch am besten. Städte wie Brünn, mit 80% tschechischer Mehrheit, Mährisch-Ostrau, Olmütz, Budweis und Iglau, wurden von den einheimischen Nazis "erobert", die dort die Herrschaft an sich rissen und den reinen Nazi-Charakter dieser Städte verkündeten. Es gibt dort nicht nur rein deutsche Gemeindeverwaltungen, sondern auch rein deutsche Polizeibehörden. Bei seinem Besuch in Brünn, der übrigens nur eine halbe Stunde dauerte, hat Hitler die 80%ige tschechische Mehrheit der Stadt vollkommen ignoriert, umgekehrt war dies aber auch der Fall.

Wie auch immer sich das Schicksal der Böhmen und Mähren bewohnenden Völker in Zukunft gestalten wird, eines muss leider mit völliger Sicherheit schon heute vorausgesagt werden: dass der gewaltsame Einbruch der Deutschen in das von Tschechen bewohnte Gebiet und der Raub der staatlichen Selbständigkeit den Hass zwischen Tschechen und Deutschen, den

zu beseitigen, die Aufgabe aller Gutgesinnten und die leitende Idee Masaryks, Beneschs und der sudetendeutschen Sozialdemokratie war, erneut entfacht und verstärkt hat.

2. Bericht (Aus einer tschechischen Provinzstadt): Endlich haben wir die Lähmung der letzten Wochen überwunden. Es waren schreckliche Tage der Angst und der Bitterkeit. Ich kann gar nicht genug betonen, wie sehr wir Tschechen alle innerlich aufgewühlt und physisch krank waren über das Versagen der Franzosen und Engländer, das an unserem ganzen Unglück schuld ist. Wenn auch das Volk im einzelnen bei der Besetzung nicht durchgeprügelt worden ist, wie das vielleicht manche angenommen haben, so ist es doch ein unbegreifliches Novum, ein friedliches Volk, unbeanstandet von der gesitteten Welt, so überfallen zu dürfen.

Mein Mann ist Offizier und hat als Soldat einen Begriff von Ehre, der es unmöglich erscheinen liess, dass eine, wenn auch kleine Nation, so unehrenhaft sich ergeben muss, ohne einen Kampf zu wagen. Ihr könnt Euch vorstellen, welche Aufgabe einer Frau eines Offiziers in diesen Tagen zugefallen ist. Sie musste verhindern, dass dieser, für die gegenwärtige Welt scheinbar nicht mehr existierende, nicht mehr erlaubte Ehrbegriff nicht zu der Dummheit verführt, das nicht mehr lebenswert erscheinende Leben nicht weiter fortzusetzen und es dann Frau und Kind allein zu überlassen, mit dieser Welt und ihren so grässlichen Zuständen fertig zu werden.

Ekel und Scham empfand man zugleich. Man wusste nicht, sollte man auf die Strasse gehen und Würde und Abscheu zum Ausdruck bringen oder sich in seine vier Wände verkriechen. Bald neigte man zu dieser, bald zu jener Einstellung. Sie war immer wenig von Verstandeserwägungen diktiert und erfolgte instinktiv. Der Empfang der deutschen Truppen in unserer Industriestadt war so frostig wie das Wetter. Nur ein paar Sudetendeutsche gingen offiziell zum Empfang. Nur einzelne Häuser der Sudetendeutschen waren beflaggt, trotz aller Aufforderungen. Das Stadthaus hisste nur die tschechische Staatsfahne und man empfand diese Handlung symbolisch als eine Erleichterung. Keinerlei Heilrufe waren zu hören. Selbst die Sudetendeutschen getrauten sich nicht bei der eiskalten Atmosphäre unter der tschechischen Bevölkerung die sogenannten Befreier mit Wärme zu empfangen.

Und man konnte wirklich auf der Strasse manche Befriedigung erleben. Die Retter und Schützer, die unser Gebiet von Not befreien und zu besseren Verhältnissen führen wollen, kamen völlig ausgehungert an. Sie stürzten sich förmlich auf die Konditoreien, um für wenig Geld etwas Gutes zu bekommen. Sie haben förmlich die Augen aufgerissen, als sie die Geschäftsauslagen sehen. Wehrhaft gefressen haben sie die ersten Tage: "Schaut Euch nur die ausgehungerten Bären an", riefen einige Frauen uns auf Tschechisch zu, da ergibt sich doch ohne Weiteres, wo die besseren Zustände sind." Nicht nur das Essen fand Interesse. Alle Bedarfsartikel konnten sie brauchen,

Schuhe, Wäsche, Anzüge, Mäntel, Kleider usw. Eine Reihe von Geschäften war nach einigen Tagen ausverkauft und es trat Mangel ein. Jetzt ist er aber bereits wieder überwunden und im allgemeinen ist alles wieder zu haben. Die Preise haben aber inzwischen angezogen. Besondere Waren, wie zum Beispiel Eier, sind überhaupt von den Wochenmärkten verschwunden. Das Stück ist von 50 auf 65 Heller gestiegen und sie werden den Bauern aus den Händen gerissen.

Dabei besaßen die Deutschen die Geschmacklosigkeit, mit ihren Feldküchen der "armen tschechischen Bevölkerung" Freies anzubieten. Auch Milch für Kinder wurde ausgegeben. Und wenn es durch irgendwelche Lockungen gelungen war, dass sich einige Kinder bei den Feldküchen sehen liessen, wurden sie gefilmt. Auch sonst sind die Anbiederungsversuche der deutschen Soldaten an der Tagesordnung. Es wird auf die verschiedenste Art und Weise versucht.

Die Sudetendeutschen werden sowohl von tschechischer Seite als auch von den reichsdeutschen Soldaten gemieden und wenig hoch eingeschätzt. Auf tschechischer Seite sagen viele Leute: "Die Sudetendeutschen haben uns das alles eingebrockt. Sie sind nach England gefahren und haben dort über Drangsalierungen, Unterdrückungen und Hunger gefaselt und es den Engländern leicht gemacht, uns zu verkaufen." Die Soldaten wieder sagen: "Lasst uns mit den Sudetendeutschen in Ruhe, die haben der ganzen Welt Schande gemacht."

Die Sudetendeutschen sind aber selber auch nicht alle zufrieden mit ihrem jetzigen Los: "Wie haben wir doch erst gut und billig leben können", sagen sie, "und jetzt müssen wir bald diesen, bald jenen Befehl ausführen".

Es ist überhaupt sonderbar. Wenn man den ersten Schock überwinden hat und sich alles wieder normalisiert, so dass man das Leben und Treiben der deutschen Soldaten ruhiger beurteilt, begreift man überhaupt nicht mehr, wieso die ganze Welt Deutschland so fürchtet. Die Soldaten wollen alle gar keinen Krieg und schimpfen ganz offen über die ununterbrochenen Strapazen, die sie zu leisten haben. Es ist Dienst ohne Unterlass. Kaum haben sie sich irgendwo etwas eingewöhnt, wissen sie oder rechnen sie wenigstens damit, dass der nächste Schlag vorbereitet wird. Sie wissen und debattieren auch ganz offen darüber, dass es wieder ein ähnlicher Ueberfall sein wird, empfinden die Ungerechtigkeit dieser Gewaltakte und befürchten selber, dass dies alles Deutschland bald zu büßen haben wird.

Unter meinen Bekannten und Verwandten kursieren Nachrichten über eine ganze Reihe von Gesprächen mit Soldaten, Unteroffizieren und auch Offizieren, aus denen immer wieder zu entnehmen ist, dass alle diese Menschen nur dem Befehl gehorchen aber wissen, dass sie Unrecht tun. Sie sind von der Macht Deutschlands gar nicht so überzeugt wie scheinbar alle Ausländer. "Lange geht der Schwindel nicht", sagen sie, "wenn nur erst einmal ein Volk sich richtig wehrt, wird sich bald zei-

gen, wie schwach der militärische Koloss ist". Alle hatten Angst beim Einmarsch, die Tschechen würden kämpfen und dadurch den grossen Krieg herbeiführen. "Bis jetzt haben wir alles mit dem grossen Mund der Nazi-Grössen machen können, aber einmal wird das aufhören. Dann wird der ganze Kladderadatsch zusammenbrechen und wir müssen wieder alles zurückgeben und bezahlen wie im letzten Kriege."

Auf Grund dieser Beobachtungen und Feststellungen beim deutschen Militär gewinnen viele unserer Landsleute ihr Selbstvertrauen wieder.

3. Bericht: In Prag ist ein völliges Verkehrschaos eingetreten. Die Sabotage der gesamten Bevölkerung ist sehr fühlbar, der Opferwille ausserordentlich gross. Die Verhaftungen sind nicht gleichmässig, sie sind am grössten in Pilsen und Kladno. Dennoch sind Einzelfälle bekannt geworden, dass Gestapobeamte für Bestechungen zugänglich waren. Auch Leuten mit Emigrantpässen sind in Einzelfällen solche Versuche gelungen.

Kennzeichnend für die Behandlungsmethode ist das Beispiel Kladno. In dieser ausgesprochen sozialistischen Bergarbeiterstadt sind Liebesgaben in grossem Umfange geliefert worden. Die Gulaschkanonen verteilten Mittagessen. Nur vereinzelte Fälle waren zu verzeichnen, wo die Liebesgabengeschenke bzw. wo das Essen der Gulaschkanonen in Anspruch genommen wurde. Diejenigen Tschechen, die es getan haben, wurden von den anderen verdächtigt, so dass man die ganze Aktion einstellte und eine wilde Verhaftungswelle durchführte.

In Prag wurde an einigen Tagen aus Gulaschkanonen Milch an die Kinder verteilt. Die Eltern liessen ihre Kinder nicht hingehen. So konnte es bei den Gulaschkanonen am Bajkalplatz beobachtet werden, dass trotz aller Anlockereien nur wenige Kinder sich mit Milch beschenken liessen.

In der Saazer Gegend, dem bekannten Hopfenbaugesbiet, herrscht erge Bestürzung. Es ist eine Hopfenbauverordnung erschienen, die die Anbaufläche für Hopfen auf 50 Prozent des bisherigen Anbaues beschränkt. Das bedeutet den Ruin aller kleinen und mittleren Hopfenbauern. Sie sollen sich auf Getreidebau, vornehmlich Weizen, umstellen. Die Verordnung ist ergangen, um die Saazer Hopfenkonkurrenz gegen die bayerischen Hopfenbauern zu beseitigen. (Die Saazer Hopfen-gegend umfasst Teile des sudetendeutschen Okkupationsgebietes, und auch solche des Protektorats. Gerade im Gebiet des Protektorats waren umfangreiche Neuplanungen bereits vorgenommen, um den Hopfenbedarf durch stärkeren Anbau innerhalb der Grenzen des verkleinerten Staates befriedigen zu können. Nun sind alle diese Planungen wieder hinfällig, die bereits investierten Kapitalien verloren).

Der Einfluss des tschechischen Faschistenführers Gajda ist auf den Nullpunkt gesunken. Gajda wird von allen Schichten der Bevölkerung als gekauft abgelehnt.

II. Kraft durch Freude

=====

Grundsätzliches über Sinn und Wirkung der KdF-Organisation ist an dieser Stelle schon mehrfach gesagt worden (zuletzt in Heft 2/1938, Seite A 13 - 41). Im Gefüge der Deutschen Arbeitsfront, deren Unterorganisation sie ist, hat KdF die Aufgabe, die Massen während der Freizeit im Betrieb und ausserhalb des Betriebes zu "lenken", das heisst zu überwachen und zu beeinflussen. Auf der letzten Reichstagung von "Kraft durch Freude", die im Juni 1938 in Hamburg abgehalten wurde, prägte Dr. Ley die bezeichnende Formulierung:

"KdF ist die kürzeste Formel, auf die sich der Nationalsozialismus für die breite Masse bringen lässt."

Wenn er damit sagen wollte, dass der Nationalsozialismus -der ja kein einheitliches Ganzes, sondern ein Konglomerat der verschiedensten Ideen und Bestrebungen ist- der "breiten Masse" gerade in der Form von KdF auf Schritt und Tritt begegnet, beim Reisen und Wandern, beim Turnen und Spielen, in Theater, Konzert, Kino und Kabarett, so mag die Feststellung richtig sein. Irrig wäre es jedoch anzunehmen, dass die KdF-Veranstaltungen von den Teilnehmern bewusst und auf die Dauer als Ausdruck und Verdienst der herrschenden Partei empfunden würden. Da das gesellige Leben in all seinen Verästelungen nun einmal von KdF monopolisiert worden ist und da den mittellosen Schichten ausserhalb des Massenbetriebes kaum mehr eine Möglichkeit bleibt, an den kulturellen Gemeinschaftsgütern teilzunehmen, findet man sich eben mit KdF ab. Das Gefühl, auf diese Weise ein Geschenk des Regimes anzunehmen oder gar ein Bekenntnis zum Regime abzulegen, das im Anfang viele Oppositionelle von KdF fernhielt, ist immer mehr geschwunden. Anerkannt wird bestenfalls die organisatorische Leistung. Im übrigen argumentieren die meisten Teilnehmer so: "Die Unkosten für KdF werden aus den Beiträgen zur Deutschen Arbeitsfront bestritten. Wir wären dumm, wenn wir für unser eigenes Geld nicht mitmachten." In der gegenwärtigen Situation genügt KdF jedenfalls nicht, um die wachsende Misstimmung abzufangen oder auch nur die Kritik an den herrschenden Zuständen fühlbar zu mildern.

Der von der KdF-Abteilung "Reisen, Wandern und Urlaub" geleitete Reisebetrieb spielt nach wie vor die weitaus grösste Rolle im Bewusstsein des Volkes. Daneben findet der KdF-Sport noch lebhaftes Interesse, während die vier übrigen "Aemter" von KdF -Kulturgemeinde, Schönheit der Arbeit, Wehrmachtshome, Dorfverschönerung- mit der Zeit in den Hintergrund getreten sind. Neu hinzugekommen ist seit unserem letzten Bericht die Volkswagenaktion, auf die wir im letzten Abschnitt dieses Ueberblicks näher eingehen werden.

1) Sport und "Volksbildung"

Das Reichsportamt von KdF (Heft 2/1938, S. A 26) veranstaltet innerhalb und ausserhalb der Betriebe zahlreiche Sportkurse, die den Teilnehmern u.a. die Berechtigung geben, das "Reichssportabzeichen" zu erwerben. Jährlich findet ein "Sportappell der Betriebe" statt. Für die berufstätige Jugend ist im April 1938 ein besonderer "Ausgleichssport" in den Betrieben geschaffen worden, dessen Durchführung ebenfalls dem KdF-Sportamt übertragen worden ist. Die Reichstagung der KdF, die diesmal Ende Juli in Hamburg abgehalten werden soll, ist regelmässig mit dem "Reichswettbewerb der KdF-Sportgruppen" verbunden, für den die Teilnehmer durch Gauentscheide bestimmt werden. Jeder Kursusteilnehmer muss für 20 Pfg. eine Jahressportkarte erwerben und eine Wertmarke in Höhe von 30 Pfg. kleben. Daneben werden für die einzelnen Veranstaltungen noch Gebühren, meist in geringer Höhe, erhoben. Die Sportkarte dient nicht nur als Ausweis für den Inhaber, man bemüht sich darum, ihre eine viel weiterreichende Bedeutung zu geben. Die "Frankfurter Zeitung" vom 11. Dezember 1938 bemerkt dazu:

"Auch für den Betriebsführer wird die Jahressportkarte seines Gefolgsmannes von Wichtigkeit, denn sie wird in einigen Jahren erschöpfend Auskunft geben können über den Gesundheitszustand ihres Besitzers. Gleichfalls freigehalten ist der nötige Platz für amtliche Eintragungen aller Art, wie zum Beispiel von Ernennungen und über die Teilnahme an Lehrgängen. Auch der Erwerb des Reichssport-, des SA-Sport- und sonstiger Leistungs-Abzeichen kann in der Jahressportkarte bestätigt werden."

Die Sportkarte soll also mit der Zeit in dem grossen Registrierungssystem des Dritten Reiches eine wichtige Rolle spielen. Den Militärbehörden würde sie im Kriegsfall u.a. die Möglichkeit geben, sich bei der Einziehung neuer Jahrgänge und bei der Aushebung von

Reserven ohne langwierige Prüfungen über die Verwendbarkeit des einzelnen Mannes zu informieren, zumal der sogenannte Wehrsport, vor allem die Ausbildung im Schiessen, bei den Betriebskursen bevorzugt wird.

Andererseits wirkt die gegenwärtige Dauermobilmachung ungünstig auf den zivilen Sportbetrieb ein. Zum Beispiel wird über den Mangel an Sportlehrern geklagt.

Bayern: Die Sportkurse erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit. Doch ist festzustellen, dass die ehrenamtlich zur Verfügung stehenden Sportlehrer immer seltener werden. Die Schwierigkeiten, ausgebildete und bezahlte Hilfskräfte in den Kursen einzusetzen, machen sich im Unterricht unangenehm bemerkbar. Die Qualität der Kurse lässt nach.

Das "Volkswbildungswerk" (siehe Heft 2/1938, S. A 18 ff.) hat u.a. die Arbeit der früheren Volkshochschulen übernommen und ihren Sinn ins rein Parteipropagandistische verbogen. Die Vorträge, Arbeitsgemeinschaften, Kurse, Führungen usw. dienen in erster Linie nicht der Vermittlung von Kenntnissen, sondern der Steigerung des Rassismus, Nationalismus, Militarismus und seit einiger Zeit der sogenannten Bedarfslenkung, d.h. der Propagierung autarkistischer Methoden. Auf Seite A 61 reproduzieren wir ein Flugblatt der KdF-Volkswbildungsstätte in Hindenburg, das ein ungefähres Bild von der Tätigkeit des "Bildungswerkes" gibt. Von einer "Besichtigungsfahrt" besonderer Art erzählt der folgende Bericht:

Mitteldeutschland: KdF veranstaltet Bildungslehrgänge und damit verbundene Besichtigungsfahrten. Für die "Fachgruppe Rechtsanwaltsangestellte" kam man bei uns auf die Idee, Zuchthausbesichtigungen zu veranstalten.

Diese Zuchthausbesichtigungen gehören zu den beliebtesten und meistbelegtesten "Bildungsveranstaltungen". Jeder bringt noch Bekannte mit, -Damen sind allerdings ausgeschlossen- so dass dem Sensationsbedürfnis Genüge geschieht. Es ist überwiegend der Sensationskitzel, der gerade diesen Zuchthausfahrten (mit anschliessendem gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Bier) die grosse Beteiligung sichert.

Besichtigt wird das Zuchthaus in X. Es ist mit ungefähr 1.000 Mann belegt, davon ungefähr drei Viertel politische Gefangene. Einmannzellen sind mit drei Mann belegt. Die Fahrtteilnehmer erhalten Einblick in den gesamten Zuchthausbetrieb. Die Gefangenen werden bei der Arbeit besichtigt, beim Essen usw. Es darf kein Wort mit ihnen gesprochen werden.

Der Direktor, der uns führte, ein forscher junger Mann mit SS-Abzeichen, erklärte uns: "Wir werden uns nicht mehr lange den Luxus leisten können, die Gefangenen in Zuchthäusern Krögenknöpfchen stanzen oder Bastmatten flechten zu lassen. Wir haben hier in unserem Zuchthaus viele geschulte Facharbeiter, z.B. Schlosser

Die Hindenburger

Volkshbildungsstätte

in der NS. Gemeinschaft Kraft durch Freude
bringt in diesem Winter

für Dich!

1. Vorträge mit berühmten Rednern

Die wehrpolitische Lage der Staaten Europas (Major a. D. Weberstedt-Berlin)
Deutsche Werkstoffe aus deutscher Arbeit mit Lichtbildern (Dipl.-Ing. Gessel-Berlin)
Bankrott im Dritten Reich (Dr. Ing. Nonn-Berlin)
„Flug in die Hölle“ (Australienflieger Hans Vertram-Berlin)
Erebnisse in Spanien (Werner Schulz-Berlin)

2. Vortragsreihen z. B.

Die weltpolitische Lage und wir • Deutsche Geschichte • Wege zur Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit • Rechtsfragen des täglichen Lebens
Die Zucht der Seidenraupe • Berufsberatung • Deutsche Dichtung der Gegenwart • Artgemäße und artfremde bildende Kunst (mit Lichtbildern)
Die machtpolitischen Spannungen im Mittelmeerraum • Die Urlaubsgebiete der NSG. „Kraft durch Freude“

3. Arbeitsgemeinschaften

der Freizeitbeschaffenden, aus der Naturkunde, aus der Chemie des täglichen Lebens, aus der Wetterkunde

4. Kurse

Gutes Deutsch in Wort und Schrift • Richtiges Rechnen bringt Gewinn und spart Ärger • Englisch für Anfänger und Fortgeschrittene • Französisch für Anfänger und Fortgeschrittene

5. Arbeitskreise

Zeichnen und Malen • Das schöne und lebendige Bild (Fotokursus)

6. Führungen

durch den botanischen Garten, durch die oberschlesischen Museen, Fahrt zu vorgeschichtlichen Ausgrabungen, naturkundliche Ausflüge in die nahe und weite Umgebung, Foto-Lehrwanderungen, Führungen durch die Jahresausstellung des oberschlesischen Künstlerbundes

7. Gemeinschaftsabende

Soldatenleben in Lied und in der Dichtung • Dichterlesungen
Wilhelm Busch-Abend

Das ist nur ein Auszug aus dem Winterplan der Volkshbildungsstätte

Arbeitskamerad! Du sollst teilhaben an den unvergänglichen Werten der deutschen Kultur und Kunst

Die Volkshbildungsstätte will allen Volksgenossen ohne Rücksicht auf Herkunft und Bildung geistiger Helfer und Führer sein

Anmeldungen nehmen entgegen die Geschäftsstellen: 1. Stadthaus, Zimmer 216; 2. Die Dienststellen der DAF und der KdF. • Auskünfte erteilen die Betriebswarde, die auch die Lehrpläne unentgeltlich abgeben. Der Eintritt zu den Kursen ist zu jeder Zeit möglich.

Dreher usw., die wir draussen bei unserem Aufbauwerk notwendiger gebrauchen. Es sind Vorbereitungen im Gang, die Strafgefangenen demnächst in nützlicherer Art für das Vaterland einzusetzen."

Bei der Besichtigung des Unterrichtsraumes erklärte der Direktor, dass hier Erziehungsarbeit im Sinne des Dritten Reiches geleistet werde. Bei einer grossen Anzahl politisch Verführter falle das auf fruchtbaren Boden, andere wieder heuchelten, Bekehrung und wieder ein anderer Teil bestehe aus unverbesserlichem Untermenschentum. Die Lehrer hätten keinen leichten Stand, da die politischen Gefangenen oft ganz raffiniert geschulte Burschen seien. So habe man einem gestattet, ein nationalsozialistisches Buch über den Wirtschaftsaufschwung des Dritten Reiches zu beziehen und dieser Bursche habe anhand der darin enthaltenen statistischen Gegenüberstellungen mit anderen Ländern seinem Lehrer doch wahrhaftig einen grösseren Aufschwung des bolschewistischen Russlands nachweisen wollen.

Obgleich die Fahrtteilnehmer aus Sensationslust mitgekommen sein mögen, äusserten viele unter dem frischen Eindruck des Geschehens stehend, dass es ein Unrecht sei, Sozialisten und Kommunisten zu Zuchthaus zu verurteilen und sie gemeinsam mit kriminellen Verbrechern unterzubringen.

In unserem vorigen Bericht über KdF haben wir bereits geschildert, dass vom Theaterbesuch über Kino und Kabarett bis zu den Fastnachtvergnügungen alle geselligen Veranstaltungen der kleinen Leute nach und nach unter die Aufsicht von KdF gestellt worden sind (Heft 2/1938, Seite A 13). Auf diesem Gebiet macht sich seit einiger Zeit eine interessante Erscheinung bemerkbar, der wir in der Abteilung "Reisen, Wandern und Urlaub" noch einmal begegnen werden. Die immer reicher werdende Parteibürokratie sondert sich genau wie das übrige Bürgertum in zunehmendem Masse von den einfachen KdF-Mitgliedern ab. Es gibt nicht nur "gäueigene Kabarette", wo die KdF-Leute unter sich gelassen werden, es sind auch eigene Theater entstanden, in denen nur für die "kleinen" KdF-Mitglieder gespielt wird, während die übrigen Bühnen dem zahlungskräftigen Publikum vorbehalten bleiben. Auch in Wien sind bereits zwei derartige KdF-Bühnen eröffnet worden, das Schauspiel ist im Deutschen Volkstheater, die Operette im Raimund-Theater untergebracht. Zwei unserer Gewährsmänner äussern sich über dieses Thema:

Bayern: Die KdF wird immer mehr zu einer proletarischen Angelegenheit. Die gehobenen Schichten, besonders die Parteibeamten, weichen dem Massenbetrieb aus. Das zeigt sich z.B. in München besonders auf dem Gebiet des Theaters. Das einzige Theater, das sich noch einigermaßen auf der alten Höhe gehalten hat, sind die Kammerspiele im Schauspielhaus. Während die DAF ihre Mitglieder nur in das Prinzregententheater, nunmehr das "Theater des Volkes" führt, gehen in die Kammerspiele nur die gehobenen Schichten, die Beamten, die bessere Gesellschaft, aber auch die Parteibürokratie.

Berlin: KdF hat sich praktisch heute ein Monopol auf vielen Gebieten gesichert. Ausserhalb von KdF kann man nur noch Sport und Turnen betreiben, wenn man sich einem Sport- oder Turnverein anschliessen will. Wenn man eine Wintersportveranstaltung, etwa ein Eishockey-Spiel im Sportpalast zu erschwinglichen Preisen besuchen will, muss man sich der Organisation KdF bedienen. Es gibt auch ein paar "freie" Veranstaltungen dieser Art, aber sie sind verhältnismässig teuer. Ebenso steht es mit dem Theater. Die grossen Schauveranstaltungen, vor allem die Operetten, sind praktisch von KdF mit Beschlag belegt. Das frühere Grosse Schauspielhaus und die Volksoper "Theater des Westens" spielen ausschliesslich für KdF und manches, was dort herausgebracht wird, ist sehr schlecht. Die guten Bühnen dagegen sind weitgehend von diesen KdF-Veranstaltungen befreit. Allenfalls werden ein- oder zweimal im Monat Sonderveranstaltungen für KdF veranstaltet. Für den Besuch dieser Bühne ist ein besonderer Theater- und Konzertstring gebildet worden, der ebenfalls KdF angeschlossen ist und Karten zum Preise von Rmk 1,80, 2,50, 3,50 und (für Opern) 4,50 vertreibt. Auf diese Weise kann man in den Staatstheatern, dem Deutschen Theater, in der Volksbühne und in den grossen Konzerten Plätze zu erschwinglichen Preisen bekommen. Diese Einrichtung wird stark vom Bürgertum benutzt.

Die Arbeiter fühlen sehr wohl, dass ihnen mit KdF Sand in die Augen gestreut werden soll, aber sie machen zum grössten Teil mit und auf diese Weise wird der propagandistische Zweck schliesslich doch erreicht.

2) Reisen, Wandern und Urlaub

Das Amt "Reisen, Wandern und Urlaub" ist von allen KdF-Aemtern am besten mit Mitteln ausgestattet, es hat auch die grösste Propagandaleistung zu erfüllen. Der Wanderbetrieb fällt dabei weniger ins Gewicht. Gerade in Deutschland ist -lange vor der Hitlerzeit- viel gewandert worden, und das Regime hat grosse Mühe damit gehabt, die schon bestehenden, freiwillig zusammengetretenen Wandergruppen teils durch Androhung politischer Prozesse, teils durch den Entzug aller Fahrpreiserlässigungen zu zerreißen. Gegenwärtig sind 15.000 "Wanderwarte" im Reich für KdF tätig. Sie führen in der Regel Gruppen von 15 bis 20 Teilnehmern und haben den Auftrag, ihr Führeramt mit lebhafter politischer Propaganda zu verbinden. Da sich jedoch Einzelwanderungen leichter ermöglichen lassen als Einzelreisen, sind die Individualisten der Landstrasse noch immer in der Ueberzahl, und der KdF-Wanderbetrieb hat nie die gleiche Popularität erlangen können wie die Reiseorganisation.

Der Reiseorganisation gilt denn auch das Hauptaugenmerk der KdF-Leitung. Für sie werden grosszügige Einrichtungen geschaffen, eigene

Hotels, eigene Schiffe, eigene Bäder gebaut. So ist z.B. der Bau des KdF-Bades auf Rügen trotz der Vordringlichkeit der Befestigungsarbeiten einigermaßen rasch gefördert worden, und der ostpreussische Gauleiter Koch hat der Stadt Memel versprochen, dass auch auf der Wehrung ein KdF-Bad entstehen werde. Ueber das Rügener Bad erhalten wir folgenden Bericht:

Norddeutschland: Von Zeit zu Zeit wird die deutsche Öffentlichkeit über den Fortschritt der Bauarbeiten am KdF-Bad auf Rügen unterrichtet. Im Sommer 1939 wird es wahrscheinlich mit riesigem Geschrei und Selbstbeweihräucherungen eröffnet werden. Dem deutschen bürgerlichen Spiesser ist dies luxuriöse "Bad für den Pöbel" ein Dorn im Auge. Hartnäckig erhält sich das Gerücht, Ley habe von Hitler einen schweren Rüffel bekommen wegen dieser unsinnigen Geldverschwendung. Ich habe das KdF-Bad letzten Sommer im Bau gesehen. In seiner Kilometerlänge ist es ein Bau von imponierenden Massen, an einer der schönsten Stellen Rügens, an der waldigen Bucht zwischen Binz und Sassnitz gelegen. Die ganze Insel steht bereits im Zeichen dieses Monumentalbauwerks: Autobahn zum KdF-Bad, KdF-Bahnhof, Besucherscharen. Es ist eine der wirkungsvollsten Reklamebauten des Dritten Reiches. Neun Zehntel und mehr aller deutschen Arbeiter werden das Bad nur auf Bildern zu sehen bekommen. Aber heute schon weisen deutsche Arbeitnehmer in Unterhaltungen auf diese neue soziale Grossleistung des Dritten Reiches hin, ohne von selbst darauf zu kommen, dass diese soziale Einrichtung eine lächerliche Farce ist gegenüber der Zerschlagung aller anderen sozialen Errungenschaften.

Die KdF-Urlaubsfahrten werden nach wie vor sehr begehrt, wenn auch die Art ihrer Finanzierung immer mehr Misstrauen erregt. Dazu entnehmen wir unseren Berichten:

Rheinland: KdF-Winterfahrten. Schon an der Ausgangsstation, vor Abgang des Zuges, kann man sich nur immer wieder über die Zusammensetzung des Publikums wundern: auffallend schöne und kostspielige Wintersportbekleidung, viele Pelzmäntel. Nirgendwo jemand, der aus dem Arbeiterstand zu stammen scheint. Und wirklich, wenn ich mir durch den Kopf gehen lasse, welche wirtschaftlichen Positionen meine bisherigen zufälligen KdF-Kameraden hatten - aus welchen Berufen und Kreisen stammten sie? Bessere "höhere" Töchter, Privatsekretärinnen, ein Oberingenieur, ein Apotheker nebst Gattin, eine Juweliersgattin, der Besitzer eines Pelzgeschäftes, der Inhaber einer gutgehenden Wirtshaft, mehrere selbständige Kaufleute, meist Autobesitzer, ein städtischer Bühnenregisseur, mittlere und höhere Beamte, kaufmännische Angestellte in guten Positionen. Ab und zu mal ein kleiner Angestellter, der sich mühselig sein Geld für die Fahrt zusammengespart hatte, niemals ein Arbeiter in den ganzen Jahren. KdF ist eine Einrichtung, von der der Arbeiter keinen Gebrauch machen kann.

Dieser Zusammensetzung des Publikums entsprechend sind auch die Nebenausgaben. Besonders bei den Wintersportfahrten geben die meisten Teilnehmer noch einmal den gleichen Betrag, den die eigentliche Reise kostet, als Taschengeld aus. Sie brauchen es nicht. Die Verpflegung ist meist reichlich und gut. Sie tun es, weil ihre Verhältnisse es erlauben.

Für eine 14tägige KdF-Winterfahrt zahlt der Teilnehmer etwa 62,- RMk. Die Ausgaben von KdF sind: 13 mal 2,75 RM an den Wirt für Wohnung und Verpflegung = 35,75 RMk, dazu ca. 13,- RMk für Eisenbahnfahrt (1 Pfg. pro km, bei 13,- RMk also 1.300 km Fahrt hin und zurückgerechnet) insgesamt also höchstens 50,- RMk. Pro Kopf erhebt KdF einen Zuschlag von mindestens 10 bis 12 RMk, bei einem Tausendmann-Transport ergibt sich also für KdF ein Gewinn von 10 bis 12.000 RMk.

Ist die Wintersportfahrt mit einem Ski-Kurs verbunden, so ist der KdF-Nepp noch auffallender. Der Teilnehmer ist gezwungen, für die Teilnahme an dem nur 14-tägigen Kursus, eine KdF-Jahressportkarte zu lösen, ausserdem den Ski-Kurs zu bezahlen, das macht insgesamt wieder ca. 15,- RM. Der Kurs hat durchschnittlich 50 Teilnehmer, meist mehr, bringt in 14 Tagen der Organisation KdF also ca. 750,- RMk ein. An Auslagen hat die Organisation lediglich das Gehalt der Skilehrer, die als einfache bayerische Burschen 14-tägig mit 75,- RMk entlohnt werden. KdF hat gar nicht die Absicht, verbilligend zu wirken. Im Gegenteil, der Preiswucher übertrumpft übelste krämerische Gepflogenheiten.

"Ja", sagen einige Fahrtteilnehmer, "den Gewinn braucht KdF für Organisationskosten, Gehälter usw." Selten ist jemand unterrichtet genug, um zu antworten: "KdF ist eine Unterorganisation der DAF und wir bezahlen mit unseren hohen DAF-Beiträgen bereits die Organisationskosten, die DAF müsste von unseren Beiträgen sogar etwas für die Verbilligung der KdF-Fahrten zuschiessen."

Besonders die Wirte klagen sehr über den niedrigen Preis, den ihnen KdF zudiktiert. Sie rechnen sich aus: KdF selbst nimmt von jedem Teilnehmer 4,- RM täglich, zahlt an die Wirte aber nur 2,50 RM, während der Heizperiode 2,75 RM. Man könnte uns gut 3,50 RM zubilligen, sagen die Wirte. KdF aber rechnet den Wirten vor, dass sie bei 2,50 RM noch einen ganz erklecklichen Gewinn haben. Und das stimmt auch. Der Wirt hat zu einer Zeit sein Haus propleevoll, wo er es sonst leerstehen hätte; ausserdem verdient er sehr gut an den Nebenausgaben der KdF-Gäste, Getränke, Rauchwaren usw.

Zum guten Schluss verdient auch die Eisenbahn bei diesen vollbesetzten Sonderzügen bei nur 1 Pfg. pro km. Schliesslich ist auch der KdF-Fahrer zufrieden. Er hat eine 14-tägige Reise machen können zu einem Betrag, den ihm früher die Eisenbahnfahrt ins Gebirge allein kostete.

Besonders zufrieden habe ich SA- und SS-Leute und Volksgenossen mit anderen guten Beziehungen zu Parteigliederungen getroffen, die zum halben Preis mitfahren, denen also eine 14tägige Wintersportreise mit allem drum und dran für nur 30,- RMk geliefert wurde. Hinterher stellten sich solche Leute als in guter Position befindlich und als kapitalkräftig heraus, das waren dann also die "armen Volksgenossen", für die die übrigen Fahrtteilnehmer "freiwillig" spenden durften.

Sachsen, 1. Bericht: Dass die Nazis es bis heute immer wieder verstehen, den Leuten mit raffinierten Mitteln das Geld aus der Tasche zu holen, ist bekannt. Heute sei auf ein Kapitel ihrer Tätigkeit aufmerksam gemacht, über das viele wenig Bescheid wissen. Ein grosser Teil der KdF-Urlauber wird in Privatquartieren untergebracht. 3 Wochen vor Antritt der Fahrt muss der Urlauber bereits sein Geld in die KdF-Kasse eingezahlt haben, der Logiswirt des Urlaubers erhält aber den ihm zustehenden Betrag erst 3 Wochen nach der Abfahrt seines Gastes. 6 Wochen haben also die Nazis ein

zinsloses Darlehen zur Verfügung. Die Gesamtsumme, mit der die Nazis zinslos arbeiten können, ist nicht gering, wenn man an den Umfang der KdF-Urlaubsreisen denkt.

In der Stadt X. allein beträgt die Zahl der in Privatquartieren untergebrachten Urlauber etwa 300, die alle 8 oder 14 Tage ausgewechselt werden. Für den 8-tägigen Aufenthalt und für die Fahrt von der Stadt B. aus zahlt der Urlauber an die KdF-Kasse 30,- RM, für 14 Tage 58,- RM. Davon erhält der Logiswirt pro Kopf und Nacht im Sommer 1,- RM, wofür er früh noch Kaffee und Butterbröckchen zu verabreichen hat. Im Winter werden ihm für die Heizung 30 Pfg. am Tage mehr gezahlt. Das Mittag- und Abendessen nehmen die Urlauber in den Hotels ein. Den Nachmittagskaffee müssen sie aus eigener Tasche zahlen.

2. Bericht: In verschiedenen Betrieben sind Spareinrichtungen geschaffen worden, die den Arbeitnehmern die Möglichkeit geben sollen, einmal eine KdF-Fahrt zu machen. An Beiträgen werden wöchentlich 0,20 RM entrichtet, die Nutzniesser der jeweiligen Fahrten sind die am längsten im Betrieb beschäftigten. Jedes Jahr fahren 2 Arbeiter mit KdF auf Urlaub.

Berlin: Die Inlandsreisen werden viel von Arbeitern benutzt. Sie sind auch ausserordentlich billig, und durch das Sparsystem von KdF kann mancher sich das Geld zusammensparen, das er sonst für eine solche Reise nicht hätte. Durchschnittlich kostet eine Reise für 14 Tage 60,- RM einschliesslich Fahrt. In den KdF-Zügen kann man auch verhältnismässig bequem fahren, allerdings sind es meist ältere Wagen. Die Verpflegung ist ebenfalls verhältnismässig gut. Andererseits klagen die Gastwirte und Quartiergeber, dass sie die ihnen zustehenden Beträge von KdF erst ein halbes oder drei Viertel Jahr nachher bekommen, und es ist schon dagewesen, dass Gemeinden an der Ostsee und in Süddeutschland es abgelehnt haben, wieder KdF-Leute aufzunehmen.

Wie hoch die Nebenkosten sein müssen, die den KdF-Reisenden erwachsen, wird auch bei der genauen Durchsicht des Programms für einen Urlauberzug aus dem Gau Kurmark (1938) deutlich, das wir nebenstehend reproduzieren. Es findet sich darauf mehrfach der Vermerk: "Gelegen-

Konstanz

31. 5. 38 Ankunft, Quartierverteilung.

1. 6. 38 9 30 Uhr Stadtbesichtigung unter Führung. Treffpunkt K.d.F.-Nebenstelle am Hafen.

2. 6. 38 Dampferfahrt nach der Insel Mainau—Meersburg mit Besichtigung. — Nachmittag zur freien Verfügung. 20.30 Uhr Begrüßungsabend mit Tanz im oberen Konzil-Saal.

3. 6. 38 Ruhetag.

Evtl. Besichtigung des Rosgartenmuseums. Gegen Vorzeigen der Teilnehmerkarte Eintrittspreis 10 Pfg.

4. 6. 38 Wanderung unter Führung. Treffpunkt 8.00 Uhr
K.d.F.-Nebenstelle am Hafen.

5. 6. 38 Besuch des Strandbades Waldhaus Jakob.

6. 6. 38 Ruhetag.

Gelegenheit zum Besuch der Hohentwiel-Festspiele
„Der Trompeter von Sickingen“

7. 6. 38 Gelegenheit zum Besuch der Insel Reichenau mit Mo-
torboot. Anmeldung an der Landestelle am Hafen.

8. 6. 38 Gemeinsamer Besuch des Strandbades Waldhaus Jakob.
20.30 Uhr kameradschaftliches Beisammensein m. Tanz
im oberen Konzil-Saal.

9. 6. 38 Ruhetag.

0. 6. 38 Dampferfahrt nach Bregenz — Friedrichshafen mit
Zepelinbesichtigung. Fahrplan siehe Rückseite.

1. 6. 38 Ruhetag.

2. 6. 38 Heimreise.

Sittagessen 12.00—12.30 Uhr, Abendessen 19.30—20.00 Uhr.

Die Karten für die Dampferfahrten sind im Vorverkauf im
Fährhaus Breig, Marktstätte, erhältlich, und zwar vor-
mittags von 9.00—11.00 Uhr und von 14.00—18.00 Uhr.

Täglich Gelegenheit zum Rundflug mit dem Wasser-
flugzeug. Anmeldung und Kartenvorverkauf am Start-
häuschen im Stadtgarten zum ermäßigten Preis von
RM. 5.— gegen Vorzeigung der Teilnehmerkarte.

Auskünfte bei der Kreisdienststelle, Marktstätte 4,
Telefon 1351/1352.

Der Haupt-Reiseleiter befindet sich in Konstanz im Gasthaus
„Helvetia“, Bodanplatz, Telefon Konstanz 238.

A -67-

heit zu...“, z.B.
zum Besuch der
Hohentwiel-Festspie-
le, zum Besuch der
Insel Reichenau, zu
einem Rundflug mit
dem Wasserflugzeug
usw. All diese „Ge-
legenheiten“ sind
im normalen Reise-
preis nicht inbegrif-
fen, und es wird den
meisten Urlaubern
recht schwer fallen,
sich von allem aus-
zuschliessen. So ent-
steht -wie beim
Theaterbesuch- eine
deutliche Differen-
zierung zwischen bes-
sersituierten und
mittellosen Teilneh-
mern, und manches
Reiseziel wird fast
ausschliesslich von
KdF-Fahrern besucht,
die sich zusätzliche
Ausgaben leisten
können.

Bayern: Bei den Gesellschaftsfahrten zeigt sich eine starke
Differenzierung. Die „besseren Leute“ machen nur grosse Fahrten
mit, die eine ausgewähltere Gesellschaft versprechen. Die grossen
Massenreisen sind für das Proletariat. Man sucht jetzt die Orte
auf, die keinen KdF-Betrieb haben. „Nicht von KdF besucht“, gilt
heute schon als besonderer Vorzug für Sommerfrischen. Ein Gastwirt
aus einem oberbayerischen Gebirgsdorf hat im Werbeprospekt für
seine Sommerfrische geschrieben: „Wird von KdF-Reisenden nicht be-
sucht!“ Die Arbeitsfront, der dieser Prospekt zugeleitet wurde,
hat gegen den Gastwirt Klage erhoben. Er musste den Prospekt zu-
rückziehen und durfte Sommergäste nicht aufnehmen. Trotzdem ver-
breitet sich immer mehr die Kenntnis über Sommeraufenthalte, die

von KdF nicht besucht werden.

Rheinland-Westfalen: Ein besonderes Glanzstück des Herrn Ley ist KdF. Wir beobachten seit langem, dass von uns Bergarbeitern nur wenige an den Fahrten der KdF teilnehmen. An dieser Feststellung wird auch nichts geändert durch die ständig wiederholte Behauptung der KdF-Redner und der Nazizeitungen, die meisten KdF-Urheber seien Arbeiter mit Einkommen unter 150 RMk. Uns Bergarbeiter fordert man wiederholt auf, uns an KdF-Fahrten zu beteiligen. Eine dieser Fahrten kostete einem Bergmann für Fahrgeld 25,- RM und dazu noch Ausgaben in Höhe von 35,- RM. Und da sollte angeblich noch ein Zuschuss von der DAF gezahlt werden. Wer von uns kann 60,- RM aufbringen?

Mitteldeutschland: Während "Schönheit der Arbeit" gar keinen Eindruck macht - die Herrlichkeiten werden gewöhnlich an die Betriebsgänge gebaut, damit die Besucher etwas zu sehen bekommen - bleibt "Kraft durch Freude" nicht ohne Wirkung. Allerdings reicht der Lohn des Arbeiters gerade zum Nötigsten und bis zu einer Meidreifahrt -150,- RMk pro Person, mit der Frau 300,- RMk- bringt es keiner. Auch die kleineren Reisen verursachen so hohe Nebenkosten, dass man oft auf das Doppelte des veranschlagten Satzes kommt. Aber manchem gefällt die Sache eben doch. Wer noch nie in seinem Leben eine Reise gemacht hat und nun für 60,- RMk zum ersten Male das Meer zu sehen bekommt, ist tief beeindruckt. Wirkung: "Die Nazis haben doch auch manches Gute geschaffen". Die Begeisterung ist allerdings bei der ersten Reise gewöhnlich am grössten. Bei der zweiten fühlen sich viele schon durch den Massenbetrieb gestört.

Die Auslandsreisen, wie billig sie auch auf den ersten Blick erscheinen mögen, sind für den Arbeiter unter normalen Bedingungen unerschwinglich. Sofern nicht der Betrieb die Kosten ganz oder teilweise übernimmt, muss auf die Teilnahme gewöhnlich verzichtet werden. Ueber die Norwegen-Fahrten liegen uns zwei Berichte vor, die sich in vielen Punkten decken und ein anschauliches Bild von dieser Art Reisegetriebe geben.

Rheinland: Die Anmeldung für eine KdF-Reise geht so bürokratisch und umständlich wie möglich vor sich. Erst musst Du eine Bescheinigung vom Betriebswart oder NS-Hago-Kassierer besorgen. Dann musst Du Dich höchstpersönlich zur DAF-Ortsgruppe begeben, wo man Dir ein Loch in den Bauch fragt und Deine Antworten sorgfältig auf einem Formular mit einigen verschiedenfarbigen Durchschlägen festlegt. Du selbst darfst das Formular nicht ausfüllen. Du würdest Dir sonst die Beantwortung der Frage ersparen, die am Schlusse dieses wissenschaftlichen Fragebogens steht: "Wieviel spenden Sie für einen bedürftigen Volksgenossen?" Dein Drehen und Wenden nützt Dir nichts, etwa, dass Du erklärst, Du seiest selbst nur ein armer Volksgenosse, der sich das Geld für seine Ferienfahrt mit Mühe und Not zusammengekratzt hat. Der Fragesteller darf keinesfalls einen Strich in diese Rubrik machen. Er lässt nicht eher locker, bis eine Zahl dort steht. Draussen denkst Du nach: "Es ist doch glatt eine Erpressung. Du bezahlst jahraus, jahrein Deine hohen DAF-

Beiträge, für die Du keine Gegenleistung hast. Das einzige, was Dir von der DAF geboten wird, sind diese KdF-Fahrten, und machst Du davon Gebrauch, dann sollst Du sofort wieder spenden für irgend einen unkontrollierbaren Zweck, vielleicht für irgendwelche SA- und SS-Leute, die meist nicht so bedürftig sind, wie Du und Deine Familie, und die dann auf Deine Kosten eine fidele Reise machen. Und Du hast Dir doch nun wirklich die Fahrtunkosten mit Mühe und Not von Deinem kleinen Gehalt abgespart und besitztst kaum das nötige Taschengeld für die Ferientage.

Mit diesen Gedanken gehst Du jetzt zur dritten Stelle, zur KdF-Kasse, die wieder an irgend einem anderen Ende der Stadt untergebracht ist.

KdF-Fahrten mit weiten Bahnstrecken beginnen am Abend. Der letzte Tag im Betrieb vor den Ferien ist besonders anstrengend. Alle Reste müssen aufgearbeitet werden. Kaum hast Du Zeit zum Essen, kaum Zeit Dich umzukleiden. Abgehetzt rast Du zum Bahnhof.

Ein Zug, aus den ältesten Eisenbahnwagen zusammengestellt, steht dort bereit. Du suchst Dir Deinen nummerierten Sitzplatz. Erstaunt fragst Du Dich auf dem Abfahrtsbahnhof: "Hast Du Dich nicht im Zug geirrt? Das können doch keine KdF-Fahrer sein. Dies Publikum sieht ja aus, als starte hier eine internationale Reisegesellschaft wohlhabender Kreise. Du warst doch der Annahme, mit deutschen Arbeitern zu fahren. Wo sind denn die Arbeiter hier? Pelzjacken, Herren in eleganten Reiseanzügen, Koffer mit Hotelzetteln aus aller Herren Länder. Dementsprechende frühere Reiseerlebnisse tauschen auch bald diese "Arbeiter" im Gespräch aus. Da fliegen nur so hochklingende Reiseziele umher: Lugano, Gardone, Capri und Cortina, St. Moritz, Mürren. Ja, ja der deutsche Arbeiter.

Mittlerweile geht es auf Mitternacht zu. Man ist müde. Man versucht sitzend zu schlafen. Es geht nicht recht. Einige liegen in den Gepäcknetzen, andere haben sich aufblasbare Luftmatratzen mitgebracht und liegen in den Gängen auf dem Fussboden. Dort wieder hat einer eine Hängematte im Durchgang aufgespannt. Ein heilloser Wirrwarr, dicke verbrauchte und verbrauchte Luft. Man fröstelt in den vorgerückten Nachtstunden. Schlafen kann doch niemand richtig. Morgens sind alle übernachtigt, zerschlagen, schmutzig. Die hygienischen Verhältnisse in diesen KdF-Zügen sind katastrophal: kein Klosettpapier, kein Spülwasser, manchmal Waschwasser, aber Handtücher nie.

Einer sagt: "Die Regierung baut soviel, führt so manches Grosse durch. Ob es denn so teuer wäre, wenn sie für jeden Gau einen Zug bauen würde, der speziell für die KdF-Nachtfahrten eingerichtet ist? Einer meinte, dass dieser Wunsch schon seit Jahren bei den KdF-Fahrern geäußert werde. - Ein Dritter wieder sagt, man müsse Geduld haben, die Regierung habe wichtigere Fragen zu lösen.

Hamburg. Ein Schiff der "Monte-Klasse". Gab es da Gesichter, als die Kabinen zugeteilt wurden! Ich war mit 18 anderen im Vorderschiff in einem viel zu kleinen Raum, der deutlich die Rundung des Bogs zeigte, untergebracht. Eiserne Wände, eiserne Militärbetten, übereinander, keine Spinde. Die Herren "Arbeiter" mit ihren grossen Koffern und mit mehreren Anzügen meckerten. "Dies sind eigentlich Lagerräume für Frachtgut", sagte mir später ein Matrose. "Im Herbst, wenn die KdF-Fahrten beendet sind und das Schiff auf die Südamerika-Route geht, werden die Militärbetten herausgeholt und diese Räume wieder ihrer eigentlichen Bestimmung

zugeführt". Die eisernen Wände waren weissgetüncht. Ich konnte trotzdem froh sein, einen so günstigen Schlafraum erwischt zu haben. Hier war wenigstens Luft. Schlimm waren die Leute dran, die im Mittel- oder Hinterschiff in den untersten Decks mit 20 Mann in engen, luftlosen, heissen Räumen zusammengefercht waren.

Das Schiff blieb über Nacht in Hamburg. Die KdF-Fahrer, die St. Pauli bei Nacht kennenlernen wollten, kamen nun schon die zweite Nacht nicht ins Bett. Dafür, dass wir auch die dritte Nacht wegen hohen Seeganges mit entsprechenden Begleiterscheinungen nicht zum Schlafen kamen, kann man KdF allerdings nicht verantwortlich machen.

Am vierten Morgen um 1/2 6 Uhr: Unruhe. Heraus aus den Betten, die Küste taucht auf. Am fünften Morgen um 5 Uhr früh ist Wende am Ende eines Fjords, alles auf Deck; in der sechsten Nacht: Bordfest.

Infolge der Ueberbelegung der Schlafräume ist es darin nachts sehr unruhig, teilweise grosse Hitze und schlechte Luftzufuhr. Zum Schlafen ist also die ganze Woche zu wenig Zeit und Ruhe. Alle Fahrtteilnehmer der Norwegenfahrten stellen fest: sie kommen erschöpft nach Hause.

Das Essen auf den Schiffen ist primitiv, aber ausreichend. Die schönen, künstlerisch wirkungsvoll aufgemachten täglichen Speisekarten, die jeder Fahrtteilnehmer als Andenken mit nach Hause bekommt, zählen zwar eine reichhaltige, hochtrabend bezeichnete Speisenfolge auf, die geradezu Vorstellungen von Prasserei hervorruft; was in Wirklichkeit aber auf den Tisch kommt, ist in Art und Qualität die Küchenleistung einer nur mittelmässigen Pension.

Trotzdem erscheint einem das insgesamt Gebotene für diesen Preis eine grossartige Leistung und viele denken, KdF schenke ihnen etwas. Aber KdF und die Schifffahrtsgesellschaften verdienen ganz gross an diesen Fahrten. Ich sprach darüber mit dem Kapitän. "Das Schiff", sagte er, "ist für 600 Passagiere eingerichtet. Früher bekamen wir diese Zahl mit Mühe und Not und mit viel Reklame zusammen, sehr oft musste das Schiff unvollständig belegt ausfahren. Ausserdem lag das Schiff zwischen den einzelnen Fahrten ungenutzt. Viel Leerlauf. Heute fährt das Schiff mit 1.900 Gästen (und 400 Mann Personal) Woche um Woche. Es gibt keinen Leerlauf. Kommen wir in Hamburg an, steht -nach einem Tag Ruhe- schon wieder der nächste KdF-Transport bereit". (Wirklich, schon während des Ausschiffens unseres Transportes wurden in den Kabinen die Betten für den neuen Transport überzogen und auf den Decks, neben und hinter den auf die Ausschiffung Wartenden, wurde mit viel Wasser und mit ebensoviel Rücksichtslosigkeit an der Reinigung des Schiffes gearbeitet, so dass es zu energischen Protesten kam.) "Und ausserdem", sagte der Kapitän weiter, "kauft die Gesellschaft ihre Lebensmittel im Hamburger Freihafen zu den spottbilligen Weltmarktpreisen ein. Ich wünschte", fügte er weiter hinzu, "ich hätte den Jahresgewinn eines einzigen Schiffes, den unsere Gesellschaft an diesen KdF-Fahrten herausholt. Anfangs sträubten sich die Schifffahrtsgesellschaften gegen diese KdF-Fahrten, aber mittlerweile haben sie eingesehen, dass mächtig daran zu verdienen ist. Die Schiffe rentieren sich besser als früher und auch für die KdF fällt ein ausserordentlicher Gewinn ab. Geschenk wird den KdF-Leuten nichts. Es muss alles reel bezahlt werden."

Trotzdem hielt einer der Fahrtleiter am vorletzten Tage, noch auf See, durch Lautsprecher eine Rede, in der wir zum Schluss aufgefordert wurden, einzustimmen in den Dank an den Führer, der

uns all dies geschenkt habe.

Ich sprach hinterher mit einer Reihe von Fahrtteilnehmern. Beindruckt von dem grossartigen Reiseerleben waren alle. Einige wollten aber ein zweites Mal unter diesen primitiven Verhältnissen nicht mehr mitmachen. Sie fühlten sich zu sehr beengt unter 1.900 bzw. 2.300 Menschen auf einem für sovielen Menschen nicht eingerichteten Schiff. Sie bemängelten, dass sie nicht ein einziges Mal an Land konnten. Sie bemängelten weiter die grosse Hetze dieser Reise, die Erschöpfung, die sie zur Folge hatte. Andere wieder, des Lobes voll, waren tatsächlich in dem Wahn befangen, der Führer habe ihnen ein Geschenk gemacht. Bei diesem lächerlichen Preis müsse man Mängel in Kauf nehmen.

Die gesellschaftliche Zusammensetzung des Publikums habe ich bereits geschildert. Arbeiter und kleine Angestellte waren kaum zu entdecken. Es sollen aber einige Leute mit Betriebsfreifahrten dabei gewesen sein. Sie müssen sich wie verirrt in dieser Umgebung vorgekommen sein. Viele NS-Hago-Geschäftsleute. Das drückte sich auch im Auftreten aus. Elegant angezogene Frauen, teure Pelzjacken. Fast kein Bauch, den nicht ein teurer Photoapparat zierte. Dass die kostspielige Leica sehr oft vertreten war, spricht eine Sprache für sich. Wenige, die nicht einen hochwertigen Fernstecher bei sich hatten. Hohe Beträge wurden für Photomaterial ausgegeben. Desgleichen war der starke Konsum von Getränken der teureren Sorten, besonders von Likören aufgefallen.

Das wenigste, was bei einer derartigen 7-tägigen Norwegenfahrt der "deutsche Arbeiter" mit allen Nebenausgaben ausgibt, sind 100 RMk, meist aber mehr, durchschnittlich kommt also der Tag auf 15,- RMk. Es kann sich jeder selbst ausrechnen, welches Publikum bei diesen Norwegenfahrten im allgemeinen vertreten ist. In Hitlerdeutschland, wo für Familienväter Wochenlöhne von 30,- RMk an der Tagesordnung sind, ist für ein Arbeiterhepaar kein Platz auf einem KdF-Schiff. Diese Fahrten sind fast ausnahmslos der bevorzugten bürgerlichen Klasse vorbehalten. Trotzdem reden Ley und die Regierungsmitglieder immer und immer wieder davon, dass der deutsche Arbeiter die Meere der Welt befährt.

Wie weit die Wirkung immer wieder eingetrommelter Schlagworte geht, habe ich in der Diskussion mit Arbeitern festgestellt, die mir u.a. entgegneten, Hitler habe doch die grossartige Einrichtung der KdF-Fahrten geschaffen. Ich stellte dann fest, dass sie bisher noch nie in der Lage gewesen waren, in all den Jahren an einer einzigen KdF-Fahrt teilzunehmen. Sie meinten, aber sie läsen doch immer und immer wieder, dass sovielen Arbeiter an den KdF-Fahrten teilnahmen.

Viele wohl-situierte Leute sind über KdF sehr verschnupft. Reisen war eine ihnen reservierte Domäne. Es kann für sie nicht mehr das grosse Erlebnis sein, wenn es zum Massenerlebnis heruntergewürdigt wird. Sie meiden Orte mit KdF-Besuchen. Sie kolportieren Schauer-geschichten von dem ungezogenen Benehmen der KdF-Leute, die wie Heuschrecken über einen Ort herfielen, ihm einen gewöhnlichen Stempel aufdrückten, die sich sinnlos besoffen und die nachts einen greulichen Lärm machten, kurz, KdF-Leute seien keine feinen Leute. Diese Schauer-märchen sind in Deutschland soweit verbreitet, dass KdF in seinen Zeitschriften selbst Front machen muss. Gibt es ein beredteres Zeugnis vom Geist der wahren Volksgemeinschaft?

Norddeutschland: Nur Wenige können die KdF-Fahrten selbst bezahlen, obgleich sie nicht so sehr teuer sind. Ich konnte aber beobachten, dass die Fahrten von viel selbständigen Gewerbetreibenden, wie Handwerksmeistern, Bäckern, Schlächtern usw. in Anspruch genommen werden. Die meisten Arbeiter, die sich beteiligen, sind in grösseren Betrieben beschäftigt und bekommen so eine Fahrt als Gratifikation für langjährige Mitarbeit oder auch für gute Leistungen. Möchte aber nun jemand seine Frau mitnehmen, so muss er selbst dafür bezahlen. Unter diesen Umständen verzichtet schon von vornherein eine beträchtliche Anzahl auf die Fahrt. Es gibt aber auch genug verheiratete Männer und Frauen, die allein fahren und oft sind nach beendeter Fahrt Ehezwistigkeiten und selbst Scheidungen die Folge. Was so eine Erholungsfahrt noch nebenbei kosten kann, ist erstaunlich. Ich habe schon von vielen Arbeitern aus verschiedenen Betrieben gehört, dass sie in Zukunft keine Fahrt wieder mitmachen. "Man verdient ja nicht genug". Wenn auch diese Fahrten eigentlich zur Erholung für uns Arbeiter gedacht sind, kommen sie für andere viel mehr in Betracht. Ley sagt allerdings: "Wer sich nicht erholt ist selber schuld." Der hat klug reden und weiss überhaupt nicht, wie dem deutschen Arbeiter zumute ist.

1936 bekam in unserem Betrieb jeder Arbeiter und jede Arbeiterin 10 RM extra für den Urlaub. Wer eine KdF-Fahrt mitmachen wollte, sollte das melden. Es meldeten sich aber nur ein Prozent von 800 Arbeitern. Die Folge war, dass im Jahre 1937, offenbar auf Verlangen der Arbeitsfront, die 10 RM Urlaubsgeld wegfielen. Dafür wurden 200 KdF-Fahrten, nach dem Schema "langjährige Dienstzeit (Jubiläum) besonders gute Leistungen und besonders gutes Betragen" verteilt. Genau so im nächsten Jahre. Nebenbei sei noch bemerkt, dass sich die Angestellten in unserem Betrieb durchwegs nicht beteiligten, wenn sie sich davon drücken konnten. Denn am Klassenunterschied hat sich hier nichts geändert. Man tut nur immer so.

Auch auf der Norwegenfahrt haben wir diese Unterschiede stark bemerkt. Wer glaubt, etwas vorzustellen, wohnt in Einzelkabinen, während in den notdürftig umgebauten Lagerräumen des Dampfers die Arbeiter und kleinen Angestellten zu 24 bis 30 Personen in einem kleinen Raum untergebracht sind. Es war in diesen Räumen so eng, dass beim Auskleiden der eine auf den anderen warten musste. Die Einschiffung erfolgte schon einen Tag vorher, damit wir Auswärtigen uns noch an den Veranstaltungen in Hamburg beteiligen konnten. Stadtbesichtigung, Hafen- und Alsterrundfahrten. Endlich am anderen Tage um 1 Uhr mittags ging die Fahrt los. Nun konnte man erst sehen, wieviel Menschen an Bord waren, etwa 1.800 Mann. Zum Abschied hatten sich nur wenige eingefunden, hauptsächlich Angehörige der Besatzung des Schiffes. An den Sankt Pauli-Landungsbrücken herrschte gerade so grosser Verkehr, denn die Hafen- und Werftarbeiter hatten Feiersabend. Es fiel auf, dass die allermeisten ihren Weg gingen und so taten, als ob wir gar nicht da wären. Ich freute mich darüber sehr. Nur vereinzelt winkte man uns von den Uebersetzdampfern zu. Und weiter ging die Fahrt. Bei Helgoland war es schon Abend geworden, also es war schon dunkel, ebenso auf der Rückfahrt. Man sah deshalb verdutzte Gesichter. Man fragte dann auch, warum wir Helgoland nicht am Tage passierten. Ja, warum nicht, was geht denn da vor? Bald waren darüber alle im Bild. Eine KdF-Fahrt kann auch ungewünschte Aufklärung vermitteln.

An Bord selbst war jeden Abend Tanz und Flirt, der damit endete,

dass man während der Nacht immer aus den Rettungsbooten einige Pärchen herausholen musste trotz wiederholten Verbots. In den Tanzsälen und Bars konnte man die Klassenunterschiede sehen, ebenso bei den Mahlzeiten. Der Arbeiter griff begierig nach Butter und Aufschnitt, ein Zeichen, dass er so etwas zuhause nicht hat und verwundert staunten die anderen wieder, wie man so viel essen kann.

Nach 24 Stunden auf See trafen wir in den Fjorden ein. Vorher gab man durch Lautsprecher bekannt, dass das Zurufen und Zupfeifen unstatthaft sei und in Norwegen als Beleidigung aufgefasst wird. Als wir dann .. erreichten, wurden wir von kräftigen Pfeiftönen empfangen. Also war man nicht sehr entzückt von unserer Ankunft. Auch unterwegs in den Fjorden zogen sich die Bewohner kühl zurück oder man beachtete uns garnicht. Das fiel natürlich jedem Passagier sofort auf und einige meinten, dass die Norweger wohl nichts von uns wissen wollen, weil sie keine Devisen von uns erhalten. Andere sagten kurz: "Wie peinlich" oder "Wie kühl". Da lecht einem das Herz! In grösseren Ortschaften winkten uns höchstens einmal die Kinder zu. Am Kurort ... fuhr unser Schiff ganz langsam, denn von einer Villa, wo die Hakenkreuzflagge wehte, sprach durch einen Schalltrichter ein deutscher Professor, der Name ist mir leider entfallen, zu uns. Es hat ihn aber an Bord bestimmt niemand verstanden. Auf der Rückfahrt wurden wir bei Hangesund noch ein paar Mal aus kleinen Booten mit erhobener Faust und "Freiheit" begrüsst. Das war wieder eine schöne Freude. Einige Pgs. an Bord fanden es natürlich empörend. Helgoland wurde wieder im Dunkeln passiert.

3) Der Volkswagen

a) Der politische Zweck

Im Jahr 1938 ist der KdF eine neue Aufgabe übertragen worden: der Vertrieb des "Volkswagens". Dieser Volkswagen soll künftig mit einer jährlichen Produktionsziffer von einer Million in einer eigens zu errichtenden Fabrik -dem "Volkswagenwerk" in Fallersleben- hergestellt und für 990 Mark verkauft werden.

Der politische Zweck, den das Regime bei der Schaffung des Volkswagens im Auge hatte, ist unschwer zu erkennen. Es handelt sich in erster Linie um eine militärische Massnahme, die der Förderung der Motorisierung Deutschlands und der Bereitstellung möglichst vieler leistungsfähiger Wagen im Kriegsfall dient.

Wirtschaftlich gesehen -darauf gehen auch einige der folgenden Berichte ein- handelt es sich um eine sehr geschickt aufgezoogene Verbrauchslenkung: Der Mann, der auf diese Weise veranlasst wird, monatlich 20 RM für einen kriegswichtigen Artikel zu sparen, kann diese 20 RMK nicht in anderer, der Nazi-Oekonomie weniger erwünschten Weise ausgeben.

Durch eine besondere Bestimmung ist übrigens dafür gesorgt, dass die sogenannten unzuverlässigen und unerwünschten Elemente nicht in den Besitz eines Volkswagens kommen können. In den Vorschriften für den Verkauf heisst es nämlich:

"Eine Ablehnung des Antrags kann ohne Angabe von Gründen durch die zuständigen Dienststellen der DAF erfolgen."

Auch in dem nachstehenden Bericht wird auf den militärischen Zweck der Volkswagen-Aktion hingewiesen:

Rheinland: Einer der Nebenzwecke, den man mit der Volkswagenaktion zweifellos verfolgt, ist die Ausbildung von möglichst vielen Chauffeuren. Es ist schon heute beim Militär so, dass man jungen Leuten, die sich zu den Tankabteilungen melden, sagt, sie hätten nur Aussicht, wenn sie vorher die Fahrprüfung machten. Andererseits gilt der beim Militär erworbene Führerschein nicht für das Privatleben. Man muss übrigens jetzt auch für die kleinen Motorräder, die bis jetzt führerscheinfrei waren, einen Führerschein erwerben. Das ist einmal eine reine Geldfrage, da eine besondere Prüfung nicht abgehalten wird. (Man muss für den Führerschein 3,50 RMK zahlen.) Andererseits erhalten die Behörden auf diese Weise die Möglichkeit, sich eine vollständige Kartei aller Motorradfahrer anzulegen.

Neben den militärischen Gesichtspunkten spielen auch andere Erwägungen eine Rolle. Nicht umsonst wird von den führenden Männern immer aufs neue betont, dass die "Leistungen der Gemeinschaft für die Gemeinschaft" vor allem die Vergünstigungen, die KdF gewährt, aber auch die Erstellung von Sportplätzen und Bädern, sowie die Gewährung von Kinderbeihilfen usw. dem Arbeitslohn zuzurechnen seien. Auch der KdF-Wagen soll den Besitzern das Gefühl geben, trotz des unverhältnismässig niedrigen Reallohns auf der sozialen Stufenleiter emporzusteigen. Inwieweit das tatsächlich erreicht werden wird, bleibt abzuwarten. Aus den bisher vorliegenden Berichten -vgl. den Abschnitt: "Das Urteil der Bevölkerung" (Seite A 79 ff.)- ist zu erkennen, dass die Propagandawirkung einstweilen sehr unterschiedlich beurteilt wird.

Im übrigen hofft man durch die Volkswagen-Aktion eine weitere "Durchorganisierung", Registrierung und Normierung der Bevölkerung zu erreichen. Es ist bereits vorgesehen, in jeder Ortsgruppe einen "ehrenamtlichen Betreuer aller KdF-Wagen-Besitzer" zu bestellen, der u.a. auch Wochenendfahrten organisieren und verbilligte Quartiere

beschaffen soll. Also ein neuer Schritt zur vollkommener Ueberwachung der Bevölkerung auch in der Freizeit.

b) Die Finanzierung

Die Volkswagen-Aktion war seit langem vorbereitet. Schon im Frühjahr 1937 ist die "Gesellschaft zur Förderung des deutschen Volkswagens" begründet und mit einem Kapital von 50 Millionen Mark zur Finanzierung allein der "Sofortmassnahmen" ausgestattet worden. Das Verkaufssystem der Volkswagenfabrik fusst auf der Entgegennahme kleiner Ratenzahlungen in Höhe von 5 RM wöchentlich. Die Lieferung soll nach Abzahlung von mindestens 750 Mark -also für die Zehler der 5 RM-Raten frühestens in drei Jahren- erfolgen. In Wahrheit wird zu diesem Zeitpunkt, Ende Juli 1941, erst die "Bestellnummer" ausgegeben, und es hängt dann von der Zahl der Bestellungen und von der Erzeugung des Werkes ab, wie lange der Sparer noch auf seinen Wagen warten muss.

Anfänglich wurde bekanntgegeben, grössere Ratenzahlungen seien erlaubt, gewährten aber keinen früheren Lieferanspruch. Ein Kauf des Wagens gegen sofortige Barzahlung, also ohne Eintritt in das Sparsystem, sei ausgeschlossen. Bereits Anfang November 1938 ist jedoch der Begriff des "Schnellsparers" in den Sprachschatz der Volkswagen-Literatur eingeführt worden, und am 11. November teilte die DAF der Presse mit:

"..Natürlich könne ein Normalsparer die Zuteilung seiner Bestellnummer beschleunigen, sei es, dass er zusätzlich Sparmarken erwerbe oder Sparmarken zum Geschenk erhalte. Er erreiche dann die Zuteilung seiner Bestellnummer um so viele Wochen früher, als er zusätzlich Marken geklebt habe."

Der gesamte Betrag kann aber auch auf einmal mit Marken geklebt werden. In diesem Fall erwirbt der "Sparer" das Anrecht auf die nächste Bestellnummer, d.h. er rangiert vor den "Normalsparern", die zu diesem Zeitpunkt zwar schon jahrelang gespart, aber die dritte Karte noch nicht vollgeklebt haben.

Da der KdF-Wagen seit einigen Wochen auch als Dienstwagen bei den Behörden zugelassen ist und eine vordringliche Belieferung der Aemter geplant wird, verschlechtern sich die Aussichten der kleinen Sparer immer mehr.

Um eine hohe Zahl von Bestellungen zu erzielen, die natürlich Voraussetzung für ein wirtschaftliches Arbeiten des Betriebes ist.

wird auf die Angestellten- und Arbeiterschaft ein starker Druck ausgeübt.

Berlin: Der Rundfunk verkündet in aller Welt, dass so und soviel Bestellungen auf den Volkswagen eingehen. Das stimmt! Aber wie kommt es zustande? In allen öffentlichen und halböffentlichen Betrieben gingen Listen herum, in die sich die Angestellten und Arbeiter als Käufer eines Volkswagens einzeichnen mussten. Es wurde ein regelrechter Druck ausgeübt. Auch in unserem Betrieb wurde ein solcher Zeichnungsbogen vom Betriebsführer herumgereicht. Selbstverständlich beginnt mit dem Eintragen auch gleich die Zahlungspflicht, d.h. monatlich 20,- RM. Ein Angestellter machte darauf aufmerksam, dies sei doch ein sonderbarer kaufmännischer Brauch. Man müsse etwas kaufen und bezahlen, was man nicht gesehen habe und was noch nicht hergestellt werden könne. Ihm wurde gesagt, dass die amtliche Stelle Wert darauf lege, schon jetzt viele Bestellungen zu registrieren, damit man im Ausland damit Eindruck mache. Es sei auch angedeutet worden, dass für die Betriebe, die viele Bestellungen erzielen, staatliche Aufträge in Aussicht ständen. Dadurch liessen sich leider viele Angestellte verleiten, tatsächlich Bestellungen auf diesen "Volkswagen" aufzugeben, der frühestens in 5 - 6 Jahren geliefert werden kann, wenn er überhaupt geliefert wird. Die Leute in Berlin sagen, dies sei eines der grössten Schwindelmanöver, das die Nazis ausgeheckt haben. Die Nazis bekommen Millionenbeträge herein für etwas, das sie wahrscheinlich nie leisten werden. Denn alle Menschen sind der Meinung, dass inzwischen der Krieg kommt. Der Berliner Witz nennt die neuen Volkswagen schon die "Bomberwagen", d.h., sie werden nie geliefert, das Geld wird für Bomben gebraucht.

Die Auftragsammlung ist in allen öffentlichen Betrieben, in allen staatlichen und kommunalen Betrieben, ja sogar in den grossen Versicherungsanstalten wie "Viktoria" und "Allianz" mit der grössten Intensität und unter grösstem Druck durchgeführt worden. Die meisten Angestellten haben gezeichnet und zahlen. Sie haben Angst, sonst ihre Stellung zu verlieren. Alle betrachten diese erzwungenen Bestellungen als neue Steuer, die man monatlich in Höhe von 20,- RMk entrichten muss. Mit der Lieferung des Wagens rechnet kein Mensch. Selbstverständlich haben alle kleineren Bonzen und Bözchen bestellt, um ihre Zuverlässigkeit zu beweisen. Im stillen schimpfen sie aber genau so wie die anderen.

Schlesien: Vom 5. August 1938 ab haben die Bestellungen für die Volkswagen eingesetzt. Der Führer wünscht, so sagen die Gaudienststeller von KdF, dass Oberschlesien mit 50.000 Volkswagen am grossen Wettbewerb für den Volkswagen beteiligt sein muss. Die Privatfirmen werden angehalten, ihren Angestellten den Kauf nahezu legen, auch grössere Abzugsvorschüsse zu gewähren, damit die Bestellung von Volkswagen den wünschenswerten Umfang annehme. Kein Privatangestellter dürfe dabei fehlen. Die grösseren Industrie werke sollen darauf achten, dass jeder Angestellte sich einen Volkswagen bestellt, damit nicht erst 1940, sondern schon im Laufe des Jahres 1939 die ersten Volkswagen in Oberschlesien sichtbar werden. 5 Mark wöchentlich sei ein Betrag, den sich jeder Angestellte ersparen müsse.

Tatsächlich sind viele Bestellungen bei den Privatfirmen und besonders bei den Gruben erfolgt. Ob erpresst oder freiwillig sei

dahingestellt. In einigen Werken sind besondere Büros eingerichtet worden, die die erforderlichen Unterlagen zur Bestellung eines Volkswagens beschaffen. Die Aktion hat schon jetzt in Oberschlesien einen grösseren Umfang angenommen, und einige rührige Nazis sagen denen, die noch Erkundigungen einziehen, man müsse sich mit der Bestellung beeilen, denn viele tausend Wagen seien schon bestellt. Wer später komme, müsse dann Jahre mit der Belieferung warten, wenn er auch schon den Betrag bezahlt habe.

Einer unserer Berichterstatter äussert sich über das Risiko der Ratenzahler:

Sachsen: Wie die Dinge beim Volkswagen aussehen, beweist eine Bekanntmachung der DAF, in der mitgeteilt wurde, niemand solle glauben, die Lieferung des Wagens werde schon nach ein paar Raten erfolgen können. Jeder müsse unbedingt mindestens einen Betrag von 750 RM eingezahlt haben. Die Sparkarte muss der Antragsteller ebenfalls bezahlen, sie kostet 1,- RMk. Die Karte ist nur für den Antragsteller gültig, sie ist nicht übertragbar. Es besteht also die Gefahr, dass die Angehörigen bei unvorhergesehenen Zwischenfällen, wie frühzeitiger Tod oder Unfall, den Betrag niemals zurück-erhalten können. Da die Fabrik erst jetzt im Bau und die Lieferung der ersten 100.000 Wagen für 1940 vorgesehen ist, erreicht man, dass dem Staate viele hundert Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, mit denen er arbeiten kann.

In den Bestimmungen, die von der DAF herausgegeben wurden, ist vorgesehen, dass der Sparer von seiner Bestellung nicht mehr zurück-treten kann. Die Wahrscheinlichkeit, auf die auch in dem obigen Bericht hingewiesen wird, dass nämlich bei plötzlichem Tod des Antrag-stellers -oder auch nur bei eintretender Zahlungsunfähigkeit- der Betrag ohne jede Gegenleistung der D.A.F. verfällt, besteht in der Tat. Die betreffende Bestimmung lautet:

"..In solchen Fällen, die aber zur Sicherung des Finanzierungs-planes des KdF-Wagens möglichst vereinzelt bleiben sollen, kann das Gauamt der Arbeitsfront den Kaufvertrag annullieren, es sollen jedoch 20 Prozent des gesparten Betrages danneinbehalten werden. Nur in sozial ganz schwerwiegenden Einzelfällen kann das Gauamt auch von dieser Bestimmung absehen und dem Betroffenen den vollen Betrag zurückzahlen. Die Entscheidung darüber liegt allein bei dem Gauamt der DAF, das die sozialen Verhältnisse des Sparers zu prüfen hat."

Am 17. Februar 1939 ist die Zahl der bisherigen Besteller in der deutschen Presse mit 170.000 angegeben worden. Wenn die Zahl stimmt und jeder Volkswagen-Sparer wöchentlich nur eine Rate von 5 RMk zahlt, so kann das Werk in Fallersleben bereits jetzt mit einem wö-chentlichen Beitrag von 850.000 RM rechnen. Es ist aber anzunehmen, dass von vielen Bessergestellten höhere Raten gezahlt werden.

c) Der Wagen
- - - - -

Der KdF-Wagen, von dem bereits einige Probewagen gebaut wurden, wird von Fachleuten als ausserordentlich leistungsfähig bezeichnet. Als Normalform ist die Limousine vorgesehen. Für offene Wagen oder Cabrio-Limousinen müssen Sonderraten bezahlt werden. Zunächst will man jedoch vom Bau solcher die Norm durchbrechender Sonderausführungen überhaupt absehen. In den Veröffentlichungen wird hervorgehoben, dass die Leistung des KdF-Wagens beachtlich sein werde: 24 PS bei 6 - 7 Liter Benzinverbrauch pro 100 km und eine "Autobahnfestigkeit" von 100 Stundenkilometer. Obgleich der Benzinverbrauch mit 6 - 7 Litern gering ist, dürfte er bei den heutigen deutschen Benzinpreisen für die minderbemittelten Bezieher - an die doch in erster Linie gedacht ist - eine fühlbare Belastung darstellen. In der Presse wurde bereits angedeutet, dass "im Punkte der Benzinpreise für den KdF-Wagen noch etwas Besonderes bevorsteht" (Leipziger Neueste Nachrichten vom 29. Mai 1938).

Der Wagen wiegt fahrfertig 650 kg und kann vier bis fünf Personen aufnehmen, also eine Last von 300 - 350 kg. In den Veröffentlichungen wird betont, dass auf "Verschleissfestigkeit und Dauerdurchstehfähigkeit" des Motors besonderer Wert gelegt wurde.

Bayern: Die schon heute in Deutschland laufenden Probewagen des kommenden Volksautos werden von Fachleuten ausserordentlich gelobt. Sie sollen nicht nur sehr stabil sein und ein gutes Aussehen haben, sondern auch im Verschleiss von Betriebsstoffen sehr sparsam sein. Man sagt, dass kein Privatbetrieb diesen Wagen unter 3.000 RMk herstellen und verkaufen könne.

Die private Auto-Industrie fürchtet natürlich, dass ihr durch den KdF-Wagen fühlbare Konkurrenz erwachsen wird. Bereits bei der Grundsteinlegung in Fallersleben hat sich Adolf Hitler genötigt gefühlt, in dieser Hinsicht beruhigende Versicherungen abzugeben. Es handle sich allein darum, dem Auto eine völlig neue Käuferschicht zu erschliessen. Inzwischen ist allerdings bei der Typenbereinigung für die deutsche Kraftwagenproduktion auf die Sicherung der Marktstellung des Volkswagens Rücksicht genommen worden. Erst die Praxis kann lehren, welche Wirkung das Volkswagen-System für die Autoindustrie haben wird. Der folgende Bericht lässt bereits gewisse Gefahren für die übrige Kraftfahrzeug-Industrie erkennen.

Bayern: Hier ist bekanntgeworden, dass zum Kauf des Volkswagens nur derjenige berechtigt sei, der nicht mehr als 500 RM monatlich verdient. Jetzt hat die Kommission für Wirtschaftspolitik in der NSDAP in ihrer Zeitschrift "Die wirtschaftliche Perle" gegen diese Auffassung Stellung genommen. Es sei auf keinen Fall beabsichtigt, den Käuferkreis nach dem Einkommen abzugrenzen. Den "Volkswagen nur für die kleinen Leute zu reservieren", hiesse "die marxistische Klassenideologie in irgend einer Ecke der Volksgemeinschaft aufrechtzuerhalten".

Es ist klar, dass durch den Verkauf des Volkswagens Absatzlage der übrigen Motorrad- und Autoindustrie beeinflusst werden wird. Zur Zeit wird z.B. der DKW-Wagen für rund 1.800 RMk verkauft. Fachkreise halten es demgegenüber durchaus für möglich, dass der Volkswagen für 990,- RMk verkauft werden kann, ohne dass das Reich Zuzahlungen leisten müsste.

Ueber die Haltungskosten des Volkswagens äussert das Institut für Konjunkturforschung, dass sie erheblich über den Kosten mittelschwerer Krafträder liegen werden. Und die Unkosten für mittelschwere Krafträder betragen monatlich etwa 40 RMk. Es ist angekündigt worden, dass Vorkehrungen zur Verbilligung der Unterhaltskosten getroffen werden, insbesondere für Garagen. Die Zukunft wird lehren, welche Erfolge damit erzielt werden.

d) Das Urteil der Bevölkerung

Die folgenden Berichte geben ein ungefähres Bild davon, wie die Volkswagen-Aktion in ihrem jetzigen Stadium von der Arbeiterschaft beurteilt wird.

Südwestdeutschland: Die "Volkswagen"-Aktion wird vorläufig von den Arbeitern noch nicht ernst genommen. Alle sagen sich, wenn ein Arbeiter schon wirklich das Geld zusammensparen kann, um sich so einen Wagen zu kaufen, so hat er dann doch nicht genug, um ihn fahren und unterhalten zu können. Deshalb werden von den meisten Leuten Witze über diese neue Aktion von "Kraft durch Freude" gemacht. Man sagt allgemein: "Wenn der Volkswagen nicht weiter fährt, als man mit dem Volksempfänger hört.."

Bayern: Derjenige, der zu sparen begonnen hat, kann später nicht mehr zurück und muss auf alle Fälle einen derartigen Wagen kaufen. Bei der ersten Serie soll die Lieferungsquote für Franken 12.000 Stück betragen. Man ist der Meinung, dass durch diese Erstellung von Volkswagen eine künstliche Verbrauchslenkung geschaffen werden soll.

Sachsen: Die Einstellung der Bevölkerung zum KdF-Auto ist verschieden. Von den Arbeitern wird der Volkswagen häufig abgelehnt. Sie sagen sich, dass die Auslagen, die durch den Betrieb eines Autos entstehen, gemessen am Einkommen eines deutschen Arbeiters, viel zu hoch sind. Mit Begeisterung wird von Beamten und Angestellten der KdF-Wagen aufgenommen.

Die Arbeiter sagen offen, dass es für die Bonzen aller Art eine grosse Sache werden wird. Soweit sie keinen Dienstwagen besitzen, werden sie sich wohl so eine billige Kutsche zulegen und die Spesen dafür bei ihren dienstlichen Obliegenheiten verrechnen. Die Ausgaber zahlt ja dann doch das Volk. Aber von den Arbeitern werden nicht viele im KdF-Wagen fahren können.

Mitteldeutschland: Die meisten Arbeiter lachen über die Volkswagen-Aktion. "Es reicht kaum für das tägliche Brot, geschweige denn für ein Auto". Manche sind auch empört über den ganzen Reklamebetrieb. Wieder andere finden, dass "die Sache an und für sich nicht schlecht ist". Für tausend Mark ein Auto, das sei schon recht verlockend. Aber dann -so wird hinzugefügt- kommen die Unterhaltungskosten. Wer kann denn in der Stadt billige Garagen stellen? Und wenn man das Auto in der sogenannten "Laternen-Garage" das heisst auf offener Strasse, abstellt, dann wird es bald verrottet und das jahrelang gesparte Geld hinausgeworfen sein. Leute, die genaue Berechnungen aufgestellt haben, sind auf monatliche Unkosten von 50 Rmk gekommen. Man will ja mit seinem Auto auch fahren, sonst hat die ganze Anschaffung keinen Zweck. Wenigstens nicht für den Besitzer - eher schon für das Reichsheer. Aber gerade dieser Gedanke an den Kriegswert der Volkswagen veranlasst manche, auf eine Bestellung überhaupt zu verzichten.

Schlesien: Bekanntlich hat es sich die Arbeitsfront von Oberschlesien zum Ziel gesetzt, dass hier 50.000 Volkswagen abgesetzt werden müssen. Nun sind in der Zeit wirklich viele Bestellungen aufgegeben worden, weil ja den Werksleitungen der Industriegrossbetriebe einfach bekanntgegeben worden ist, wieviel Wagen bestellt werden müssen. Später kam es heraus, dass im Hindenburger Magistrat, wo ja lauter waschechte Nazis beschäftigt werden, nur zwei Volkswagen bestellt worden sind. Alle anderen Angestellten geben an, dass ihre niedrigen Gehälter keine weitere Abgaben mehr ermöglichen. Nachdem den Industriebeamten die erste Rate für den Volkswagen abgezogen worden ist, erfolgen viele Abbestellungen unter Verzicht auf die eingezahlte erste Rate. Als Begründung wird meistens angeführt, die Zeiten seien unruhig, man sei militärpflichtig und wolle deshalb abwarten.

Norddeutschland: Wie die Arbeiter den Volkswagen einschätzen, lässt folgender Witz erkennen: Fietje arbeitet in einer Fabrik, in der der deutsche Volkswagen hergestellt wird. Er trifft Hein, der ihm empfiehlt, doch jeden Tag ein Stück davon in der Tasche mit nach Hause zu nehmen. Fietje antwortet: "Das habe ich schon eine ganze Zeit getan". Darauf Hein: "Und trotzdem hast Du noch immer kein Auto?" Fietje: "Nein, ich habe das alles schon dreibis fünfmal zusammengebaut, aber es geht einfach nicht." Hein: "Wanu, das ist ja merkwürdig!" Fietje: "Ja, weisst Du, da kommt jedesmal eine Kanone beim Zusammensetzen heraus!"

Soviel Skepsis in diesen Berichten auch zum Ausdruck kommen mag, so darf man doch nicht glauben, dass die Volkswagenaktion ein propagandistischer Missgriff wäre. Hitler hat nicht nur politisch, sondern auch propagandistisch gewusst, was er tat, als er die Aktion

einleitete. Wie stark die Propaganda-Wirkung ist, lässt der nachtende Bericht -offensichtlich wider Willen- erkennen. Wenn das schon am grünen Holz der Opposition geschieht,...

Rheinland-Westfalen: Für das Ausland muss es schwer sein, sich das Ausmass des Interesses und der Zustimmung des deutschen Volkes zu der im Frühjahr des vergangenen Jahres überraschend angekündigten Produktion des KdF-Wagens vorzustellen. Der Besitz eines Autos -für die überwiegende Mehrzahl der Zeitgenossen noch ein hoffnungsloser Wunschtraum- war damit über Nacht für viele zu einer Hoffnung geworden, der baldige Erfüllung winkte.

Für eine grosse Zahl von Deutschen bedeutete die Ankündigung des Volksautos eine grosse freudige Ueberraschung. Es entstand eine wahre KdF-Wagen-Psychose. Lange Zeit war in Deutschland innerhalb aller Schichten der Bevölkerung der KdF-Wagen ein Hauptgesprächsthema.

Alle anderen bedrückenden Probleme -die innen- und aussenpolitischen- wurden eine Zeitlang in den Hintergrund gedrängt. Der graue deutsche Alltag versank unter dieser Zukunftsmusik. Wo in Deutschland auf ihren Fahrten die Probewagen der neuen KdF-Konstruktion auftauchten, wurden sie von der Menge umlagert. Der Politiker, der jedem Menschen sein Auto verspricht, ist, wenn die Masse seiner Versprechungen Glauben schenkt, der Mann der Masse. Was den KdF-Wagen anbetrifft, so glaubt das deutsche Volk die Ankündigungen Hitlers.

Jedermann in Deutschland weiss: Hitler hat seine Steckenpferde und Lieblingsideen. Und die setzt er durch, wenn dabei auch weit wichtigere Notwendigkeiten vor die Hunde gehen.

Jedes Kind in Deutschland weiss z.B.: Hitler hat vor allem den Auto- und den Autobahnfimmel. Wenn Hitler sich in den Kopf setzt, der deutsche Arbeiter soll sein Auto haben, dann wird Hitler diese Idee auch mit der bei ihm gewohnten fanatischen Besessenheit in die Tat umsetzen und der deutsche Arbeiter wird sein Auto haben. Wenn auch im Übrigen die primitivsten sozialen Forderungen für die Arbeiterschaft nicht erfüllt werden können.

Frühere Sozialisten, mit denen ich über das KdF-Wagen-Problem sprach, vertraten die Meinung: Grosse Ansätze zum Staatskapitalismus hat das Dritte Reich -der Not gehorchend, nicht der höheren Einsicht- ohne Zweifel bisher schon gemacht. Hier aber ist der erste sozialistische Anfang Adolf Hitlers. Auf diesem, bisher einzigen Gebiet macht er mit grosszügigen Mitteln den Versuch, auf planwirtschaftlicher Grundlage den Konsum der Masse in einem allerdings bedeutenden und fortschrittlichen Punkte in befriedigender Weise zu sättigen. Wird er in dieser Weise weiter fortfahren und Stück für Stück die Staatswirtschaft in die privatkapitalistische einbauen?

Die Verwirklichung der Parole: "Jedem sein eigenes Auto", wird wahrscheinlich grosse Auswirkungen im Leben des einzelnen, wie auch im Gesamtleben eines Volkes im Gefolge haben. Die Probleme des Weges zur Arbeitsstätte und damit der billigeren Vorstadt- und Landsiedlungen sind der Lösung nähergebracht, gleichfalls das Problem der Feierabend- und Wochenendgestaltung. Der Schrei der Grosstadtbevölkerung aus der Zementwüste nach der Natur wird verstummen. Manche Sehnsucht wird befriedigt werden. Mancher Mensch wird zufriedener werden. Die gesellschaftliche Kluft wird schmaler werden. - So die Meinung innerpolitischer Gegner des Regimes.

Es gab nicht wenige, die zu rechnen begannen. Jeder, der nur einigermassen konnte, entschloss sich zur Anmeldung der Bestellung. Sogar Leute mit nur 200 RMk Monatseinkommen glaubten es wagen zu können, den Wagen zu bestellen. In den kaufmännischen Abteilungen der Betriebe gingen sofort Sammelbestelllisten um die ganze kaufmännische Belegschaften bestellten geschlossenen den Wagen.

Bei diesem Ausmass des Kaufinteresses gleich zu Anbeginn, bekamen es viele Interessenten mit der Angst zu tun, die Produktion der ersten Zeit werde bald ausverkauft sein und wer sich nicht schnell auf den Weg mache, werde jahrelang warten müssen. So setzte dann bereits wenige Tage nach der Ankündigung des Wagens ein grosser Ansturm auf die KdF-Verkaufsstellen ein, die ihrerseits noch nicht die geringste Anweisung für die Verkaufsorganisation hatten und auch nicht haben konnten. Einige Zeit später erschienen dann die Bestellvordrucke. In der Eile war vergessen worden, folgende bedeutungsvolle Frage darauf zu drucken: "Sind Sie Mitglied der NSV?" Dieses Versäumnis der Arbeitsfront musste dann der einzelne Besteller selbst handschriftlich nachholen.

Mit gutmütigem Humor wurde innerhalb der Bevölkerung die beispiellose Gerissenheit der Staatsführung des Dritten Reiches glossiert: "Der Adolf hat ein Köpfchen. Baut das die grösste Fabrik der Welt ohne einen Pfennig Eigenkapital locker machen zu müssen." - Die Meinung des kleinen Mannes ist, dass alle laufenden Ausgaben von den Abzahlungsgeldern der zukünftigen Autobesitzer, die jetzt schon laufend Woche für Woche eingehen, bestritten werden. "Hat es jemals eine derartige Pfiffigkeit auf der Welt schon gegeben? Sich eine Ware bezahlen lassen, für deren einstige Herstellung die Fabrik gerade in den Bauanfängen begriffen ist. Da kann der gerissenste Jude nicht mit."

Die Führung des Dritten Reiches hat durch den KdF-Wagen etliche Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Sie hat sich Geld- und Stimmungskredit gegeben.

Einmal lockt sie dem deutschen Verbraucher auf Jahre hinaus Gelder aus seiner Verfügungsgewalt, für die sie ihm Ware nicht liefern könnte. Zum anderen aber - und das ist das wichtigste - ist hier ein raffiniertes innerpolitisches Ablenkungsmanöver grössten Stiles gelungen. Diese durch das Propagandaministerium raffiniert laufend genährte und gelenkte Autopsychose hält die Masse von der Beschäftigung mit der trostlosen Gegenwart fern. Bei dem Autosperer hat Hitler innerpolitischen Kredit bis zur einstigen Wagenauslieferung. Es ist bekannt, dass der Mensch, während der Zeit, wo er auf ein bestimmtes Gut hin spart, sich über manche Entbehrung leicht hinwegsetzt.

Noch eine andere Seite der Sache darf nicht übersehen werden: Der KdF-Wagen wird, trotz aller Ausfuhrprämien der übrigen Welt, um mindestens die Hälfte billiger sein, als ein gleichartiger Wagen der übrigen Ausfuhrländer. Auf den Märkten Nord- und Südosteuropas, Asiens, Süd- und Mittelamerikas, überall, wo der Weltmarkt frei ist, wird der KdF-Wagen jeden anderen Serienwagen der Welt aus dem Feld schlagen können.

T e i l B

(Abgeschlossen am 9. Mai 1939)

I. Die Weltlage und die deutsche Opposition

Was ist Danzig ?

Das deutsche Volk in seiner grossen Masse ist nur an einer aussenpolitischen Frage wirklich interessiert: ob es Krieg gibt oder nicht. Der Abschluss einer formellen Allianz mit Italien vermochte an der allgemeinen Stimmung nichts zu ändern, im Bewusstsein des Volkes bestand diese Allianz schon, noch ehe sie unterschrieben war, und durch die Unterzeichnung hat sie an Popularität nicht gewonnen.

Aehnlich stehen die Dinge um Danzig. Man weiss in Deutschland, dass Danzig von einem nazistischen Gauleiter regiert wird, man weiss wenig von den völkerrechtlichen Befugnissen, die Polen noch in der Freistadt besitzt. Sollten diese Befugnisse ohne Krieg an Deutschland kommen, so würde ein solcher Erfolg an der Stellung der Bevölkerung für und gegen das System kaum etwas wesentliches ändern. Das gleiche gilt für die Entscheidung der Frage, ob eine durch den Korridor zu bauende Autostrasse unter polnischer oder unter deutscher Oberhoheit stehen soll.

Niemand in Deutschland hat die Lösung der Korridorfrage, wie sie im Jahre 1919 gefunden worden war, für richtig gehalten. Eine Aenderung zugunsten Deutschlands würde gutgeheissen werden, ohne grosse Bewegung hervorzurufen. Die Tschechen geniessen bei dem freiheitlich gesinnten Teil des deutschen Volkes Sympathien. Die Polen haben durch die Haltung, die sie bis zur neuesten Wendung einnahmen, bei den Nazi an Achtung nicht gewonnen; bei den anderen Teilen der Bevölkerung hat ihnen ihr bisheriges Verhalten keine Sympathien eingebracht. Eine unblutige Machtverschiebung an der Ostgrenze würde von einem Teil des deutschen Volkes mit Genugtuung, von einem anderen ohne Unruhe angenommen werden.

Das Problem Danzig - Korridor gewinnt jedoch sofort ein ganz anderes Gesicht, wenn man es im Zusammenhang mit den letzten politischen Ereignissen betrachtet. Dann zeigt sich sofort, dass es sich

hier keineswegs um ein aussenpolitisches Bagatelverfahren handelt, sondern um eine Angelegenheit, deren Ausgang für den Lauf der geschichtlichen Entwicklung entscheidend werden kann.

Sturm in England

Die Ergebnisse der Münchner Konferenz im September vorigen Jahres waren innerlich widerspruchsvoll. Indem die Westmächte die Tschechoslowakei zerreißen halfen, schienen sie ihre Bereitschaft zu bekunden, im Südosten und Osten Deutschland freie Hand zu lassen. Auf der anderen Seite jedoch schien die Lösung der tschechoslowakischen Frage durch einen Viermächtebeschluss und die Übernahme einer Garantie für die Rest-Tschechoslowakei durch die Westmächte eher eine neue Einschaltung als eine Ausschaltung zu sein. An die Stelle dieser zweideutigen Entscheidung setzte Hitler durch den Einmarsch in die Rest-Tschechoslowakei eine völlig eindeutige. Er kassierte von sich aus das Mitbestimmungsrecht der Westmächte und stellte via facti das Recht der freien Hand für sich her. Damit wurde vollkommen klar, dass die Westmächte in München keineswegs, wie ihre Regierungen behaupteten, den Frieden gerettet hatten, sondern dass sie nur einem unerbittlichen Gegner geholfen hatten, sich für den Krieg noch besser als bisher vorzubereiten. Es wurde zum zweiten klar, dass das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" im Munde der Regierenden Deutschlands nur eine phraseologische Vernebelung imperialistischer Ziele war; es war nun nicht mehr das deutsche Sprachgebiet, das man für sich beanspruchte, sondern der völlig unbestimmbare und nach Lust und Laune immer weiter ausdehnungsfähige "deutsche Lebensraum". Zum dritten aber wurde klar, dass im Verhältnis zum Dritten Reich das Wort "Vertrag" seinen Sinn verloren hatte, dass es unmöglich war, den deutschen Diktator an den Versprechungen, die man von ihm erlangt hatte, festzuhalten, dass ein Vertrag, der mit ihm geschlossen wurde, nie etwas anderes sein konnte als die durchsichtige Umhüllung einer Kapitulation.

In der öffentlichen Meinung Englands erhob sich ein Sturm. Er hätte die Regierung Chamberlain weggeblasen, wenn sie es nicht vorgezogen hätte, mit ihm zu fahren. Der aussenpolitische Kurs vollzog eine Wendung um 180 Grad. Von rednerischen Gewittern begleitet, setzte eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit ein. Der Osten und Südosten Europas, der schon aufgegeben zu sein schien, wurde wieder

zum Boden heissester diplomatischer Kämpfe. Man bot Polen eine Garantie an und erzwang damit deren Annahme und die Verpflichtung zur Gegenseitigkeit. Man nahm Rumänien, Griechenland unter seinen Schutz und versprach ihnen als Lohn für aussenpolitisches Wohlverhalten wirtschaftliche Vorteile. Man schreckte sogar vor dem Gang nach Moskau nicht zurück. Ja, um der Welt zu zeigen, dass man sich zu einer äussersten Entscheidung mit allen Mitteln vorbereite, führte man die allgemeine Wehrpflicht ein - ein in England zu Friedenszeiten noch nie erlebtes Ereignis.

Eine mächtige Stütze erhielt diese Bewegung durch die Botschaft des Präsidenten Roosevelt an die Diktatoren der Achse. Sie verstärkte bei den Gegnern Hitlerdeutschlands die Hoffnung, dass ihnen im Falle eines Konfliktes die Vereinigten Staaten mit ihren unerschöpflichen Quellen der Natur und Technik, Menschen und Material rasch zu Hilfe kommen würden. Deutlich zeichnen sich nun die Konturen eines weltumspannenden Friedensblocks, der keine Verletzung fremden Rechts durch die Diktatoren mehr dulden würde, vom Horizont ab.

Es handelt sich um einen umfassenden Versuch, das Prinzip der kollektiven Sicherheit ausserhalb des beengenden Statuts des Völkerbundes und über dessen Mitgliederliste hinaus zu verwirklichen, oder auch zum Ursprung des Völkerbundes, den "alliierten und assoziierten Mächten", zurückzukehren.

"Einkreisung" , "Kriegshetze"

Es versteht sich von selbst, dass man in Deutschland auf diesen Versuch mit dem Schlagwort "Einkreisung" geantwortet hat. Ein Deutschland, das im Kriegsfall mit England, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Polen, Rumänien, Russland und der Türkei als Gegner zu rechnen hätte, wäre in der Tat "eingekreist" und das verbündete Italien, das ohnehin ins Mittelmeer eingesperrt ist, wäre es mit ihm. Ein solches Deutschland hätte allen Grund, Handlungen zu unterlassen, die zum Kriege führen könnten, also auf alle eigenmächtigen, mit Gewalt oder Gewaltandrohung erzwungene Erweiterungen des "Lebensraums" zu verzichten. Die "dynamischen" Staaten müssten aufhören, "dynamisch" zu sein, sie müssten "statisch" werden. Die Frage ist, ob sie das können und insbesondere ob das Dritte Reich das kann. Theoretisch betrachtet, besteht natürlich die Möglichkeit, dass ein

Staat, der sein Gebiet vergrössert hat, auf weitere Erwerbungen verzichtet und sich ganz und gar seinem inneren Aufbau zuwendet. Für das Reich Hitlers besteht diese Möglichkeit nicht. Es ist die Problematik dieses Systems, dass es zwar den Krieg fürchten muss, aber ohne Kriegsgefahr nicht existieren kann. Seine ganze politische, wirtschaftliche und soziale Struktur ist auf den Zustand der ständigen Kriegsgefahr zugeschnitten: nur durch ihn erhält die Diktatur, die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, die Autarkisierung und Militarisierung der Wirtschaft, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Verschlechterung der Lebenshaltung ihre Rechtfertigung. Womit sollte die Propaganda die ungeheuren, von allen Volksschichten geforderten Opfer begründen, wenn nicht mit den Notwendigkeiten der aussenpolitischen "Dynamik"? Rückkehr zum Friedensstand, auch zum innern, wäre Zusammenbruch des Systems.

Es kann also gar nicht anders sein, als dass seine Propaganda den Versuch der Westmächte, einen statischen, friedlichen Weltzustand herzustellen, als "Kriegshetze" denunzieren muss. Das System braucht das aussenpolitische Abenteuer, die Kriegsgefahr, die Aufrüstung, den Schutz der Währung durch Abschluss vom Weltmarkt, den inneren Belagerungszustand. Es müsste im Krieg untergehen, es müsste am Frieden ersticken. Leben kann es nur zwischen Krieg und Frieden.

Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit das System bewusst, inwieweit es unbewusst entsprechend seinen Lebensnotwendigkeiten handelt. Sicher ist, dass die Demokratien des Westens unbewusst handelten, wenn sie sich in den ganzen sechs Jahren genau so verhielten, wie es den Lebensinteressen des Systems entsprach. Sie führten keinen Krieg, aber sie schufen auch keinen wirklichen Frieden, sondern liessen den Schwebezustand bestehen, den das System zum Leben braucht.

Die Frage, unter wessen Hoheit eine Strasse durch den Korridor stehen soll, die Frage, zu welchem Zollgebiet Danzig gehört, hat in der Tat nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Frage, ob sich der Zustand der Welt, wie er nun seit sechs Jahren bestanden hat, ändern soll, ist für das Schicksal der Menschheit entscheidend.

Gelingt es, den Defensivkreis um die Achsenmächte zu schliessen, so geht es für diese um zwei Möglichkeiten: entweder sich in einen Verzweiflungskampf zu stürzen, um in ihm zugrunde zu gehen oder sich tatenlos dem inneren Zerstörungsprozess hinzugeben, der für sie mit

dem Beginn eines gesicherten Weltfriedens unvermeidlich verbunden ist. Misslingt aber die sogenannte Einkreisung, so wird dem tschechoslowakischen Drama das polnische, rumänische, ukrainische, dem albanischen das jugoslawische und das griechische folgen, bis endlich der Punkt erreicht ist, an dem sich die bedrohte Welt zum Abwehrkampf stellt. Wie lange dann ein solcher Abwehrkampf dauern und wie er enden wird, vermag niemand vorauszusagen.

Einstweilen ist Hitlerdeutschland bestrebt, den Raum, der zwischen ihm und der russisch-türkischen Front liegt, aufzugliedern und seinem Machtbereich einzufügen. Hier stösst es jetzt auf den angekündigten Widerstand Englands, desselben Englands, das im September vorigen Jahres die stärkste Festung auf dem Weg nach dem Südosten in die Hände Hitlers spielte. Die Frage ist, ob England trotz der selbstgewollten Niederlage noch stark genug, sein Ansehen noch gross genug ist, um eine Defensivkoalition gegen Hitler zustande zu bringen. Indem England nicht nur in Polen und den Ländern des Balkanbundes Stützpunkte sucht, sondern auch um die sowjetrussische Freundschaft wirbt, stellte es sich in der Tat zu einer diplomatischen Entscheidungsschlechtheit. Seine Niederlage würde Hitlerdeutschland nicht nur Danzig und die Strasse durch den Korridor bringen, sondern die unbestrittene und unbestreitbare Hegemonie über ganz Ost- und Südosteuropa.

Auf welche Kräfte kann Hitler im Kampf gegen England rechnen? Auf den amerikanischen Isolationismus, auf die europäische Bolschewistenfurcht, auf den amerikanisch-europäischen Ueberpazifismus. Der erste versichert ihm, dass ihn von jenseits des Atlantischen Ozeans keine Gefahr droht, die zweite stösst Russland aus der Reihe seiner Gegner, der dritte öffnet der Gewalt den Weg, in dem er jeden Widerstand gegen sie verhindert. Man muss der nazistischen Diplomatie -die überhaupt nur in ihrer Zielsetzung irrational, in allen kleinen Künsten aber von diabolischer Geschicklichkeit ist- den Ruhm lassen, dass sie diese unfreiwilligen Bundesgenossenschaften sorgfältig auszunutzen versteht. Sie sind wertvoller als die italienische.

Die Opposition in Frieden und Krieg

Wer sind die Verbündeten Englands in dem Kampf, zu dem es angetrieben ist, richtiger, wer könnten sie sein? Englands Verbündete könnten alle freiheitlich und human gesinnten Menschen der Welt sein

Englands Verbündete könnten alle die oppositionellen Elemente sein, die sich in Deutschland und in Italien unter der Decke regen, Englands Verbündete könnten die moralischen und intellektuellen Kräfte sein, die trotz alledem von der deutschen, italienischen, oesterreichischen, tschechoslowakischen Emigration ausgehen. Es ist aber unmöglich zu behaupten, England wisse seine natürlichen Bundesgenossenschaften in gleicher Weise auszunutzen wie das Dritte Reich die seinen. Es hat nicht einmal den Versuch dazu gemacht.

Hitlers innere Machtstellung, das Fundament seiner äusseren, beruht darauf, dass es ihm gelungen ist, mit verhältnismässig geringen Blutopfern hohe Ziele des nationalen Ehrgeizes zu erreichen. Seine Anhänger preisen ihn als den Mehrer des Reiches, den Schöpfer Grossdeutschlands. Seine Gegner schätzen den Wert seiner Eroberungen gering, müssen aber zugeben, dass sie -die Opfer im Innern abgerechnet- billig gewesen sind. Gelänge es Hitler, England aus Südosteuropa zu verjagen und seinen Vormarsch fortzusetzen, so würde sich für die deutsche Opposition wenig ändern. Sie müsste dann mit Geduld den Zeitpunkt abwarten, in dem das deutsche Volk erkennen wird, dass der Verlust der politischen Freiheit und die ständige Verschlechterung aller Existenzbedingungen durch Veränderungen der Landkarte nicht ausgeglichen werden.

Anders wird sich die Lage der Opposition gestalten, wenn die Schaffung des Friedensblocks gelingt, und Hitler, um den Untergang im Kriege zu entgehen, zum aussenpolitischen Stillhalten gezwungen ist. Dann kam der Zeitpunkt nicht mehr ferne sein, in dem sich die mühsam zurückgestauten Probleme des Innern mit Naturgewalt in den Vordergrund drängen werden. Denn ein Land, das weder um aussenpolitische Hochziele kämpft, noch von aussen her bedroht ist, kann nicht im Zustand ständiger Kriegsvorbereitung gehalten werden. Man soll nicht vergessen, dass die Umstürze, die nach dem Weltkrieg in Russland, Deutschland, Oesterreich, Italien erfolgten, zu nicht geringem Teil einfache Demobilisierungskrisen gewesen sind. Eine deutsche Demobilmachung ohne vorangegangenen Krieg müsste zu neuen sehr heftigen krisenhaften Zuständen führen.

Die Konsequenzen, die sich für die Opposition ergeben, wenn sich Hitler aus Furcht vor der Abrüstung in einen Krieg stürzen sollte, sind ganz anderer Art und können im Rahmen dieser Ausführungen nicht

dargestellt werden. Wenn nicht der Ausgang eines solchen Krieges, so könnte doch seine Länge durch die Opposition entscheidend beeinflusst werden. Die Opposition wird in desto höherem Grade kriegsverkürzend wirken, je stärker sie sein wird.

Sowohl der wirkliche Frieden, den sie grundsätzlich will, als auch der Krieg, dessen Entstehung nicht von ihrem Wollen oder Nichtwollen abhängt, müsste zu einem solchen Aufleben der Opposition führen. Sollte jedoch die Diplomatie der Westmächte insbesondere Englands, Hitler zu neuen Triumphen verhelfen, so dürfte man weder sich wundern, noch sich beklagen, wenn sie langsamer vorwärtskommen sollte, als es so manchen und ihr selber lieb ist.

- - - - -

II. Das Wirtschaftsrecht des Dritten Reiches (II)

Der erste Teil dieser Untersuchung erschien in Heft 2/1939, Teil B.

V. Die Landwirtschaft

Die rechtlichen Massnahmen des Dritten Reiches auf dem Gebiete der Landwirtschaft lassen sich nach folgenden Gesichtspunkten ordnen: 1) Bevölkerungspolitik, 2) Staatshilfe, 3) Wirtschaftsverfassung, 4) Marktregelung, 5) Bewirtschaftung der Produkte. Die bevölkerungspolitischen Massnahmen sind als nationalsozialistisches Blut- und Bodenrecht (vgl. insbesondere das Reichserbhofgesetz vom 26. Sept. 1933) in Heft 10/1938, Seite B 3 ff. der "Deutschlandberichte" bereits behandelt.

1) Staatshilfe

Staatliche Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft, insbesondere Schuldenerleichterung (Osthilfe) und Senkung des Zinsfusses waren in ausserordentlichem Umfange bereits von der Regierung Brüning eingeleitet worden. Sie wurden durch das Gesetz vom 1. 6. 1933 weiter ausgebaut. Danach konnten alle Inhaber eines landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebs, die sich aus eigenen Mitteln nicht zu entschulden vermochten, bei dem örtlich zuständigen Amtsgericht die Eröffnung eines Entschuldungsverfahrens beantragen. Zur Durchführung der Entschuldung wurde eine öffentliche Kreditanstalt, landwirtschaftliche Genossenschaft oder gemeinnützige Siedelungsstelle als Entschuldungsstelle benannt. Diese hatte einen Entschuldungsplan aufzustellen.

Während der Dauer des Verfahrens durften die zum Betrieb gehörigen Grundstücke weder durch Rechtsgeschäft, noch durch Zwangsvollstreckung mit neuen Hypotheken usw. belastet werden. Die Entschuldung konnte durch Landabgabe zu Siedelungszwecken an die Entschuldungsstelle oder durch Schuldenregelung oder durch Verbindung beider Massnahmen durchgeführt werden. Bei der Schuldenregelung wurde der Zinsfuss auf höchstens 4 1/2 % herabgesetzt, ferner waren alle dinglichen Forderungen in unkündbare Tilgungsforderungen mit einem jährlichen Tilgungssatz zwischen 1/2 bis 5% umzuwandeln. Gläubiger konnten bei entsprechendem Abzug in bar oder durch Ablösungsschuldverschreibungen von der Entschuldungsstelle abgefunden werden. Diese konnte unter bestimmten Voraus-

setzungen auch ein Zwangsvergleichsverfahren durchführen. Zwecks finanzieller Abwicklung wurde die deutsche Rentenbank ermächtigt, 4%ige Ablöschungsschuldverschreibungen bis zum Betrage von 300 Millionen RM auszugeben und der Deutschen Rentenbankkreditanstalt zur Weitergabe an die Entschuldungsstellen zur Verfügung zu stellen. Der Reichsfinanzminister erhielt die Ermächtigung, in die Haushaltspläne von 1940/42 je 100 Millionen RM zur Durchführung des Entschuldungsverfahrens einzusetzen.

Zur Durchführung des Gesetzes ergingen zahlreiche, z.T. äusserst umfangreiche Verordnungen. Eine Zinserleichterung für landwirtschaftliche Auslandskredite wurde durch Gesetz vom 20. 7. 1933 in der Weise gewährt, dass das Reich den Kreditanstalten, die im Ausland Pfandbriefe begeben hatten, den Betrag der 4% übersteigenden Zinsen in Form von Schatzanweisungen zur Verfügung stellte. Die erforderlichen Mittel sollten in die Reichshaushaltpläne von 1936 und 1937 eingesetzt werden.

2) Der ständische Aufbau

Der ständische Aufbau der deutschen Landwirtschaft wurde durch Gesetz vom 15. Juli 1933 eingeleitet. Es übertrug die ausschliessliche Gesetzgebung über diesen Gegenstand dem Reich. Es folgte das Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Massnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 13. September 1933. In der Begründung dieses Gesetzes wurde ein lebenskräftiger Stand der Landwirtschaft als für den nationalen Aufbau unentbehrlich und eine Regelung der Markt- und Preisverhältnisse ohne einen aktionsfähig gegliederten Stand der deutschen Landwirtschaft als unmöglich bezeichnet. Seinem Inhalt nach ist das Gesetz eine Ermächtigung für den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Er kann über den Aufbau des Standes der deutschen Landwirtschaft (den "Reichsnährstand") eine vorläufige Regelung treffen, die Erzeugung, den Absatz, sowie die Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen regeln oder regeln lassen, "wenn dies unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint". Er ist ferner befugt, zur Regelung der Erzeugung des Absatzes, sowie der Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen Gruppen und Angehörige des Reichsnährstandes und sonstige Unternehmen und Einrichtungen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen oder vertreiben, zusammenzuschliessen oder an bereits bestehende Zusammen-

schlüsse anzuschliessen. In allen diesen Fällen sind ihm weitgehende Aufsichts- und Eingriffsrechte eingeräumt, die er im Einzelfall auch auf Beauftragte übertragen kann. Ebenso kann er Zuwiderhandlungen mit Gefängnis und Geldstrafe bis 100.000 RM und für den Wiederholungsfall mit Schliessung des Betriebes bedrohen und alle erforderlichen Rechts-verordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erlassen.

In der daraufhin ergangenen ersten VO über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933 wurde der "Reichsnährstand" zur Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Berlin erhoben und zur Vertretung der deutschen Bauernschaft und der deutschen Landwirtschaft einschliesslich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Landhandels (Gross- und Kleinhandel) und der Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse erklärt. Als Aufgabe wurde dem "Reichsnährstand" übertragen, seine Angehörigen in Verantwortung für Volk und Reich zu einer lebenskräftigen Stütze für den Aufbau, die Erhaltung und die Kräftigung des deutschen Volkes zusammenzuschliessen, insbesondere das deutsche Bauerntum, die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. zu fördern, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zwischen seinen Angehörigen zu regeln, zwischen den Bestrebungen der von ihm umschlossenen Kräfte einen dem Gemeinwohl dienenden Ausgleich herbeizuführen, die Behörden insbesondere auch durch Gutachten und Sachverständige zu unterstützen und weitere vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft besonders übertragene Angelegenheiten zu erledigen. Ferner wurde ihm die Verpflichtung auferlegt, über die Standesehre seiner Angehörigen zu wachen. Als zum Reichsnährstand gehörig sind bezeichnet alle als Eigentümer, Eigenbesitzer, Nutzniesser, Verpächter oder Pächter bäuerlicher oder landwirtschaftlicher Betriebe oder als Familienangehörige, Arbeiter, Angestellte oder Beamte in der Landwirtschaft tätigen Menschen, sowie die früheren Eigentümer (auf Altenteil und dergleichen), ferner die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die angegliederten Vereine, Vereinigungen und Verbände mit dem Zweck der wirtschaftspolitischen, fachlichen usw. Förderung oder Wahrung der Belange der Landwirtschaft oder der Angehörigen des Reichsnährstandes, endlich alle natürlichen und juristischen Personen, die im Deutschen Reich den Landhandel oder die Be- oder

Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreiben. Unter den Begriff der Landwirtschaft fallen Bodenbewirtschaftung und die mit Bodenbenutzung verbundene Tierhaltung, insbesondere Ackerbau, Wiesen- und Weidewirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Fischerei, Imkerei und Jagd.

Der Reichsnährstand ist Rechtsnachfolger aller bisherigen Organisationen der deutschen Landwirtschaft, insbesondere des Deutschen Landwirtschaftsrates, der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer und der öffentlich rechtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen, wie Landwirtschaftskammern und Bauernkammern. Er kann sich alle Verbände eingliedern und zu diesem Zweck auflösen, die sich mit der Förderung der Landwirtschaft oder der Angehörigen des Reichsnährstandes befassen. In diesen Fällen geht das Vermögen dieser Vereine usw. als Sondervermögen auf den Reichsnährstand über und Dienstverträge der bei diesen Verbänden angestellten Personen können auch bei dauerndem Ausschluss der Kündigung vom Reichsnährstand gekündigt werden (VO vom 26.4. 1935). Unter Umständen können solche Vereine auch nur angegliedert werden, aber der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann dann die Abberufung der bisherigen Vorstände verlangen.

Gesetzlicher Vertreter und Leiter des Nährstandes ist der "Reichsbauernführer". Er wird vom Reichskanzler ernannt. Er ordnet insbesondere die innere Gliederung des Reichsnährstandes. Die von ihm zu erlassende Satzung bedarf der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Oertlich gliedert sich der Reichsnährstand in Landesbauernschaften (mit Landesbauernführern), Kreisbauernschaften (mit Kreisbauernführern) und nach Bedarf in Ortsbauernschaften (mit Ortsbauernführern).

Der Reichsnährstand erhebt von seinen Mitgliedern Beiträge nach Massgabe einer Beitragsordnung, die der Reichsbauernführer erlässt. Die Beitragspflicht ist der Steuerpflicht gleichzuachten (VO vom 26. 4. 35). Auch können für die Benutzung von Einrichtungen und Veranstaltungen des Reichsnährstandes Gebühren erhoben werden. Der Reichsnährstand hat alljährlich einen Haushaltsplan aufzustellen, der vom Reichsbauernführer verabschiedet wird. Die Staatsaufsicht über den Reichsnährstand führt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Die zweite Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 15. Januar 1934 ordnete zunächst die neuen Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der Reichsbauern-

fhrer trat an die Stelle der bisher leitenden Organe des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen und der Revisionsverbände landwirtschaftlicher Genossenschaften. Er kann verlangen, dass landwirtschaftliche Genossenschaften ohne Revisionsverbandszugehörigkeit sich der Revision des bezirklichen Revisionsverbandes unterstellen. Er kann ferner verlangen, dass der Vorstand einer eingetragenen landwirtschaftlichen Genossenschaft die Generalversammlung zur Beschlussfassung über einen vom Reichsbauernführer bezeichneten Gegenstand einberuft, gegebenenfalls die Generalversammlung auch durch einen eigenen Beauftragten einberufen.

Des weiteren wurde der Reichsnährstand durch die Verordnung vom 15. 1. 1934 ermächtigt, zur Wahrung der Standesehre "Standesgerichte" zu bilden. Diese Gerichte können einem Mitglied des Reichsnährstandes die Fähigkeit absprechen, Mitglied von Organen der Genossenschaft oder Geschäftsführer zu sein. Der Reichsbauernführer hat die Durchführung des Urteils zu überwachen.

Eine dritte Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 16. Februar 1934 hat den "Landhandel" und die Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Gegenstand. Darnech liegen diese Eigenschaften bei folgenden Betrieben vor: 1. Wirtschaft mit Ackerbauerzeugnissen, 2. Viehwirtschaft (auch Geflügelmästerei) und Fleischwarenindustrie, 3. Brauwirtschaft (samt Hopfenhandel, Hefefabriken und dergleichen), 4. Zuckerwirtschaft, 5. Stärke- und Branntweinwirtschaft, 6. Fischwirtschaft, 7. Fett- und Milchwirtschaft (samt Oelhandel), 8. Lebens- und Genussmittel, 9. Holzwirtschaft (Nutz- und Brennholzhandlung, Sägereien usw.). Natürliche und juristische Personen, die eines dieser Fächer betreiben, können auch Gliederungen des Handwerks oder der gewerblichen Industrie angehören. Die Ernennung der Führer der Innungen der Bäcker, Konditoren, Müller und Schlächter und der übergeordneten fachlichen Gliederungen dieser Handwerkszweige bedarf der Zustimmung des Bauernführers. Als nicht zugehörig zum Reichsnährstand ist das Gast- und Herbergsgewerbe besonders bezeichnet. Zur Vereinfachung des Aufbaus und der Verwaltung können Vereine, Verbände usw. der Be- und Verarbeitungsbetriebe vom Reichsbauernführer in den Reichsnährstand eingegliedert und damit aufgelöst werden. Bestimmungen eines dieser Verbände über Erzeugung, Absatz, Preise, Preisspannen landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann

der Reichsnährstand ausser Kraft setzen. Ist jedoch der Verband ein auf reichsrechtlicher Vorschrift beruhender Zusammenschluss, so bedarf es für die erwähnten Massnahmen der Ermächtigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

3) Die Marktregelung

Von der gesetzlichen Ermächtigung, zum Zwecke der Marktregelung Zusammenschlüsse von Unternehmungen zu verfügen, machte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einen ausgedehnten Gebrauch. Der Zusammenschluss von Roggen- und Weizenmühlen wurde noch durch ein eigenes Gesetz vom 15. September 1933 angeordnet. Ebenso wurde die Ermächtigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, die Getreidepreise festzusetzen, noch in einem Gesetz zur Sicherung der Getreidepreise vom 26. September 1933 ausgesprochen. Die späteren Zusammenschlüsse dagegen beruhten fast ausnahmslos auf der Ermächtigung im Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 13. September 1933. Für die Zusammenschlüsse wurde in der Regel das folgende gesetzgeberische Schema verwendet:

Die Erzeugergruppe, Verarbeitergruppe und Verteilergruppe (einschliesslich der Vermittler) eines bestimmten Gewerbebezweiges werden bezirklich zu Wirtschaftsverbänden, diese zu einer "Hauptvereinigung" mit dem Sitz gewöhnlich in Berlin zusammengeschlossen. Wirtschaftsverbände und Hauptvereinigung sind in der Regel rechtsfähig. Die Hauptvereinigung erlässt eine Satzung, in der die Rechte und Pflichten der Mitglieder bestimmt und auch Vorschriften über Schiedsgerichte und dergleichen enthalten sind. Die Wirtschaftsverbände sind an die Weisungen der Hauptvereinigung gebunden. Neuanlagen der Verarbeitergruppe oder eines Grossverteilerbetriebs dürfen nur mit Genehmigung der Hauptvereinigung errichtet werden. Zweck und Aufgabe des Zusammenschlusses sind: Marktordnung, Sicherstellung der Versorgung der Verbraucher, Regelung und Erzeugung nach Menge, Art und Beschaffenheit; Erfassung der Erzeugnisse; Absatz, Ablieferung, Be- und Verarbeitung, sowie Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Erlass von Vorschriften über Kennzeichnung und Güteanforderungen; Auferlegung von Ablieferungs-, Abnahme- und Einlagerungspflichten; Festsetzung des Arbeitsumfangs und des Ausdehnungsgrades der Betriebe der Verarbeitergruppe; Bestimmung von Mindestumsatzmengen für Betriebe der Verteilergruppe; dauernde oder vorübergehende Stilllegung von volkswirtschaftlich unnötigen Betrieben; Ausgleich zwischen einzelnen Betrieben, Gruppen und Wirtschaftsgebieten; Festsetzung von volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preisen und Preisspannen; Regelung von Umlagen, Ausgleichsabgaben und Gebühren; Verhängung von Ordnungsstrafen; Unteragung der Fortführung des Betriebes auf Zeit oder Dauer.

Entschädigungen sind in der Regel nur für Betriebsstillegungen vorgesehen. Die Beiträge der Mitglieder werden zuweilen umgelegt, in der Regel wie öffentliche Abgaben beigetrieben. Die Bestimmungen über Preise und Preisspannen bedürfen gewöhnlich der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, dem auch weitgehende Aufsichtsrechte und die Befugnis zur Ausserkretzung von unbilligen, rechtswidrigen oder gegen das Gemeinwohl sich auswirkenden Beschlüssen oder Massnahmen der Zusammenschlüsse, manchmal auch das Recht zur Bestellung eines Beauftragten, zur Abberufung von Mitgliedern der Verwaltungsräte usw. eingeräumt sind.

Die Rechtsformen im Aufbau der Wirtschaft sind von nationalsozialistischer Seite öfters als "problematisch" und "widerspruchsvoll" bezeichnet worden. Während die Gesetzgebung und Rechtsprechung (vergleiche Urteil des Reichsgerichts vom 27. 10. 1938, 3 U 229/38) auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft die Zusammenschlüsse als rechtsfähige Vereine bezeichnet, wurden die Marktzusammenschlüsse des Reichsnährstandes als Körperschaften des öffentlichen Rechts erklärt. So hat das Reichsgericht in der Entscheidung Bd. 106, S. 73 die Reichsstelle für Gemüse und Obst als "Abteilung und Abspaltung der Reichsgewalt" bezeichnet. Die neueste Entwicklung hat dieser Rechtsauffassung Rechnung getragen. In der Verordnung über einen Zusammenschluss der Milch- und Fettwirtschaft vom 29. 7. 1938 ist ausdrücklich bestimmt: "Die Hauptvereinigung und die Wirtschaftsverbände (Zusammenschlüsse) sind Körperschaften des öffentlichen Rechts". Damit sind nicht nur die Aufgaben allgemein als öffentlich-rechtlich anerkannt, sondern es werden auch die Beiträge wie öffentliche Abgaben eingezogen und die gesetzlichen Vertreter haften nur nach Massgabe des § 31 des BGB.

Die wichtigsten der Zusammenschlüsse und Anschlüsse auf dem Gebiete der Landwirtschaft sind:

Die "Wirtschaftliche Vereinigung der Roggen- und Weizenmühlen" (VO vom 5. 11. 1933 und vom 10. 7. 1936); die "Wirtschaftliche Vereinigung der Fischindustrie Deutschlands" (VO vom 26. 1. 1934), nach VO vom 1. 4. 1935 "Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft", die "Deutsche milchwirtschaftliche Vereinigung" (Hauptvereinigung) mit angeschlossenen "Milchwirtschaftsverbänden" und ihren Untergliederungen, den "Milchversorgungsverbänden" (VO vom 27. 3. 1934), nach VO vom 17. 4. 1936 "Hauptvereinigung der deutschen Milchwirtschaft" mit ihren "Wirtschaftsverbänden", durch VO vom 29. 7. 1938 erweitert zur "Hauptvereinigung der deutschen Milch- und Fettwirtschaft", die "Hauptvereinigung für Schlachtviehverwertung" mit den untergeordneten "Bezirksvereinigungen" und "Marktvereinigungen für Schlachtviehverwertung" (VO vom 9. 6. 1934), sie wurde durch VO vom 27. 2. 1935 umgebildet in die

"Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft" mit 14 "Schlachtviehverwertungsverbänden", später (VO vom 8. April 1936) "Vieh-wirtschaftsverbände" genannt; die "Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft" mit 19 "Getreidewirtschaftsverbänden" (VO vom 14. 7. 1934), durch VO v. 26.6. 1937 erweitert zur "Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft"; die "Wirtschaftliche Vereinigung der Margarine- und Kunstspeisefette-industrie" (VO vom 23. 7. 1934); die "Wirtschaftliche Vereinigung der Kartoffelflockenhersteller" (VO vom 18. 10. 1934); die "Wirt-schaftliche Vereinigung der deutschen Obst- und Gemüseverwertungs-industrie" (VO vom 5. 11. 1933 und 13. 10. 1934); die "Hauptver- einigung der deutschen Zuckerwirtschaft" mit ihren "Zuckerwirt- schäftsverbänden" (VO vom 10. 11. 1934); die "Hauptvereinigung der deutschen Gartenwirtschaft", später "Gartenbauwirtschaft" (VO vom 21. 10. 1936) mit den untergegliederten "Gartenbauwirt- schäftsverbänden" (VO vom 27. 2. 1935); die "Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelwirtschaft/ mit ihren "Kartoffelwirtschaftsverbänden" (VO vom 18. 4. 1935); die "Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft" mit "Brauwirtschaftsverbänden" (VO vom 18. 4. 1935); die "Hauptvereinigung der deutschen Eierwirtschaft" mit "Eierwirt- schäftsverbänden" (VO vom 22. 11. 1935); die "Marktvereinigung der deutschen Forst- und Holzwirtschaft" (VO vom 20. 10. 1936); die "Hauptvereinigung der deutschen Weinbauwirtschaft" mit "Wein- bauwirtschaftsverbänden" (VO vom 21. 10. 1936).

4) Die "Bewirtschaftung" der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

Die inländische Marktregelung allein konnte der Landwirtschaft möglichst gleichbleibende Preise für ihre Erzeugnisse nicht sichern. Es musste auch der Preisdruck der billigeren Auslandsware beseitigt werden. Zu diesem Zweck wurde einmal die Einfuhr zwangsweise den in- ländischen Bedürfnissen hinsichtlich der Menge angepasst und sodann dafür gesorgt, dass die Auslandsware zum gleichen Preis wie die In- landsware abgegeben werden musste. Die dazu erforderlichen Massnah- men führten zu einer staatlichen "Bewirtschaftung" der landwirtschaft- lichen Erzeugnisse, einer geschlossenen Zwangswirtschaft.

Die grundlegenden Gesetze für diese Neuerung sind das Gesetz über den Verkehr mit Milcherzeugnissen vom 20. Dezember 1933 mit Durch- führungs-Verordnung vom 21. Dezember 1933 und das Gesetz über den Verkehr mit Eiern vom 20. 12. 1933 nebst Durchführungsverordnung vom 21. 12. 1933. Nach dem ersten Gesetz dürfen die im Inland hergestell- ten und aus dem Ausland eingeführten Milcherzeugnisse nur durch eine vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmte "Reichs- stelle für Milcherzeugnisse, Öle und Fette" in Verkehr gebracht wer- den. Erzeuger und Einfuhrfirmen haben die Erzeugnisse der Reichs- stelle zum Kauf anzubieten. Die Uebernahme wird durch Scheine nach-

gewiesen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft setzt die Uebernahme- und Abgabepreise fest. Uebernahmepreis ist der Tagespreis ab Erzeugungsstätte, Abgabepreis der Uebernahmepreis zuzüglich einer Gebühr, die bei Butter 2 Pfennig je Kilogramm, bei Käse 1 Pfennig je Kilogramm usw. beträgt. Die Ueberschüsse der Reichsstelle, die sich aus der Uebernahme und der Abgabe der aus dem Ausland eingeführten Milcherzeugnisse ergeben, fließen in die Reichskasse. Die Reichsstelle ist rechtsfähig und untersteht dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, der seine Befugnisse durch den Reichskommissar für die Milchwirtschaft ausübt. Er kann auch Höchstmengen für die zu übernehmenden Erzeugnisse festsetzen.

Gleichlautend ist die Regelung für die Eierwirtschaft. Uebernahmestelle ist die Reichsstelle für Eier. Die Gebühr beträgt hier 0,06 Pfennig je Ei. Durch Verordnung vom 21. 12. 1933 wurde ausserdem der Reichsnährstand ermächtigt, örtliche Sammelstellen, bezirkliche Kennzeichnungsstellen für Eier und Bezirkszentralen einzurichten, mit der Aufgabe, die in diesen Bezirken erzeugten und gekennzeichneten Eier zu erfassen, abzunehmen und dem Verbrauch, insbesondere dem Handel zuzuleiten. Mit der Herbeiführung des Ausgleichs zwischen Ueberschuss- und Zuschussgebieten und der Durchführung einer Vorratswirtschaft wurde die Reichseierverwertungs G.m.b.H. Berlin beauftragt. Die Anordnung des Reichsnährstandes insbesondere die Festsetzung von Preisen und Preisspannen bedürfen der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft. Bis zum Ausbau des Reichsnährstandes wurden die Befugnisse durch einen von ihm ernannten Beauftragten ausgeübt. Die der Ermächtigung entsprechende Anordnung zur Regelung des Eiermarktes erging am 3. 2. 1934.

Durch Gesetz über den Verkehr mit Tieren und tierischen Erzeugnissen vom 23. März 1934 mit Durchführungs-Verordnung vom 24. März 1934 wurde die Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse mit den gleichen Befugnissen wie die bereits genannten Reichsstellen errichtet. Es folgten durch Gesetz zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 27. 6. 1934 mit Verordnung vom 14. 7. 1934 die "Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse", der nach der Neufassung des Maisgesetzes vom 5. Oktober 1934 auch die Maisbewirtschaftung übertragen wurde; die Reichsstelle für Garten- und Weinbauerzeugnisse, die nach Gesetz vom 30.9. 1936 und Durchführungs-Verordnung vom gleichen Tag u.a. Sämereien, Kümmel, Kartoffel, Küchengewächse, Südfrüchte, Mandeln, Wein und Most von Trauben, Obstwein, Obstmost, Schaumwein, Früchte usw. zu bewirtschaften hat.

Gelegentlich wird vom Reichsbauernführer mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Durchführung der "Bewirtschaftung" auch ein "Reichsbeauftragter" mit ihm unterstellten Gebiets-, Bezirks- und Ortsbeauftragten bestellt. (Verordnung über die Regelung des Absatzes von Kartoffeln vom 31. 7. 1934 mit Anordnung des Reichsnährstandes vom 1. 8. 1934, Verordnung über die Regelung des Marktes für Erzeugnisse des Gartenbaus vom 22. 6. 1934, Verordnung über den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh vom 22.11.1935). Für die Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft wurde durch Verordnung vom 14. März 1934 ein eigener Reichskommissar ernannt, der die Befugnisse des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auf dem Gebiete der Milchwirtschaft, des Reichskommissars für die Milchwirtschaft nach Verordnung vom 21. 12. 1933 usw. und Befugnisse auf dem Gebiet der Fettwirtschaft, Geflügelwirtschaft usw. in seiner Person vereinigte, aber selbst wieder dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft unterstand und an dessen Weisungen gebunden war. Auf dem Gebiet des Zuckerrübenbaus wurde der Reichsnährstand durch Verordnung vom 18. Mai 1934 ermächtigt, die bereits abgeschlossenen Lieferungsverträge den Richtlinien des Reichsnährstandes anzupassen und zur Entscheidung von Streitigkeiten aus Zuckertieferungsverträgen paritätische Schiedsgerichte einzurichten.

In der Getreidewirtschaft wurde durch das Gesetz vom 27. 6. 1934 auch eine Ablieferungspflicht für die Getreideerzeuger eingeführt und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt, Vorschriften über die Ausmahlung von Getreide und über die Herstellung von Backwaren zu erlassen, den Käufern von Inlandsgetreide die Führung von Einkaufsbüchern vorzuschreiben usw. Eine Verordnung vom 16. August 1934 ermächtigte den Reichsnährstand, die deutsche Hopfenbaufläche zu bestimmen. Die Einholung der Genehmigung des Reichsnährstandes zur Neuanpflanzung von Weinreben wurde durch Verordnung vom 3. 11. 1934 vorgeschrieben. Eine noch weitergehende Regelung des Rebenbaues brachte die Verordnung vom 6. März 1937. Die bisher der Landesgesetzgebung überlassenen Massnahmen zur Förderung der Tierzucht (Körgeetze, insbesondere gemeindliche Stierhaltung usw.) wurden durch Gesetz vom 17. März 1936 dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft übertragen. Der Rückfall in die Lebensmittelkartenzeit des Weltkrieges wurde durch den Erlass vom 30. November 1936 zur Regelung des Fettbezugs durch Einführung eines

Haushaltsnachweises eingeleitet, auf Grund dessen der Einzelhändler seine Kunden in seine Kundenliste eintragen kann. Für Gast- und Speisewirtschaften, Bäckereien, Konditoreien sind Betriebsnachweise vorgeschrieben. Ein Verfütterungsverbot von Getreide enthielten die Verordnungen vom 9. 1. 1937 und 22. 7. 1937, ein Verbot der Verwertung von Getreide zur Herstellung von Branntwein die Verordnung vom 26. 6. 1937. Eine Verordnung vom 25. 1. 1937 stellte erschwerte Bedingungen für die Zulassung zum Viehhandel auf.

5) Grundstücksrecht

Der Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken wurde durch Gesetz vom 26. 1. 1937 neu geregelt. Es trat an die Stelle der bisherigen landesrechtlichen Vorschriften. Die bereits mit Bekanntmachung vom 15. März 1918 eingeführte Genehmigungspflicht für den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke durch Nichtlandwirte wurde auch auf die Fälle der Zwangsversteigerung erstreckt, "da auf diesem Wege der Landerwerb häufig als Kapitalanlage erfolgt" sei. Vom Genehmigungszwang befreit sind Geschäfte der Nationalsozialistischen Partei (!), während ihm die einschlägigen Rechtsgeschäfte der anderen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts unterworfen wurden. Neu ist ferner, dass der Kreisbauernführer vor Erteilung der Genehmigung gehört werden muss. Zu versagen ist die Genehmigung jetzt auch, wenn ein grobes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung besteht. Die Strafvorschriften sind verschärft.

Ein Anbauzwang für Landwirte wurde durch Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung vom 23. März 1937 eingeführt. Danach kann die zuständige Behörde, wenn die Art und Weise der Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebs oder Grundstücks durch den Nutzungsberechtigten anhaltend und in erheblichem Masse nicht den zur Sicherung der Volksernährung zu stellenden Anforderungen entspricht, den Nutzungsberechtigten zu einer entsprechenden Bewirtschaftung auffordern, gegebenenfalls die Wirtschaft durch einen Vertrauensmann überwachen lassen oder die Bewirtschaftung durch einen Treuhänder anordnen oder den Nutzungsberechtigten verpflichten, den Betrieb zu verpachten. Ebenso können Nutzungsberechtigte zur Bewirtschaftung eines bisher nicht genutzten Grundstücks gezwungen werden. Für Erbhöfe gelten die ähnlichen Bestimmungen der Erbhofver-

fahrensordnung vom 21. Dezember 1936.

Eine Kriegsvorbereitungsmassnahme stellt auch die Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über Sicherung des Lagerraums zum Zwecke der Getreidelagerung vom 10. 8. 1938 dar. Danach kann die Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse alle Räume, die zur Lagerung von Getreide geeignet sind, in Anspruch nehmen. Bei Meinungsverschiedenheiten wegen der Vergütung entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

6) Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft

Um dem Mangel an Arbeitskräften abzuhelpen, erging die Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über den verstärkten Einsatz von weiblichen Arbeitskräften in der Land- und Hauswirtschaft vom 15. 2. 1938 und die Verordnung zur Förderung der Landbevölkerung vom 7. 7. 1938. Nach der Anordnung dürfen ledige weibliche Arbeitskräfte unter 25 Jahren von privaten und öffentlichen Betrieben und Verwaltungen als Arbeiterinnen oder Angestellte nur eingestellt werden, wenn sie eine mindestens einjährige Tätigkeit in der Land- oder Hauswirtschaft durch ihr Arbeitsbuch nachweisen. Vom Lande stammende Arbeitssuchende müssen die Tätigkeit auf dem Lande abgeleistet haben. Die Anordnung gilt zunächst für Beschäftigte im Bekleidungsgerbe, in der Textilindustrie, Tabakindustrie, ferner für alle öffentlichen und privaten Betriebe bei der Einstellung von Angestellten für kaufmännische oder Büroarbeiten. Als Tätigkeit in der Land- und Hauswirtschaft gelten Arbeitsdienst, Landdienst, Landhilfe und das hauswirtschaftliche Jahr.

Nach der Verordnung vom 7. 7. 1938 werden Ehestandsdarlehen auf Antrag zinslos solange (höchstens jedoch 10 Jahre) gestundet, als mindestens einer der beiden Ehegatten in der Land- und Forstwirtschaft oder als ländlicher Handwerker tätig ist, vorausgesetzt, dass einer der Ehegatten vor der Eheschliessung bereits mindestens 5 Jahre ununterbrochen in der Land- und Forstwirtschaft tätig gewesen war. Bei Nachweis ununterbrochener Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft durch einen der Ehegatten während der ganzen Stundungsfrist von 10 Jahren wird das Ehestandsdarlehen oder der noch nicht zu-

rückgezahlte Rest erlassen.

Ausser den Ehestandsdarlehen können an Angehörige der Landbevölkerung Einrichtungsdarlehen von 800 RM gegeben werden, wenn einer der beiden Ehegatten in den letzten 5 Jahren ununterbrochen in der Landwirtschaft oder als ländlicher Handwerker tätig war. Bei zehnjähriger Tätigkeit vermindert sich das Darlehen um 500 RM und für jedes weitere Jahr um 100 RM. Endlich können an Angehörige der Landbevölkerung, die nach dem 31. Dezember 1933 geheiratet haben, noch Einrichtungszuschüsse von 400 RM gewährt werden, wenn mindestens einer der Ehegatten in den letzten 5 Jahren in der Landwirtschaft oder als ländlicher Handwerker tätig war und die Erklärung abgibt, dass er dies auch weiter tun werde. Für je 5 Jahre weiterer Tätigkeit kann wiederum ein Einrichtungszuschuss von je 400 RM gewährt werden. Unterbrechungen der Landarbeit durch Arbeitsdienst oder Militärdienst bleiben ausser Betracht.

VI. Die Kapitallenkung

1) Die Bankenkontrolle

Die Entwicklung der Wirtschaft des Dritten Reiches zur "Wehrwirtschaft" brachte in grösstem Umfang nicht nur die Einschaltung des Staatskredits, sondern auch die Zuleitung aller anderen Kapitalquellen auf den ungeheueren Staatsbedarf mit sich. Die Reichsbank hatte schon zu Anfang 1933 eine staatliche Kontrolle des Kapitalmarktes und eine Lenkung des Einsatzes des verfügbaren Kapitals gefordert. Ansätze dazu lagen bereits vor. Die Regierung Brüning hatte nach dem Zusammenbruch der Darmstädter und Dresdner Bank mit Notverordnung vom 19. 9. 1931 die allgemeine Bankenaufsicht eingeführt. Der vom Reichspräsidenten ernannte, dem Reichswirtschaftsminister unterstehende Kommissar für das Bankgewerbe sowie das ihm übergeordnete Bankenkuratorium wurden oberste Aufsichtsbehörden. Das Bankenkuratorium hatte insbesondere die Richtlinien für die Geschäftsführung des Bankenkommisars aufzustellen. Dieser war verpflichtet, sich über die Lage des Bankgewerbes und der Kreditwirtschaft fortlaufend zu unterrichten und -nach einem zum Gesetz erhobenen sozialdemokratischen Antrag- die allgemeine Bankpolitik vom Standpunkt der deutschen Gesamtwirtschaft aus zu beeinflussen. Im einzelnen hatte der Reichskommissar das Recht, von den Banken Auskünfte über alle Geschäfts-

sangelegenheiten zu fordern, Bücher und Urkunden einzusehen, Nachprüfungen zu veranlassen, an den Sitzungen der Verwaltungsorgane sowie an den Generalversammlungen teilzunehmen und die Einberufung von solchen zu veranlassen und dem Bankenkuratorium Vorschläge für Grundsätze über die Geschäftsführung der Banken zu machen, endlich seine Anordnungen durch Ordnungsstrafen zu erzwingen. Durch Verordnung vom 8. 12. 1931 wurde der Reichskommissar verpflichtet, auf eine Senkung der Zinsspannen zwischen Kredit- und Debetzinsen und der Zinssätze selbst hinzuwirken. Diese "Zinsabkommen" wurden für allgemein verbindlich erklärt.

2) Die Genehmigungspflicht für Börsenemissionen

Die Nationalsozialisten hatten die Forderung nach Sozialisierung der Banken in ihrem Programm. "Eine deutsche Regierung wird zunächst an die Verstaatlichung der Börsen und Banken herantreten", schrieb Alfred Rosenberg in den Erläuterungen zum nationalsozialistischen Programm, der Kredit sollte dann von staatswegen an die Gewerbetreibenden, den Mittelstand und die Bauern für schöpferische Arbeit weitergeleitet werden. Im Oktober 1930 beantragten die Nationalsozialisten im Reichstag, "alle Banken- und Börsenfürsten entschädigungslos zu enteignen". Als daraufhin in den Kreisen ihrer Geldgeber die grösste Beunruhigung entstand, verhinderten sie, dass der Antrag zur Abstimmung kam.

Nach Ergreifung der Macht eilte es ihnen mit der Verwirklichung ihres Bank- und Börsenprogramms nicht im geringsten. Sie zogen es vor, sich mit der Verstopfung der Kreditquellen für die Privatwirtschaft und der Abschöpfung allen verfügbaren Kredits für Staatszwecke zu begnügen. Zu diesem Zweck wurde einmal von den bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten der Börsenaufsicht, ferner der staatlichen Aufsicht über die Hypothekenbanken, Sparkassen, öffentlichen und privaten Versicherungsunternehmungen Gebrauch gemacht. Durch Erlasse von Ende Oktober 1933 an wurden die Zulassungsstellen sämtlicher deutscher Börsen angewiesen, vor jeder Neuzulassung einer Emission von Pfandbriefen, Aktien und Industrieanleihen mit dem Reichsbankdirektorium und dem Reichswirtschaftsminister Fühlung zu nehmen. Durch Erlass vom 25. Mai 1934 wurde auch die Einbeziehung von Wertpapieren in den sogenannten geregelten Freiverkehr, also

der nichtamtliche Börsenhandel, genehmigungspflichtig gemacht. Andererseits wurde der Reichsbank durch Bankgesetznovelle vom 27. Oktober 1933 gestattet, zur Verstärkung ihrer Betriebsmittel auch Lombarddarlehen in die Notendeckung einzubeziehen.

3) Das Gesetz über das Kreditwesen

Ein weiteres wichtiges Mittel der finanziellen Kriegsvorbereitung wurde das Reichsgesetz über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934. Es brachte eine Verschärfung der Staatsaufsicht über alle Kreditinstitute, das Konzessionssystem für alle Kreditunternehmungen, des im Deutschen Reich von 1925 bis 1929 bereits bestanden hatte, strengere Vorschriften über die Liquidität, die Trennung von Geldmarkt und Kapitalmarkt und die Sicherung eines geordneten Zahlungsverkehrs. Neben den privaten Notenbanken und Hypothekenbanken wurden auch die Spar- und Girokassen einer einheitlichen Reichsaufsicht unterstellt. Sie wird vom "Aufsichtsamt" ausgeübt. Dieses besteht aus 7 Mitgliedern (Präsident und Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, 1 vom Reichskanzler ernanntes Mitglied, die Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsernährungsministeriums und des Reichsinnenministeriums) und ist zugleich Beschwerdestelle gegen die Entscheidungen des Reichskommissars. Dieser darf an Sitzungen des Aufsichtsamts, jedoch nur mit beratender Stimme, teilnehmen. Die Entscheidungen im Aufsichtsamt trifft, abgesehen von den Beschwerdefällen, der Vorsitzende allein.

Die Erlaubnis zum Betriebe von Kreditgeschäften, die samt und sonders genehmigungspflichtig gemacht sind, erteilt der Reichskommissar. Er kann bei Unzuverlässigkeit des Leiters eines Kreditunternehmens die Fortführung des Geschäftsbetriebs untersagen. Beschwerde dagegen wurde durch Gesetz vom 4. 9. 1938 grundsätzlich zugelassen, ihr jedoch bei Gefahr im Verzug die aufschiebende Wirkung versagt. Darüber hinaus konnte auch aus blossen Zweckmäßigkeitsgründen bis zum 31. Dezember 1935 vom Aufsichtsamt die Fortführung eines Geschäftsbetriebes verboten werden. Eine Sperre für die Neuerrichtung von Kreditanstalten war schon durch Verordnung vom 4. 9. 1934 verfügt worden.

Weitere wichtige Neuerungen des Gesetzes sind die Schaffung einer Evidenzstelle zur Feststellung der bei verschiedenen Kredit-

instituten laufenden Kredite eines Schuldners. Die Kreditinstitute müssen ferner jene Kreditnehmer, deren Gesamtverschuldung bei einem Einzelinstitut im Monat 1 Million RM übersteigt, dem Reichskommissar anzeigen. Die Einrichtung der Depotprüfer wurde zur Pflicht gemacht, die Bilanzprüfungspflicht auch für Aktiengesellschaften mit einem Kapital unter 1/2 Million RM und für Privatbanken neu eingeführt.

Allen Kreditinstituten ist eine Barliquidität von 10% der Verpflichtungen vorgeschrieben. Dabei ist zwischen liquiden Mitteln ersten Ranges (Kassenbestände, Guthaben bei der Reichsbank und den Postscheckkämtern) und solchen zweiten Ranges (90-Tage-Wechsel und lombardfähige Wertpapiere) unterschieden. Für den Besitz eines Kreditinstituts an Grundstücken, Beteiligungen und Dividendenpapieren sind im Gesetz bestimmte Grenzen festgelegt. Für Spareinlagen ist gesonderte Buchführung und gesonderte Anlage vorgeschrieben. Banksparkassen werden bis zum 31. 12. 1940 aufgelöst.

Dem Aufsichtsrat ist im Gesetz wieder die Beachtung "allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte" zur Pflicht gemacht. Der Bedeutungswandel dieser Vorschrift geht aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses für das Bankwesen vom November 1934 hervor, in dem es heisst, dass "dem nationalsozialistischen Staat vor allem Anleihe-möglichkeiten zur Verfügung stehen" müssten und dass "die Herstellung eines entsprechenden Geld- und Kapitalmarktes deshalb das Kernstück jeder Neuordnung des Kreditwesens" sei. Bei dem ungeheueren Geldbedarf des Dritten Reichs reichten aber die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Dezember 1934 nicht aus.

4) Die Emissionssperre für Ordrepapiere und die Darlehenssperre

Nachdem den Privatunternehmungen die Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen, für die nach § 795 des BGB staatliche Genehmigung erforderlich war, nicht mehr gestattet wurde, waren sie zur Ausgabe von indossablen Ordrepapieren übergegangen. Der Reichswirtschaftsminister forderte deshalb am 21. 10. 1935 die Reichsgruppe Banken in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft auf, ihren Mitgliedern die Einholung der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums auch zur Ausgabe von indossablen Ordrepapieren zur Pflicht zu machen. Den Versuchen der Wirtschaft, nunmehr umlaufsfähige Namensobligationen zu schaffen, die nicht Ordrepapiere waren, aber wirtschaftlich den gleichen Zweck der Kreditschöpfung erfüllten, wurde

durch Erlass des Reichswirtschaftsministeriums vom 15. Juli 1937 entgegengetreten, der für die Ausgabe solcher Obligationen ebenfalls die Einholung der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums vorschrieb. Damit war der gesamte Anleihemarkt der Lenkung des Reichswirtschaftsministeriums unterstellt.

Ein weiterer möglicher Weg der Kapitalbeschaffung, nämlich die Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wurde durch das Kapitalanlagegesetz vom 29. März 1934 und das Anleihestockgesetz vom 4. Dezember 1934 mit Verordnung vom 27. Februar 1935 gesperrt.

Das erstere Gesetz schrieb für alle Kapitalgesellschaften die Bildung eines Anleihestockes aus den 6% des Grundkapitals übersteigenden Gewinnausschüttungen durch deren Anlage in Anleihen des Reiches, der Länder oder der Gemeinden und Gemeindeverbände vor. Ueber die Bestände des Anleihestockes durfte vorerst durch Rechtsgeschäft nicht verfügt werden. Das Gesetz vom 4. Dezember 1934 schrieb allen Kapitalgesellschaften die Ueberweisung der 6% des eingezahlten Kapitals übersteigenden Gewinne an die Deutsche Golddiskontbank in Berlin vor. Diese Bank muss den überwiesenen Betrag in Reichsanleihe anlegen und für die betreffende Kapitalgesellschaft treuhänderisch verwalten. Der Anleihestock unterliegt nicht der Zwangsvollstreckung, weder die Gesellschaft, noch die verschiedenen Gesellschafter können darüber verfügen. Etwas entgegen den Vorschriften des Gesetzes verteilte Gewinnanteile müssen dem Anleihestock zurückerstattet werden. Um verstärkte Gewinnausschüttungen durch Kapitalerhöhungen zu verhindern, wurde für diese durch Verordnung vom 27. 2. 1935 die Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums vorgeschrieben.

Als letzte Möglichkeit blieb der Privatwirtschaft die Finanzierung durch Aufnahme langfristiger Darlehen, besonders seitens der kapitalkräftigen privaten Versicherungsgesellschaften übrig. Die Hingabe solcher Darlehen durch die Versicherungsgesellschaften bedarf nach § 68 des Versicherungsaufsichtsgesetzes der Zustimmung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung. Durch Anweisung an die Versicherungsaufsichtsbehörden veranlasste das Reichswirtschaftsministerium im Jahre 1935 diese Behörden, solche Anträge vor Erteilung der Genehmigung dem Reichswirtschaftsminister vorzulegen. Dadurch konnte das anlaufesuchende Kapital der Versicherungsgesellschaften ebenfalls für Staatszwecke erfasst werden.

5) Der Hypothekensperrerrlass

Im Zeichen der gesteigerten Kriegsvorbereitung wurde sodann durch den Hypothekensperrerrlass vom 12. August 1938 den Sparkassen, öffentlichen und privaten Versicherungsgesellschaften, den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und den Kreditgenossenschaften jede Hingabe von Hypothekendarlehen für Neu- und Altbauten verboten. Durch Ergänzungserlasse wurden für Heereswohnbauten, Wohnbauten für Vierjahresplantriebe und dergleichen Ausnahmen zugelassen. Der Erlass ist bis zum 1. April 1939 befristet.

Unmittelbar zu den Kriegsvorbereitungsmassnahmen gehörte auch das Gesetz vom 4.9. 1938, in dem der Reichskommissar für das Bankwesen ermächtigt wurde, die auf grundsätzlich 1.000 RM begrenzte Rückzahlung auf ein Sparbuch im Monat (Bek. vom 19. 12. 1936) "bei aussergewöhnlichen Notständen" im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister zu ändern.

Alle diese gesetzlichen Massnahmen dienten dazu, den gesamten Geld- und Kreditmarkt der staatlichen Lenkung und Kontrolle zu unterstellen. War bis zur Einführung des "Neuen Finanzplans" diese Lenkung darauf gerichtet, den gesamten volkswirtschaftlichen Kredit in möglichst grossem Umfange unmittelbar der Finanzierung der Staatsaufträge nutzbar zu machen, so haben diese Gesetze neuerdings einen anderen Sinn bekommen. Im Rahmen des "Neuen Finanzplans" geben sie dem Staat die Möglichkeit, die neu aufgezugene private Investitions- und Emissionstätigkeit so zu dirigieren, wie es den Bedürfnissen der deutschen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen entspricht.

VII. Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht

1) Geschichtliches

Der freie Arbeitsvertrag zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem Unternehmer war auch von den deutschen Organisationen der Arbeitnehmer als Mittel unbeschränkter Ausbeutung bekämpft worden. In einer grundlegenden Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vom 15. 11. 1918 wurden die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeitnehmer anerkannt und die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Abschluss von kollektiven Vereinbarungen (Tarifver-

trägen) zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vorgesehen. Dabei wurde das Recht auf Aussperrung und Streik beiderseits aufrechterhalten. In der Tarifvertragsverordnung vom 23. 12. 1918 wurde die Abmachung vom 15. 11. 1918 auch vom Staate bestätigt. In der Verfassung von Weimar vom 11. August 1919 wurde die Koalitionsfreiheit der Arbeiter anerkannt. Die Gewerkschaften blieben jedoch nicht rechtsfähige Vereine, sie wurden nicht etwa zu öffentlich-rechtlichen Korporationen erhoben. Für Arbeitsstreitigkeiten wurde später eine besondere Arbeitsgerichtsbarkeit eingeführt. Innerhalb der Betriebe verschaffte das Betriebsrätegesetz von 1919 den Arbeitern und Angestellten ein gewisses Mitspracherecht, ebenso einen gewissen Kündigungsschutz.

In Italien führte der Sieg des Faschismus zur Eingliederung der Gewerkschaften in den Staat. Alleinige Vertreter der Arbeitnehmer wurden die faschistischen Syndikate, deren Organe Angestellte des Staates sind. Diese Syndikate haben insbesondere das Recht, Zwangsbeiträge auch von Nichtmitgliedern zu erheben. Auch die Arbeitgeber sind in Syndikaten zusammengefasst. Zur Behandlung gemeinsamer Fragen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, insbesondere auf dem Gebiete des Lohnwesens und der Produktion, sind Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu "Korporationen" vereinigt, die unter Aufsicht eines eigenen Korporationenministeriums stehen. Diesen Korporationen kommt nach der letzten Entwicklung auch grosse politische Bedeutung zu, indem sie einen Teil der neuen "Volksvertretung" zu stellen haben.

2) "Führer" und "Gefolgschaft"

Im Dritten Reich sind die Nationalsozialisten andere Wege gegangen. Hier haben sie an die Bestrebungen der Arbeitgeber zur Atomisierung der Arbeiter nach Betrieben angeknüpft. Eine gewisse Vorarbeit war bereits durch die Werkzeitungen, Werkwohnungen, Werksportvereine und dergleichen geleistet worden. Verhüllt wurde die Entrechtung der Arbeitnehmer durch die Phrase der Nationalsozialisten, sie wollten die weltanschauliche Spaltung des deutschen Volkes in die Klassen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer überwinden. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften vernichtet und die Deutsche Arbeitsfront als neuer Träger der Arbeitsverfassung errichtet. Sie ist aber nur eine sehr lose Zusammenfassung der durch das Gesetz zur Regelung

der nationalen Arbeit vom 20. 1. 1934 gebildeten Betriebsgemeinschaften. Nach Verordnung des Führers vom 29. 3. 1935 hat die DAF die Stellung eines der nationalsozialistischen Partei angegliederten Verbandes und steht unter Führung des Reichsorganisationsleiters der Partei. Sie ist nicht nach Unternehmer- und Arbeitergruppen, sondern fachlich nach 18 Reichsbetriebsgemeinschaften, bezirklich nach Gauen, Kreisen und Ortsgruppen gegliedert. Unternehmer und Arbeiter sind stets zusammengefasst.

Aufgabe der DAF ist nach einer Rede Hitlers vom 24. Oktober 1934 "die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen". Die DAF hat "dafür zu sorgen", dass jeder seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den grössten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet." Sie hat "durch erzieherische Arbeit in den Betrieben die Voraussetzung sachlicher Leistungen zu schaffen". Sie hat ferner "den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, dass bei den Betriebsführern das Verständnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird." Sie soll "zwischen den berechtigten Interessen aller Beteiligten jenen Ausgleich finden, der den nationalsozialistischen Grundsätzen entspricht." Die DAF hat auch eine "vermittelnde und schlichtende Funktion", sie soll die Fälle, in denen der Treuhänder der Arbeit oder die sozialen Ehrengerichte eingreifen müssen, durch Herbeiführung einer Verständigung unter den Beteiligten möglichst vermindern. Verbindliche Anordnungen und Entscheidungen aber hat die DAF nicht zu treffen. Insbesondere besitzt sie keine "Tarifmacht", die allein dem Treuhänder der Arbeit zusteht. Immerhin sind die Sachverständigenausschüsse bei den Treuhändern der Arbeit und die Vertrauensräte in den Betrieben aus Mitgliedern der DAF zusammengesetzt.

Als ein der Partei angeschlossener Verband gilt die DAF als Träger öffentlicher Aufgaben und Befugnisse und als öffentliche Körperschaft. Sie hat das Recht, von ihren Mitgliedern Zwangsbeiträge zu erheben. Ihre "Walter" sind öffentliche Amtsträger. Die allgemeinen Anordnungen der DAF sind öffentliche Satzungen. Die DAF hat eigene Disziplinar- und Ehrengerichte. Sie untersteht nicht nur der Reichsaufsicht, sondern ist der politischen Führung durch die Dienststellen der Partei untergeordnet. Damit ist sie, ähnlich wie die russischen Gewerkschaften, die ebenfalls der Kommunistischen Partei untergeordnet sind, eine blosse Hilfsorganisation der herrschenden Macht ohne eigenen Lebenszweck.

Das Arbeitsrecht des Dritten Reichs ist in der Hauptsache im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. 1. 1934 niedergelegt.

Voraus ging insbesondere das Gesetz über Treuhänder der Arbeit vom 19. 5. 1933. Diese Treuhänder wurden für grössere Wirtschaftsgebiete (Ostpreussen, Schlesien, Pommern, Sachsen, Bayern, Südwestdeutschland usw.) vom Reichskanzler eingesetzt, um rechtsverbindlich für die Beteiligten die Bedingungen für den Abschluss von Arbeitsverträgen zu regeln, den Arbeitsfrieden aufrechtzuerhalten und bei der Vorbereitung der neuen Sozialverfassung mitzuwirken. Sie wurden an die Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden. Die den Schlichtern noch verbliebenen Arbeiten wurden den Treuhändern der Arbeit mit Verordnung vom 20. 7. 1933 übertragen.

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 ersetzt den modernen Arbeitsvertrag durch ein altgermanisches Rechtsgebilde, das Gefolgeverhältnis, eine Art Dienstvertrag. Nach § 1 des Gesetzes arbeiten im Betriebe der Unternehmer als Führer des Betriebs die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat. Gemäss § 2 entscheidet der Führer des Betriebs der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, andererseits hat er für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten. Dem Führer des Betriebes mit in der Regel mindestens 20 Beschäftigten treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebs. Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen, insbesondere alle Massnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, besonders der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebeschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betrieb und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Festsetzung von Bussen zu hören.

Die Zahl der Vertrauensmänner beträgt je nach der Beschäftigtenzahl mindestens 2 und höchstens 10 und ebensoviele Stellvertreter. Die Angestellten, Arbeiter und Hausgewerbetreibenden sind bei der Zusammensetzung des Vertrauensrats angemessen zu berücksichtigen. Der Vertrauensmann muss das 25. Lebensjahr vollendet haben, mindestens 1 Jahr dem Betrieb angehören und mindestens 2 Jahre im

gleichem oder einem verwandten Berufszweig tätig gewesen sein, Mitglied der DAF sein und die Gewähr dafür bieten, dass er jederzeit rückhaltslos für den nationalen Staat eintritt. Die Liste der Vertrauensmänner und Stellvertreter wird vom Führer des Betriebs (1) im Einvernehmen mit der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation aufgestellt und von der Gefolgschaft des Betriebs in geheimer Abstimmung gewählt. Stimmberechtigt sind die mindestens 21 Jahre alten Mitglieder der Gefolgschaft (Verordnung vom 10. 3. 1934). Einigt sich der Führer des Betriebs mit der Nazibetriebszellenorganisation über die Liste nicht oder wird sie von der Mehrheit der Gefolgschaft abgelehnt, so kann der staatliche Treuhänder der Arbeit die Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter in der erforderlichen Zahl berufen. Die Amtsdauer beträgt 1 Jahr (1. Mai bis 30. April). Das geringe Vertrauen der nationalsozialistischen Partei in die Stimmung der "Gefolgschaft" ergibt sich daraus, dass die Vertrauensmännerwahlen seit Jahren immer wieder hinausgeschoben worden sind.

Der Vertrauensrat wird vom Führer des Betriebs nach Bedarf oder auf Antrag der Hälfte der Zahl der Vertrauensmänner berufen. Die Kündigung eines Vertrauensmanns ist unzulässig, ausser bei Stilllegung des Betriebs oder einer Betriebsabteilung oder bei Vorliegen eines Grundes, der gesetzlich zur ausserordentlichen Kündigung berechtigt. Der Treuhänder der Arbeit kann einen Vertrauensmann wegen sachlicher oder persönlicher Ungeeignetheit aberufen (1). Gegen Entscheidungen des Führers des Betriebs über die Gestaltung der allgemeinen Arbeitsbedingungen kann die Mehrheit des Vertrauensrats den Treuhänder der Arbeit unverzüglich schriftlich anrufen, wenn die Entscheidungen mit den wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen des Betriebs nicht vereinbar erscheinen. Die Wirksamkeit der von dem Führer des Betriebs getroffenen Entscheidung wird aber dadurch nicht gehemmt. Der Treuhänder der Arbeit trifft, wenn ihm die Beschwerde begründet erscheint, die Entscheidung anstelle des Führers des Betriebs.

Die Einrichtung der Treuhänder der Arbeit ist im Gesetz vom 20. 1. 1934 weiter ausgestaltet. Sie sind zu Reichsbeamten unter der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministers erklärt. Ausser den bereits genannten Aufgaben obliegt ihnen noch die Entscheidung über Arbeiterentlassungen, die Ueberwachung der Bestimmungen über die Betriebsordnung, die Festsetzung und Ueberwachung von Richtlinien und Tarifordnungen, die Mitwirkung bei der sozialen Ehrengerichtbarkeit und die ständige Berichterstattung an den Reichsarbeitsminister über die sozialpolitische Entwicklung. Vor der beabsichtigten Entlassung von durchschnittlich 10% und mehr der Beschäftigtenzahl hat der Führer des Betriebes dem Treuhänder der Arbeit schriftlich Anzeige zu erstatten. Nur mit dessen Genehmigung werden die Entlassungen -abgesehen von den Fällen der fristlosen Entlassung- wirksam. Statt der Entlassung kann auch Kurzarbeit genehmigt werden. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen des Treuhänders der Arbeit werden mit

Geld- und Gefängnisstrafen geübt.

Zur Beratung in allgemeinen oder grundsätzlichen Fragen steht dem Treuhänder der Arbeit ein Sachverständigenbeirat zur Seite. Dreiviertel seiner Mitglieder werden Listen der DAF entnommen, ein Viertel beruft der Treuhänder selbst. Führer der Betriebe und Vertrauensmänner sind in etwa gleicher Zahl in die Liste aufzunehmen. Zur Beratung im Einzelfall kann der Treuhänder einen Sachverständigenausschuss berufen.

Jeder Angehörige einer Betriebsgemeinschaft hat sich durch sein Verhalten der Achtung würdig zu erweisen, die sich aus seiner Stellung in der Betriebsgemeinschaft ergibt, insbesondere seine volle Kraft dem Dienst des Betriebs zu widmen und sich dem gemeinen Wohl unterzuordnen. Grobliche Verletzungen dieser Pflichten werden als Verstöße gegen die soziale Ehre von den Ehrengerichten abgeurteilt.

Als Beispiele solcher Verstöße sind aufgeführt: Böswillige Ausnutzung der Arbeitskraft der Gefolgschaft durch den Führer des Betriebs unter Missbrauch seiner Machtstellung; Gefährdung des Arbeitsfriedens durch böswillige Verhetzung der Gefolgschaft; fortgesetzte böswillige Störung des Arbeitsfriedens; wiederholte unbegründete Beschwerden oder Anträge an den Treuhänder der Arbeit (!); unbefugte Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen.

Ehrengerichtliche Strafen sind Warnung, Verweis, Geldbusse bis zu 10.000 RM, Aberkennung der Fähigkeit, Führer des Betriebs oder Vertrauensmann zu sein, Entfernung vom bisherigen Arbeitsplatz. Das Verfahren richtet sich im allgemeinen nach den Vorschriften über das Strafverfahren, doch findet keine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft statt. In jedem Bezirk eines Treuhänders der Arbeit ist ein soziales Ehrengericht zu bilden. Vorsitzender ist ein richterlicher Beamter; die Beisitzer, je ein Führer des Betriebs und ein Vertrauensmann, werden Vorschlagslisten der DAF entnommen. Ueber Berufung entscheidet der Reichsehrengerichtshof in Berlin, der mit zwei Berufsrichtern, je einem Führer eines Betriebs und einem Vertrauensmann und einer weiteren von der Reichsregierung bestimmten Person besetzt ist.

Wird einem Angestellten oder Arbeiter nach einjähriger Beschäftigung in dem gleichen Betrieb oder dem gleichen Unternehmen gekündigt, so kann er, wenn es sich um einen Betrieb mit in der Regel mindestens 10 Beschäftigten handelt, binnen zwei Wochen nach Zugang der Kündigung beim Arbeitsgericht mit dem Antrag auf Widerruf der Kündigung klagen, wenn diese unbillig ist und nicht durch die Verhältnisse des Betriebs bedingt ist. Der Klage muss eine Bestätigung des Vertrauensrats beigelegt werden, dass die Frage der Weiterbeschäftigung im Vertrauensrat erfolglos beraten worden ist. Erkennt das Ge-

nicht auf Widerruf der Kündigung, so ist im Urteil von Amts wegen eine Entschädigung für den Fall festzusetzen, dass der Unternehmer den Widerruf ablehnt. Die Entschädigung richtet sich nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Sie durfte ursprünglich 4/12 des letzten Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen. Durch Gesetz vom November 1934 wurde der Satz auf 5/12, bei Kündigung aus offensichtlicher Willkür oder aus nichtigen Gründen unter Missbrauch der Machtstellung im Betrieb bis zur vollen Höhe des letzten Jahresarbeitsverdienstes erhöht.

In jedem Betrieb mit in der Regel mindestens 20 Arbeitern und Angestellten ist vom Führer eine Betriebsordnung für die Gefolgschaft zu erlassen. In ihr sind folgende Arbeitsbedingungen aufzunehmen: Anfang und Ende der täglichen Arbeitszeit und Pausen; Zeit und Art der Gewährung des Arbeitsentgelts, gegebenenfalls auch die Grundsätze für die Berechnung der Gedingearbeit (Akkord); Bestimmungen über Art, Höhe und Einziehung von Arbeitsbussen, die der Organisation "Kraft durch Freude" zufallen (Verordnung vom 10. 3. 1934); die Fälle der ausserordentlichen Kündigung, "soweit es nicht bei den gesetzlichen Gründen bewenden soll"; die Verwendung der durch rechtswidrige Auflösung des Arbeitsverhältnisses verwirkten Entgeltbeträge. Weitere Bestimmungen z.B. über das Verhalten der Gefolgschaft im Betriebe, über Unfallverhütung und dergleichen können aufgenommen werden. Soweit in der Betriebsordnung das Arbeitsentgelt festgesetzt ist, müssen die Mindestsätze angegeben werden. Die Bestimmungen der Betriebsordnung sind für die Betriebsangehörigen rechtsverbindlich.

Der Treuhänder der Arbeit kann nach Beratung in einem Sachverständigenausschuss Richtlinien für den Inhalt von Betriebsordnungen und Einzelarbeitsverträgen festsetzen. Er kann auch nach Beratung in einem Sachverständigenausschuss eine Tarifordnung schriftlich erlassen, wenn dies zur Regelung der Arbeitsverhältnisse zwingend geboten ist. Die Bestimmungen der Tarifordnungen sind als Mindestbedingungen rechtsverbindlich. Entgegenstehende Bestimmungen in Betriebsordnungen sind nichtig. Ist der Erlass von Richtlinien oder einer Tarifordnung für einen Geltungsbereich, der nicht nur unwesentlich über den Bezirk eines Treuhänders der Arbeit hinausgeht, geboten, so bestimmt der Reichsarbeitsminister für die Regelung einen Sondertreuhänder der Arbeit. Ein solcher kann von ihm auch für andere bestimmte Aufgaben gestellt werden.

Durch Gesetz vom 23. März 1934 wurden die Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit auch auf die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe ausgedehnt. Doch können Vertrauensräte nur in Verwaltungen gebildet werden, die nicht hoheitliche Befugnisse ausüben. Statt des Treuhänders der Arbeit ist ein Sonder-treuhänder für den öffentlichen Dienst eingesetzt (Verordnung vom 26. 2. 1938).

Durch Verordnung vom 8. 4. 1935 wurden sämtliche Betriebe eines deutschen Hafens zu einem einheitlichen Gesamthafenbetrieb zusammengefasst, dessen "Gefolgschaft" die urständigen Hafentarbeiter bilden.

Die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu einem Folgeverhältnis hat in der nationalsozialistischen Rechtsliteratur zu einem erbitterten Streit darüber geführt, ob die schuldrechtlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag noch anwendbar seien oder nicht. Der Rückgriff ins altgermanische Recht ist jedenfalls aus geschichtlichen, tatsächlichen und rechtstechnischen Gründen vollkommen verfehlt.

Das Folgeverhältnis beruhte auf freiwilligem Dienstvertrag zwischen Herrn und Mann, der den Herrn zu Schutz, Entgelt und kriegerischer Ausrüstung des Mannes und diesen zu völliger persönlicher Hingabe an den Dienst des Herrn verpflichtete (vergleiche Beowulf, 2866 ff. 2885 ff.) und ein dem Familienbunde nachgebildetes gegenseitiges Treuverhältnis begründete (vgl. die Bezeichnung der "Mannen" als "Degen", d.h. als Kinder des Herrn oder als "Magen" = Vettern). Im Kampfe bildete das stets berittene Gefolge die Leibwache des Herrn, ohne den es nicht aus dem Felde zurückkehren durfte. Was das Gefolge erbeutete, gehörte dem Herrn, der dadurch die Mittel gewann, seine Mannen zu erhalten und mit Geschenken zu erfreuen. Die weitgehende Unterordnung des Mannes, wie sie das Folgeverhältnis voraussetzt, war nach germanischer Auffassung nur tragbar, wenn der Dienst wenigstens mittelbar als Staatsdienst angesehen werden konnte, der Herr also Träger von Staatsgewalt war.

Im Gegensatz dazu ist das moderne Arbeitsverhältnis ein schuldrechtlicher Vertrag, bei dem der eine Teil zur Leistung von Arbeit, der andere zur Leistung eines Entgelts verpflichtet ist. Eine gewisse äusserliche Abhängigkeit ergibt sich allerdings durch die Eingliederung des Arbeitnehmers in die Organisation einer Fabrik. Beim Gesamtarbeitsvertrag stehen die Arbeitnehmer dem Arbeitgeber in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht als Gleichberechtigte gegenüber. Dieses freie Arbeitsverhältnis des modernen Arbeiters kann mit dem einem Familienbunde nachgebildeten Folgeverhältnis nicht im entferntesten verglichen werden. Immerhin ist die Rechtsstellung des Arbeiters durch die von den Nationalsozialisten versuchte Wiedererweckung längst überlebter patrimonialer Verhältnisse grundsätzlich verschlechtert worden.

Weitere Verschlechterungen stellen insbesondere die Umgestaltung des früheren Betriebsrats in einen vom Unternehmer zusammengesetzten und von ihm daher viel stärker abhängigen Vertrauensrat und die Er-

setzung der Selbsthilfe der Arbeitnehmer bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingung durch staatlichen Machtspruch dar, der weitgehend durch politische Rücksichten bestimmt wird. Diese haben inzwischen mit der Durchpeitschung eines riesigen Aufrüstungs- und Autarkieprogramms zu einer weitgehenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen selbst geführt.

3) Arbeiterschutz

Der Arbeiterschutz ist im Dritten Reich bis jetzt wenig gefördert worden. In dem Gesetz über die Heimarbeit vom 23. März 1934 wurden die früheren Vorschriften teilweise neu gefasst. Die durch Gesetz vom 27. 6. 1923 als Organe der Entgeltfestsetzung für die Heimarbeit eingesetzten Fachausschüsse, die sehr verdienstvoll gewirkt hatten, waren wegen ihrer "Bindung an ein demokratisches Abstimmungsverfahren" schon durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit beseitigt, ihre Aufgaben den Treuhändern der Arbeit übertragen worden.

Die Treuhänder können die bisherigen Entgeltfestsetzungen der Fachausschüsse durch Tarifordnungen übernehmen. Ebenso können sie die Ausgabe oder die Weitergabe von Heimarbeit solchen Personen verbieten, die wiederholt wegen Verstößen gegen das Gesetz bestraft oder mit Bussen belegt worden sind. Neu ist die Bestimmung, dass die Listen der mit Heimarbeit beschäftigten Personen in den Ausgaberräumen ausgehängt werden müssen. Der Hausgewerbetreibende, der noch zwei fremde Hilfsarbeiter beschäftigt, ist gesetzlich dem Hausgewerbetreibenden, der allein oder mit Familienangehörigen arbeitet, gleichgestellt. Als Zwischenmeister gilt nur mehr, wer die ihm vom Gewerbetreibenden übertragene Arbeit an Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende weitergibt. Die Pflicht zur Listenführung ist jetzt auch dem Zwischenmeister auferlegt. Eine Auskunftspflicht über Entgelte ist neu eingeführt. Neben dem Zwischenmeister haftet jetzt auch der Auftraggeber, der dem Zwischenmeister ein Entgelt zahlt, von dem er wissen muss, dass es für die in der Tarifordnung festgesetzten Entgelte der Heimarbeiter nicht ausreicht. Das frühere Bussenverfahren ist beibehalten. Der Auftraggeber kann jedoch der Busse jetzt dadurch entgehen, dass er dem Heimarbeiter den vorenthaltenen Lohnanteil nachzahlt. Heimarbeit, die mit erheblichen Gefahren für Gesundheit, Leben oder Sittlichkeit verbunden ist, kann der Reichsarbeitsminister verbieten.

Das Gesetz über die Unterkunft bei Bauten vom 13. 12. 1934 mit Verordnung vom 10. 1. 1935 wurde durch die schlechten Unterkunftsverhältnisse der bei den Autobahnen beschäftigten Arbeiter veranlasst. Nach diesem Gesetz hat der Unternehmer für seine auf einer Baustelle beschäftigten Arbeiter, die keine eigene leicht erreichbare Unterkunft haben, Schlaf- und Aufenthaltsräume bereitzustellen, die die

Arbeiter gegen die Gefahren für die Gesundheit, besonders gegen Unbilden der Witterung schützen, eine angemessene Unterkunft ermöglichen und die Arbeitsfreude erhalten.

Ein Ausnahmegesetz ist buchstäblich das Jugendschutzgesetz vom 30.4. 1938. Es erstreckt sich auf alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, mit Ausnahme der in der Hauswirtschaft, Landwirtschaft, Tierzucht, Jagd, See- und Binnenschifffahrt und Luftschifffahrt Beschäftigten, für die Sondergesetze kommen sollen. Das Schutzalter wird vom 16. auf das 18. Lebensjahr hinaufgesetzt, mit Ausnahmen, z.B. bei mehrschichtigen Betrieben. Die Berufschulzeit soll in die Arbeitszeit eingeschlossen sein, mit Ausnahmen z.B. für den Bergbau und die Glashüttenindustrie. Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren dürfen zu sonst zulässiger Mehrarbeit nicht herangezogen werden, mit Ausnahme der Notfälle und zum Ausgleich der am Werktag ausfallenden Arbeitsstunden. Bei Mehrarbeit darf der Zehnstundenarbeitstag nicht überschritten werden, mit Ausnahme der dringenden Fälle. Die bisherigen Vorschriften über die Nachtruhe Jugendlicher sind auf solche zwischen 16 bis 18 Jahren ausgedehnt, mit Ausnahmen für mehrschichtige Betriebe und solche Gewerbebezüge, in denen die Abend- oder Nachtarbeit Jugendlicher nicht entbehrt werden kann. An den Tagen vor Sonn- und Feiertagen dürfen Jugendliche wegen der "staatspolitischen Erziehung" nach 2 Uhr nachmittags nicht mehr beschäftigt werden, ausgenommen in offenen Verkaufsstellen. Den hier beschäftigten Jugendlichen soll ein anderer Werktagnachmittag freigegeben werden. Sonntagsarbeit für Jugendliche bis zu 18 Jahren ist verboten, ausgenommen in Gewerbebezügen mit erhöhtem Arbeitsbedarf an Sonntagen. Im Endergebnis dürfen Kinder unter 14 Jahren mit leichten Arbeiten und unter guten hygienischen Verhältnissen bis zu 5 Stunden am Tag, Jugendliche von 14 bis 16 Jahren volle 8 Stunden, und zwar bis 10 Uhr abends, und Jugendliche von 16 bis 18 Jahren bis zu 9 Stunden, und zwar auch in Nachtarbeit beschäftigt werden. Für Jugendliche bis zu 16 Jahren ist vom Gesetz ein jährlicher Urlaub von 15 Tagen, für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren ein solcher von 12 Tagen vorgeschrieben. Die neuen Schutzbestimmungen sind übrigens noch nicht in Kraft gesetzt.

Eine Verordnung über Glashütten und verwandte Betriebe vom 23. 12. 1938 bringt Vorschriften über Arbeitsräume, Betriebseinrichtungen,

Beschäftigungsverbote, ärztliche Untersuchung und Ueberwachung und Ausnahmen vom Jugendschutz in diesen gesundheitsschädlichen Betrieben.

Ein Beispiel für die grundsatzlose Einstellung der Nationalsozialisten bildet die Aufhebung des Nachtbackverbotes in Bäckereien und Konditoreien, das nach der Revolution von 1918 erlassen worden war.

Die Verordnung von 1918 untersagte in den genannten Betrieben die Arbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Die Landesbehörden konnten eine Verschiebung der Arbeitszeit um höchstens 1 Stunde genehmigen. Frisches Gebäck durfte erst ab 6 1/2 Uhr morgens verkauft werden. Das Verbot wurde durch Gesetz über eine "vorübergehende" Aenderung vom 26. 3. 1934 "aufgelockert". Die Arbeiten zur Teigbereitung wurden schon ab 4 Uhr morgens, jedoch nur für eine beschränkte Zahl von Arbeitnehmern gestattet. Jugendliche unter 16 Jahren durften erst ab 5 Uhr morgens beschäftigt werden. Die Abgabe von frischer Backware wurde ab 6 Uhr morgens erlaubt, "damit auch der Arbeiter eine Frühsemmel bekommen" könne. Als weiterer Grund für die "Lockerung" wurde die reichliche Weizenerte angeführt. Das Gesetz vom 26.9. 1934 setzte den Beginn der Arbeit auf frühestens 4.30 Uhr morgens fest, auch Jugendliche durften jetzt von diesem Zeitpunkt ab beschäftigt werden.

Die "endgültige Befriedung dieser langumkämpften Streitfrage" unter "Zurückstellung erheblicher sozialpolitischer Bedenken" wollte dann das Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 29.6. 1936 bringen. Es legte den Arbeitsbeginn auf 4 Uhr morgens fest. Gleichzeitig wurde die tägliche Arbeitszeit für das Bäckerhandwerk auf 10 Stunden hinaufgesetzt, denn "für die bisherige Grenze von 9 Stunden liege kein berechtigter Grund vor". Auch an Sonn- und Feiertagen wurde 1 Stunde Arbeitszeit zugelassen, für die Herstellung leichtverderblicher Konditorwaren sogar zwei ununterbrochene Stunden. Der Gewerbeaufsichtsbeamte kann eine Ueberschreitung von weiteren 2 Stunden genehmigen. Für besondere Fälle sind noch weitere Ausnahmen möglich. Die Einhaltung des Gesetzes sollte "von nun an mit allen Mitteln" erzwungen werden. Durch Gesetz vom 30.4. 1938 wurde den Lebensmittelgeschäften die Ladenöffnung schon um 5 Uhr früh gestattet und die Bestimmung getroffen, dass bei Sonntagsarbeit im Bäckergerwerbe einer der nächsten Werktagnachmittage ab 13 Uhr freizugeben sei. Nach einer Ausführungsverordnung für Arbeitszeitverordnung vom 12.12. 1938 darf die ununterbrochene Ruhezeit auch in Bäckereien und Konditoreien auf 10 Stunden verkürzt werden.

4) Die Arbeitszeit

Allgemein wurde in der gewerblichen Wirtschaft der Achtstundearbeitstag erst im Laufe des Jahres 1938 infolge des wahnwitzigen Rüstungstempos beseitigt. Memhafte Verschlechterungen gegenüber der Fassung der Arbeitszeitordnung vom 26. 7. 1934 brachte bereits die "Arbeitszeitordnung" vom 30. 4. 1938.

Zwar wurde der Achtstundentag als Regel noch beibehalten. Durch Vor- und Abschlussarbeiten kann er um täglich zwei Stunden, jedoch höchstens bis zu 10 Stunden verlängert werden. An 30 Tagen im Jahr sind täglich 2 Stunden Mehrarbeit, jedoch im ganzen nicht mehr als 10 Stunden Arbeit täglich erlaubt. Nach § 7 kann die tägliche Arbeitszeit allgemein bis zu 10 Stunden verlängert werden, bei Arbeitsbereitschaft sogar über 10 Stunden hinaus. Das Gewerbeaufsichtsamt kann bei Nachweis eines dringenden Bedürfnisses eine andere Regelung zulassen, sogar über 10 Stunden täglicher Arbeitszeit hinaus, "wenn die Arbeitszeitverlängerung aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls erforderlich ist". In aussergewöhnlichen Fällen ist nach § 14 nochmals eine Verlängerung möglich. Schliesslich kann nach § 28 der Reichsarbeitsminister über die vorgesehenen Ausnahmen hinaus noch weitere Ausnahmen zulassen, "wenn sie im öffentlichen Interesse dringend nötig werden". Schon nach dieser Verordnung war also vom Achtstundentag wenig mehr übrig geblieben.

Nach der Ausführungsverordnung vom 12. 12. 1938 ist die Grenze, bis zu der die regelmässige tägliche Arbeitszeit verlängert werden darf, in der Tarifordnung festzulegen. Sie darf 10 Stunden nur für Gefolgschaftsgruppen überschreiten, in deren Arbeitszeit regelmässig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt. Davon abweichen die Bestimmungen in laufenden Tarifordnungen treten ausser Kraft und werden durch die neue gesetzliche Regelung ersetzt (!). Nach einem Erlass vom 30. 12. 1938 endlich kann in staatspolitisch wichtigen Gewerbebezügen die Arbeitszeit bis auf 12 Stunden hinaufgesetzt und in Notfällen dürfen weitere Ueberstunden gefordert werden, wenn wenigstens dafür gesorgt ist, dass "die täglich zu gewährende ununterbrochene Ruhezeit nicht weniger als 10 Stunden beträgt". Alle 3 Wochen einmal darf aber sogar bis zu 16 Stunden täglich gearbeitet werden.

Durch eine Verordnung Görings vom 2. März 1939 ist die Untertage-Arbeit im Bergbau vom 1. April ab täglich um 45 Minuten verlängert worden.

Die Folgen eines solchen Raubbaus an der Gesundheit der Arbeiter können nicht ausbleiben. Hundert Jahre sozialpolitischer Entwicklung und harter Arbeitskämpfe sind vergebens gewesen.

5) Die Lohngestaltung

Bis zum Vierjahresplan war die Lohngestaltung ausschliesslich den Treuhändern der Arbeit überlassen. Am 3. 12. 1937 ordnete der Beauftragte für den Vierjahresplan, Göring, an, dass den Arbeitern auch

für die Weihnachtsfeiertage, den Neujahrstag und für den Oster- und Pfingstmontag der Arbeitslohn ausbezahlt werden müsse. Durch Verordnung vom 25. 6. 1938 wurden die Treuhänder und Sondertreuhänder der Arbeit zwecks "Durchführung der Reichsverteidigung" verpflichtet, "die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwachen und alle Massnahmen zu treffen, um eine Beeinträchtigung der Wehrhaftmachung und der Durchführung des Vierjahresplanes durch die Entwicklung der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen zu verhindern". Die Treuhänder wurden insbesondere ermächtigt, in den vom Reichsarbeitsminister bestimmten Wirtschaftszweigen, auch unter Abänderung von Betriebsordnungen und Arbeitsverträgen, Löhne mit bindender Wirkung nach oben und unten festzusetzen. Für Zuwiderhandlungen wurden Gefängnis und Geldstrafe in unbeschränkter Höhe angedroht.

Durch diese Verordnung sollte vor allem die "Abwerbung" von Arbeitskräften durch hohe Löhne verhindert werden. Bei dem grossen Mangel an Facharbeitern hatten sich nämlich die Unternehmer Arbeitskräfte durch Gewährung höherer Löhne wechselseitig abgetrieben. Als Mittel gegen diese "Abwerbung" wird von den Treuhändern der Arbeit u. a. Verlängerung der Kündigungsfristen bis zu 3 Monaten, Genehmigungszwang für Wechsel des Arbeitsplatzes (!), Bestrafung des Vertragsbruchs, Festsetzung von Höchstlöhnen und dergleichen angewendet. Diese Massnahmen haben selbst bei den Nationalsozialisten z.T. erhebliche rechtliche Bedenken hervorgerufen.

6) Der Arbeitseinsatz

Der nationalsozialistische "Arbeitseinsatz" beschränkte sich in den ersten Jahren des Dritten Reiches auf Massnahmen zur allmählichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Dabei wurde, wie in dem Gesetz über die Zigarrenindustrie vom 15. 7. 1933, die Handarbeit durch ein Verbot der Neuaufstellung von Maschinen und der Wiederinbetriebnahme stillgelegter Maschinen, andererseits durch Reichszuschüsse für den Uebergang zur Handarbeit, begünstigt. Auch das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1.6. 1933, in dem für Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden, den Bau vorstädtischer Kleinsiedlungen, für landwirtschaftliche Siedlungen, Flussregulierungen, Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität usw. Darlehen und Zuschüsse bis zu 1 Milliarde RM

ausgeworfen waren, schrieb in den Bedingungen die Verwendung nur menschlicher Arbeitskraft vor, soweit dadurch nicht eine unverhältnismässige Verteuerung eintrat. Die "eingesetzten" Arbeitslosen erhielten die Arbeitslosenhilfen, die ihnen für den Fall der Fortdauer der Arbeitslosigkeit zustanden, ferner alle vier Wochen in Form von Bedarfsdeckungsscheinen 25 RM und vom Träger der Arbeit eine warme Mahlzeit je Arbeitstag oder ein angemessenes Entgelt in bar. Durch das gleiche Gesetz wurde ein Anreiz zur Einstellung von Hausgehilfinnen durch Steuerbegünstigung und die Einrichtung der Ehestandsdarlehen geschaffen, durch die die Arbeitnehmerinnen veranlasst wurden, sich zu verheiraten und ihr bisheriges Arbeitsverhältnis zu lösen. Das Ehestandsdarlehn betrug in der Regel 1000 RM. Bei der Geburt jedes Kindes wurden 25% erlassen. Die Mittel wurden in der Hauptsache durch eine Ehestandshilfe der Ledigen, eine zusätzliche Einkommensteuer, aufgebracht.

Eine umfassende Regelung des "Arbeitseinsatzes" brachte das Gesetz vom 15. 5. 1934. Es ermächtigte den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, für Bezirke mit höherer Arbeitslosigkeit anzuordnen, dass Arbeitnehmer, die in diesen Bezirken bisher keinen Wohnort hatten, sowie Personen, die in den letzten drei Jahren in der Landwirtschaft tätig gewesen waren, nur mit seiner vorherigen Zustimmung eingestellt würden. Ebenso konnte er die Entlassung von früher in der Landerbeit beschäftigten Arbeitnehmern verlangen.

Das auf Grund des wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes ergangene Gesetz über die Verteilung von Arbeitskräften vom 10. 8. 1934 übertrug dem Präsidenten der Reichsanstalt die alleinige Befugnis, die Verteilung von Arbeitskräften, insbesondere ihren Austausch zu regeln. Durch Anordnung vom 28. 8. 1934 verpflichtete er die Führer der Betriebe zur Prüfung der Zusammensetzung ihrer Gefolgschaft nach Alter, staatspolitischen Gesichtspunkten, insbesondere auch Beschäftigung Kinderreicher, und zum Austausch junger gegen ältere Arbeitskräfte. Bei der Besetzung von Arbeitsplätzen sollten Angehörige der "Sonderaktion", nämlich Mitglieder der SA, SS, des Stahlhelms, der Nationalsozialistischen Partei (Mitgliedsnummern 1 - 500.000) und Amtswalter bevorzugt werden. Für Minderleistungen älterer Angestellter wurden die Betriebe mit Zuschüssen aus Mitteln der

Reichsanstalt entschädigt. Ausscheidende Arbeitskräfte unter 25 Jahren sollten in der Landwirtschaft untergebracht werden. Für die Herstellung neuer Familienwohnungen für mehr eingestellte Landerbeiter wurden Reichszuschüsse gewährt.

"Zur weiteren Sicherung eines geordneten Arbeitseinsatzes" darf nach Gesetz vom 5. 11. 1935 mit Durchführungsverordnung vom 26. 11. 1935 die Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung nur mehr von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung betrieben werden. Der Präsident der Reichsanstalt wurde ermächtigt, gewisse Personengruppen "beim Vorliegen staatlicher Notwendigkeiten" bevorzugt in Arbeit zu vermitteln. Ausnahmen vom Arbeitsvermittlungsmonopol waren vorgesehen.

Eine bedeutsame Rolle begann dann der "Arbeitseinsatz" unter der Herrschaft des "Vierjahresplans" zu spielen. Durch eine erste Anordnung über die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses vom 7. 11. 1936 wurden die privaten und öffentlichen Betriebe der Eisen- und Metallwirtschaft, sowie des Baugewerbes mit 10 und mehr Beschäftigter verpflichtet, eine in angemessenem Verhältnis zur Zahl der Facharbeiter stehende Zahl von Lehrlingen zu halten. Die Anzahl wurde vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung festgesetzt. Unternehmen, die nicht in der Lage waren, genügend viel Lehrlinge zu beschäftigen, mussten eine "Ablösung" an die Reichsanstalt entrichten.

Eine weitere Anordnung vom gleichen Tage machte zur Sicherstellung des Bedarfs an Metallarbeitern für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufträge jede Mehreinstellung von Metallarbeitern in einem privaten oder öffentlichen Betrieb von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig. Diese durfte nur nach der staatspolitischen Bedeutung der Aufträge erteilt werden. Bevorzugt waren Zwecke der Wehrhaftmachung, der Ernährung, der Aufbau der einheimischen Rohstoffwirtschaft, die Förderung der Ausfuhr.

In einer dritten Anordnung vom 7. 11. 1936 wurden die Unternehmer zur Anzeige einer nicht fachgemässen Beschäftigung von Metallarbeitern und Baufacharbeitern in ihren Betrieben an das Arbeitsamt verpflichtet. Dieses hatte dann für eine fachgemässe Beschäftigung dieser Arbeiter, Werkmeister, Betriebsbeamten und Techniker zu sorgen.

Eine weitere Anordnung vom 7.11. 1936 schrieb zwecks "Ausnutzung jeder Arbeitskraft" den Betrieben und Verwaltungen mit 10 oder mehr Beschäftigten vor, Angestellte im Alter von 40 Jahren und darüber zu beschäftigen, "soweit sie eine ordnungsmässige Vorbildung haben und einsetzfähig sind". Ueber das Vorhandensein dieser Voraussetzungen sollte das Arbeitsamt entscheiden. Auf Grund des Ergebnisses einer Meldung aller ständig beschäftigten Angestellten bestimmte der Präsident der Reichsanstalt, in welchem Umfange ältere Angestellte beschäftigt werden müssten. "Ötigenfalls war jüngeren Angestellten zu kündigen.

Schliesslich wurde noch durch eine Anordnung vom 7.11. 1936 die Anwerbung oder Vermittlung von Metallarbeitern und Baufacharbeitern durch Kennwortanzeigen in Zeitungen verboten.

Durch eine Verordnung vom 22.12. 1936 wurde den Unternehmern in der Eisen- und Metallwirtschaft, im Baugewerbe, in der Ziegelindustrie und in der Landwirtschaft das Recht eingeräumt, im Fall einer unberechtigten vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses durch einen Arbeiter oder Angestellten dessen Arbeitsbuch bis zum Zeitpunkt der ordnungsmässigen Endung des Arbeitsverhältnisses zurückzubehalten. Das Arbeitsbuch war durch Gesetz vom 26.2. 1935 für die vom Reichsarbeitsminister bestimmten Personenkreise, schliesslich für sämtliche Arbeitergruppen, wieder eingeführt worden, "um die zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten". Die Beschäftigung und die Arbeitsaufnahme von Arbeitern und Angestellten ohne des vom Arbeitsamt ausgestellte Arbeitsbuch wurde mit Haft und Geldstrafe bedroht. Nur volksschulpflichtige Kinder, Heimarbeiter und Bezieher eines Monatsgehalts von mehr als 1.000 RM wurden von der Pflicht zur Führung eines Arbeitsbuches befreit (Verordnung vom 16.5. 1935). Diese Ausnahmen sind durch eine Verordnung vom 22. April 1939 aufgehoben worden, die zugleich die Arbeitsbuchpflicht auch auf die selbständigen Berufstätigen ausdehnte.

Nach einer Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung vom 11.2.1937 durften Metallarbeiter in privaten und öffentlichen Betrieben aller Art nur mehr mit schriftlicher Zustimmung des Arbeitsamtes eingestellt werden. Zur zweckvolleren Ausnutzung der Arbeitskräfte aus staats- und wirtschaftspolitischen

Gründen wurde am 14.12. 1937 die Anordnung erlassen, Wandergewerbescheine oder Stadthausierscheine nur noch mit Zustimmung des Arbeitsamtes auszustellen. Aus den gleichen Gründen musste auf Antrag des Arbeitsamtes der Wandergewerbeschein und Stadthausierschein entzogen werden. Eine Anordnung vom 6.10. 1937 machte die Einstellung auch von Maurern oder Zimmerern von der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig. Dieses hat die Zustimmung zu versagen, wenn der Abzug des Zimmerers oder Maurers staats- oder wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufgaben beeinträchtigt oder die Wirtschaftlichkeit des Betriebes stört oder beteiligte Gemeinden unnötig belastet.

Am 1. März 1938 wurde die Meldung der Schulentlassenen bis zum 21. Lebensjahr innerhalb zweier Wochen seit Schulabgang beim zuständigen Arbeitsamt angeordnet. Durch weitere Anordnung vom gleichen Tage wurden die Präsidenten der Landesarbeitsämter ermächtigt, einzelnen Betrieben durch schriftliche Verfügung die Auflage zu machen; Arbeitskräfte nur mehr mit Zustimmung des zuständigen Arbeitsamtes einzustellen. Die Erlaubnis kann auch unter Bedingungen erteilt werden. Ein Verbot der Beschäftigung von Arbeitern und technischen Beamten in der Bauwirtschaft ohne schriftliche Zustimmung des Arbeitsamtes wurde ebenfalls erlassen.

Mit Verordnung vom 22.6.1938 führte der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung die allgemeine Dienstpflicht ein.

Nach § 1 dieser Verordnung können deutsche Staatsangehörige von Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung für eine begrenzte Zeit verpflichtet werden, auf einem ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz Dienste zu leisten oder sich einer bestimmten beruflichen Ausbildung zu unterziehen. Nach § 2 ist eine Lösung des neuen Arbeitsverhältnisses nur mit Zustimmung des Präsidenten der Reichsanstalt erlaubt. Nach § 3 sind die Dienst- oder Ausbildungsverpflichteten, die bei ihrer Einberufung in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, aus diesem für die Dauer der Verpflichtung zu beurlauben. Während der Beurlaubung darf das bisherige Beschäftigungsverhältnis nicht gekündigt werden. Der Dienstverpflichtete hat während der Beurlaubung keinen Anspruch auf Gewährung von Arbeitsentgelt und sonstigen Bezügen aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis. Im übrigen gilt die Zeit der Dienstverpflichtung als Beschäftigungszeit in der bisherigen Arbeitsstelle.

Einen verwandten Gegenstand behandelt die Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspoli-

tischer Bedeutung (Notdienst-Verordnung) vom 15. 10. 1938.

Nach ihr können zur Bekämpfung öffentlicher Notstände sowie zur Vorbereitung ihrer Bekämpfung die Bewohner des Reichsgebiets für eine begrenzte Zeit zu Notdienstleistungen herangezogen werden. Diese werden von den Behörden zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben gefordert. Sie können in einem Handeln, Dulden oder Unterlassen bestehen. Den "Notdienstleistungen" gehen nur vor die Dienstleistungen auf Grund des Wehrgesetzes, im Reichsarbeitsdienst, Zollgrenzschutz, in der Polizei, in der SS-Verfügungstruppe, in den SS-Totenkopfverbänden, sowie im Luftschutzwarndienst und im Luftschutzsicherheits- und -hilfsdienst. Ausländische Staatsangehörige werden nicht herangezogen, soweit Völkerrecht oder Staatsverträge entgegenstehen. Die Notdienstpflichtigen haben das Recht und die Pflicht, Sachen in ihrem Besitz oder Gewahrsam auf Verlangen des Leistungsberechtigten bei der Dienstleistung zu verwenden. Der Beauftragte für den Vierjahresplan bestimmt im Benehmen mit dem Reichsminister des Innern die Behörden, die Notdienstleistungen fordern können. Diese werden in solche für längere (mehr als 3 Tage) oder kürzere Dauer eingeteilt. Der kurzfristige Notdienst begründet keinen Arbeitsvertrag.

Das Beschäftigungsverhältnis im Notdienst kann nur von der heranziehenden Behörde wieder gelöst werden. Wer zum langfristigen Notdienst herangezogen werden soll, ist dem Arbeitsamt von der anfordernden Behörde samhaft zu machen. Das Arbeitsamt kann der Heranziehung aus Gründen des allgemeinen Arbeitseinsatzes widersprechen. Solange der Widerspruch besteht, ist eine Heranziehung zum Notdienst ausgeschlossen. Notdienstpflichtige, die im öffentlichen Dienst stehen, hauptberuflich in der Naziartei und ihren Gliederungen Beschäftigte, ferner die im Gesundheitswesen tätigen Personen sowie Rechtsanwälte können zum langfristigen Notdienst nur mit Zustimmung der vorgesetzten oder aufsichtsführenden Behörde herangezogen werden.

Notdienstpflichtige, die bei Beginn des Notdienstes in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, sind auf die Dauer des Notdienstes zu beurlauben und es darf ihnen wegen des Notdienstes nicht gekündigt werden. Während eines kurzfristigen Notdienstes sind ihnen ihre Bezüge aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis weiter zu bezahlen.

Gegen Massnahmen und Entscheidungen auf Grund der Notdienstverordnung ist Beschwerde zu der Behörde möglich, die der heranziehenden Behörde vorgesetzt ist. Sie hat jedoch keine aufschiebende Wirkung.

Die dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung nach den früheren Verordnungen zustehenden Befugnisse sind durch Führererlass vom 21. Dezember 1938 auf den Reichsarbeitsminister übertragen worden.

Die Verordnung vom 22.6.1938 wurde durch die Göringverordnung "zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" vom 13.2.1939 teilweise abgeändert und ergänzt. Nach § 1 dieser Verordnung kann das Arbeitsamt für Aufgaben,

die der Beauftragte für den Vierjahresplan als besonders bedeutsam und unaufschiebbar bezeichnet, alle Bewohner des Reichsgebiets zu Dienstleistungen, und zwar jetzt auch auf unbeschränkte Dauer, verpflichten. Hierzu kann privaten und öffentlichen Betrieben und Verwaltungen die Abgabe von Arbeitskräften auferlegt werden. Ausländische Staatsangehörige sind von der Dienstleistung befreit, soweit sie sich auf Staatsverträge oder Bestimmungen des Völkerrechts berufen können.

Bei zeitlich begrenzter Heranziehung gelten Dienstpflichtige, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, als beurlaubt, haben jedoch keinen Anspruch auf Gewährung von Arbeitsentgelt und sonstigen Bezügen aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis. Bei Verpflichtung zu Diensten von unbeschränkter Dauer erlischt das bisherige Beschäftigungsverhältnis. Verliert der Dienstpflichtige dadurch Ansprüche, die durch das neue Arbeitsverhältnis nicht ausgeglichen werden, so kann dem neuen Betriebe zur Vermeidung von Härten die Auflage gemacht werden, den Verpflichteten schadlos zu halten.

Das neue Dienstverhältnis darf nur mit Erlaubnis des Arbeitsamts gelöst werden. Zur Vorbereitung für die Dienstleistung kann der Verpflichtete zu einer Schulung herangezogen werden.

Wer bei einer Dienstverpflichtung oder Schulung von mehr als drei Tagen Dauer von seiner Familie getrennt leben muss, kann für diese vom Arbeitsamt Unterstützung erhalten.

Der II. Abschnitt der Verordnung vom 13.2. 1939 bringt eine Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels. Nach § 7 der Verordnung kann der Reichsarbeitsminister aus besonderen staatspolitischen Gründen die Lösung von Arbeitsverhältnissen ganz allgemein von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig machen. Er kann auch anordnen, dass die Einstellung und Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten allgemein an die Zustimmung des Arbeitsamtes gebunden wird. Alle öffentlichen und privaten Betriebe und Verwaltungen sind verpflichtet, den im Vollzuge dieser Verordnung an sie gerichteten Ersuchen der Arbeitsämter zu entsprechen. Diese Ersuchen können sich sowohl auf einen einzelnen Fall, als auch auf allgemeine Feststellungen erstrecken.

Nach der ersten Durchführungsverordnung vom 2.3.1939 bezieht sich die Dienstverpflichtung auf Dienstleistungen aller Art. Doch soll die Arbeitskraft des Verpflichteten entsprechend seinen Kenntnissen und Fähigkeiten so zweckvoll als möglich eingesetzt werden.

Nach der zweiten Durchführungsverordnung vom 10.3. 1939 erstreckt sich die Lösung von bisherigen Arbeitsverhältnissen auf alle Arbeiter und Angestellten, die arbeitsbuchpflichtig sind

und deren Betriebsführer. Ausgenommen sind vorläufig Betriebe der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, des Bergbaus (mit Ausnahme des Steinkohlenbergbaus), der chemischen Industrie, der Baustoffherstellung und der Eisen- und Metallwirtschaft. Betriebe jeder Art dürfen Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre unter 25 Jahren nur noch mit vorheriger Zustimmung des Arbeitsamtes einstellen. Nur zur Einstellung in Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, auf Schiffe der See- und Binnenwirtschaft und in die Luftschiffahrt, sowie in Haushaltungen ist die Zustimmung des Arbeitsamtes nicht erforderlich. Metallarbeiter im besonderen aber dürfen ohne Zustimmung des Arbeitsamtes nur noch in landwirtschaftliche Betriebe eingestellt werden. Betriebe jeder Art und auch Haushaltungen dürfen Arbeiter und Angestellte, die nach ihrem Arbeitsbuch zuletzt in Betrieben der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, im Bergbau (ausgenommen Steinkohlenbergbau), in der chemischen Industrie, bei der Baustoffherstellung und in der Eisen- und Metallwirtschaft beschäftigt waren, nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes einstellen. Die Landesarbeitsämter können für sämtliche Betriebe anordnen, dass alle Arbeitsverhältnisse nur mit ihrer Zustimmung gekündigt werden dürfen.

Der Mangel an Arbeitskräften in den Rüstungsbetrieben veranlasste den Beauftragten für den Vierjahresplan, sogar auf die selbständigen Handwerker zurückzugreifen. Nach der Verordnung vom 22. Februar 1939 über die Durchführung des Vierjahresplanes auf dem Gebiete der Handwerkswirtschaft sind in der Handwerkerrolle eingetragene selbständige Handwerker zu löschen und den Arbeitsämtern als "einsatzfähig" zu melden, wenn sie entweder persönlich oder betrieblich insbesondere den fachlichen Voraussetzungen, die zur Führung eines selbständigen Handwerks erforderlich sind, nicht genügen oder wenn ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Bedürfnis für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes nicht mehr besteht. Vor der Löschung ist das Arbeitsamt, sowie der Kreisleiter der NSDAP (!) zu hören. Ueber eine Beschwerde gegen die Löschung entscheidet in letzter Instanz die höhere Verwaltungsbehörde. Für die Vernichtung des Handwerksbetriebes wird dem Betroffenen keinerlei Entschädigung gewährt. Die Geltungsdauer dieser Verordnung ist vorerst bis 1.1. 1943 begrenzt.

Mit den letzten Göringsverordnungen ist die gegenwärtige Lage des deutschen Arbeitnehmers eindeutig klargestellt. Er hat keine Organisation zur Wahrung seiner Interessen als Arbeitnehmer mehr, er ist ausschliesslich auf die "Fürsorge" der Staatsgewalt angewiesen. Die ihn betreuende DAF hat als wichtigste Aufgabe die Erziehung zur Leistungssteigerung. Die Arbeitszeit ist verlängert, fast bis auf die Dauer in der Zeit des Frühkapitalismus, wo immerhin die Arbeitsintensität nicht den Grad des heutigen Maschinenbetriebs erreichte,

Die Freizügigkeit des deutschen Arbeitnehmers ist praktisch aufgehoben. Er ist, wie der Erbhofbauer an die Scholle, so an seinen Betrieb gebunden, solange ihn nicht behördliche Willkür anderswo "einsetzt". Mitten im Frieden kann er durch die Behörde ohne Rücksicht auf Eignung und Vorbildung zu beliebigen Arbeitsleistungen auf unbestimmte Zeit herangezogen werden. Er ist militarisiert, befindet sich im Dauerzustande der Mobilisierung und ist infolge der politischen Entrechtung völlig der Willkür seiner Beherrscher preisgegeben.

VIII. Rechtsstellung des Unternehmers

Im Dritten Reich hat auch der Unternehmer seine wirtschaftliche und z.T. seine persönliche Freiheit verloren. Wirtschaftlich ist er völlig von den Staatsaufträgen abhängig geworden. Mit der Devisenbewirtschaftung fingen die staatlichen Eingriffe in die deutsche Wirtschaft an. Dann kamen die staatliche Bewirtschaftung der Rohstoffe durch die Ueberwachungsstellen, die staatliche Regelung des Arbeitseinsatzes, die Ausdehnung der staatlichen Preisüberwachung auf öffentliche Aufträge und damit die Staatskontrolle über die privatwirtschaftliche Rentabilität, die Einsetzung von staatlichen Sonderbeauftragten für ganze Wirtschaftsgebiete, wie z.B. letzthin für die Maschinenindustrie und für die Regelung der Bauwirtschaft, die man mit den russischen Kommissaren verglichen hat, und endlich die Verdrängung des Privatunternehmertums durch riesige Staatstrusts, wie die "Reichswerke Hermann Göring A.G.". Für Eigeninitiative und Leistungswettbewerb des Einzelunternehmers ist wenig Raum geblieben. Der Staat ist Organisator, Geldgeber, Verteiler in der Wirtschaft und im grossen Umfang auch Produzent geworden. Der Unternehmer hat sich nach der kategorischen Erklärung des Staatssekretärs Brinkmann in seiner Düsseldorfer Rede "dabei unbedingt auf das Gesamtwohl des Staates auszurichten". Brinkmann gab auch ungeschminkt zu, dass der nationalsozialistische Staat keine Freiheit mehr gebe und wehrte nur schwach die Vorwürfe aus Wirtschaftskreisen ab, dass die derzeitige Beschränkung der Dispositionsfreiheit des Unternehmers, die Einrichtung der Ueberwachungsstellen, der Preisstopp, die Lohnstabilität, die Kapitalmarktsperre, die zwangsweise Verlagerung der konsumbereiten Gelder auf Staatsinvestitionen usw., das Ueberwuchern der individuellen Entschlussfreiheit durch staatliche Verwaltungs-

tätigkeit, die Ueberbelastung der Wirtschaft mit toten Kosten, die Beeinträchtigung der Lebenshaltung durch steigende Abgaben und monopolisierte Preise, das noch Grösserwerden der grossen und das Sterben oder Einschlafen der kleinen und mittleren selbständigen Existenzen eine Staatszwangswirtschaft in Reinkultur darstelle. Er drohte der Wirtschaft, die sich den nationalsozialistischen Zielsetzungen versage, mit "Führungsbehelfen", wie staatlicher Eigenwirtschaft und Zwangskartell.

In der Tat sind dem Unternehmer in den Diktaturstaaten die Art und Menge der Gütererzeugung, die Höhe der Neuinvestierungen, der Standort der Produktionsanlagen, die Art und Menge der verwendeten Rohstoffe, die Preise und Löhne, die Höhe und Art der Verwendung des Reingewinns weitgehend vom allmächtigen Staat vorgeschrieben. Dieser verlangt ausserdem die Ablieferung ausländischer Zahlungsmittel und der im Ausland befindlichen Vermögensstücke seiner Untertanen, er erlässt Gesetze, ausländische Gläubiger überhaupt nicht oder nur durch Mittelsstellen zu bezahlen, er lässt nur die Einfuhr bestimmter Güter und nur in bestimmter Menge zu. Der Privateigentümer ist zwar noch nicht enteignet, aber sein Eigentum ist im Begriff, aus der privatrechtlichen Hülle gerissen zu werden. Es nimmt zusehends öffentlich-rechtlichen Charakter an. Noch ist der gefesselte Unternehmer für den Verlust seiner Selbständigkeit mit einer besseren Lebenshaltung abgefunden, als sie die übergrosse Mehrheit seiner "Volksgenossen" genießt. Allein in der allgemeinen Schuldenwirtschaft kommt er nicht mehr aus der Angst heraus, dass sich sein Geld über kurz oder lang in Luft auflösen könnte. Vor jedem Versuch aber, sich der harten Zwangsarbeit oder, wie die Nationalsozialisten es ausdrücken, sich dem Dienst an der Volksgemeinschaft zu entziehen, steht drohend der Landesverratsparagraph und das Henkerbeil. Im Jahre 1933 haben die deutschen Unternehmer gegen den vermeintlichen Teufel Arbeiterbewegung den wirklichen Belzebub Nationalsozialismus zu Hilfe gerufen. Der aber ist jetzt daran, dem Unternehmer das Genick umzudrehen und ihn dem Götzen Staatskapitalismus aufzuopfern, der wie sein Bruder in Sowjetrußland, nur das Zerrbild und die Spottgeburt einer wirklich vergesellschafteten Wirtschaft darstellt.

- - - - -